



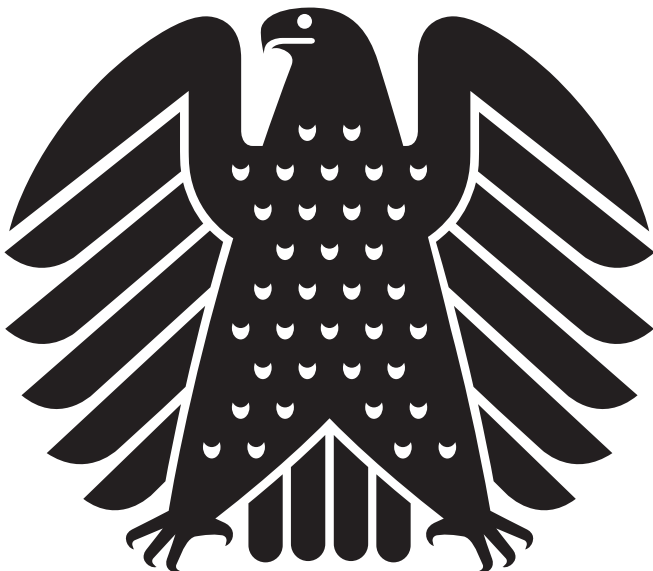
Die
Bundeswahlleiterin

Wahl zum 20. Deutschen Bundestag

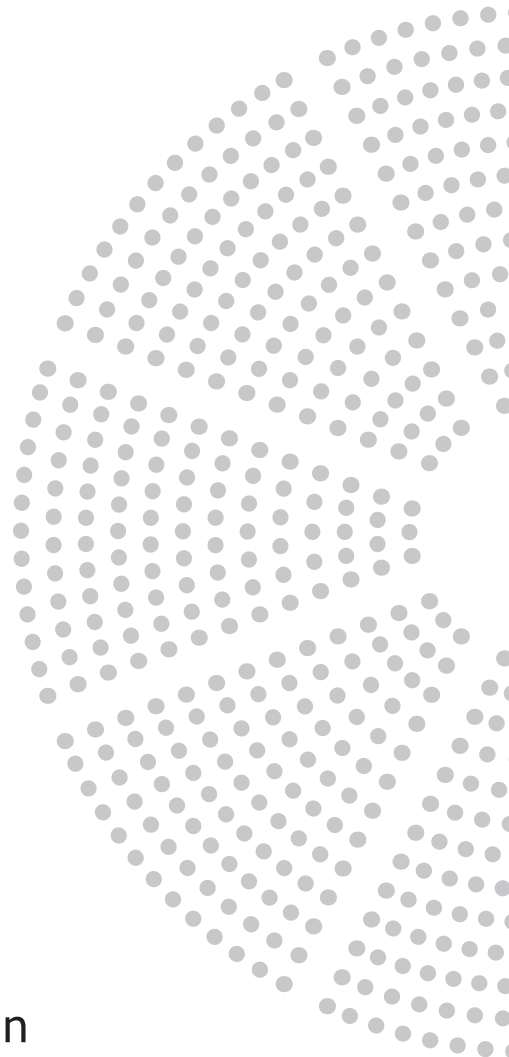
einschließlich der Wiederholung der Wahl am
11. Februar 2024 in Teilen Berlins

Heft 5 Teil 1

Textliche Auswertung



Informationen der Bundeswahlleiterin



Herausgeber: Die Bundeswahlleiterin, Wiesbaden

Internet: www.bundeswahlleiterin.de

Weitere Informationen zur Thematik dieser Publikation unter

Tel.: +49 (0) 611 / 75 48 63

Fax: +49 (0) 611 / 72 39 64

<https://www.bundeswahlleiterin.de/kontakt>

Erscheinungsfolge: einmalig

Erschienen im Oktober 2024

© Die Bundeswahlleiterin, 2024

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	6
1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung	7
1.1 Allgemeines	7
1.2 Wahlgebiet, Wahlkreise	7
1.3 Wahlsystem	8
1.4 Sitzzuteilungsverfahren nach Sainte-Laguë/Schepers	9
1.5 Rechtliche Änderungen gegenüber der Bundestagswahl 2017	10
1.6 Stimmzettel und Wahlvorschläge	10
1.7 Wahlrecht und Wählbarkeit	18
1.8 Wahlorgane und Wahlvorbereitung	19
1.9 Ergebnisfeststellung	25
2 Wahlberechtigte, Wählende und Wahlbeteiligung	29
3 Ungültige Stimmen	34
4 Gültige Erststimmen	36
4.1 Parteien	36
4.2 Im Wahlkreis Gewählte	37
5 Gültige Zweitstimmen	51
5.1 Verteilung der Zweitstimmen auf die Parteien in Bund und Ländern	51
5.2 Verteilung der Zweitstimmen auf die Parteien in den Wahlkreisen	57
6 Sitzzuteilung und Erfolgswert der Stimmen	58
6.1 Sitzzuteilungsverfahren	58
6.2 Erfolgswert der Stimmen	61
7 Die Gewählten	65

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Wahlkreise bei den Bundestagswahlen 2021 und 2017	8
Tabelle 2: Reihenfolge der Wahlvorschläge auf dem Stimmzettel	13
Tabelle 3: An der Bundestagswahl am 26. September 2021 beteiligte Parteien	17
Tabelle 4: Wahlkreise in der Reihenfolge des Eingangs ihrer Schnellmeldung beim Bundeswahlleiter	25
Tabelle 5: Sitzungstage der Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses bei der Bundestagswahl 2021 durch die Kreiswahlausschüsse	26
Tabelle 6: Wahlkreise mit gemeinsamer Kreiswahlleitung	27
Tabelle 7: Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen nach Ländern seit 2005	29
Tabelle 8: Die 10 Wahlkreise mit der höchsten und geringsten Zahl von Wahlberechtigten bei der Bundestagswahl 2021	31
Tabelle 9: Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen bei den Bundestagswahlen seit 2002	32
Tabelle 10: Die 10 Wahlkreise mit der höchsten und geringsten Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2021	32

Inhaltsverzeichnis

noch Tabellenverzeichnis

Tabelle 11:	Ungültige Stimmen bei den Bundestagswahlen seit 1953	34
Tabelle 12:	Differenz zwischen Erst- und Zweitstimmen nach Parteien bei der Bundestagswahl 2021	36
Tabelle 13:	Wahlkreissitze bei den Bundestagswahlen seit 1949 nach Parteizugehörigkeit der Gewählten	38
Tabelle 14:	Die 10 Wahlkreise 2021 mit den jeweils höchsten Erststimmenanteilen für CDU, SPD, AfD, FDP, DIE LINKE, GRÜNE und CSU	40
Tabelle 15:	Wahlkreise bei der Bundestagswahl 2021, in denen die Mehrheit der Erststimmen von 2017 zu 2021 auf eine andere Parteiübergegangen ist	42
Tabelle 16:	Stimmenmehrheiten der in den Wahlkreisen Gewählten seit 1949	45
Tabelle 17:	Erststimmen für die Parteien 2021 nach Abstand des höchsten vom zweithöchsten Ergebnis in den Wahlkreisen	48
Tabelle 18:	Die 48 Bundestagswahlkreise 2021 mit einem Abstand zwischen den Gewählten und den Erstunterlegenen von unter 2 Prozentpunkten.....	49
Tabelle 19:	Wahlkreisabgeordnete des 20. Deutschen Bundestages nach Ländern und Parteien	50
Tabelle 20:	Stimmabgabe bei den Bundestagswahlen 2017 und 2021 und der jeweils letzten Landtagswahl nach Ländern	53
Tabelle 21:	Die 10 Wahlkreise 2021 mit den jeweils höchsten Zweitstimmenanteilen für CDU, SPD, AfD, FDP, DIE LINKE, GRÜNE und CSU	55
Tabelle 22:	Die 299 Wahlkreise nach dem Anteil der Zweitstimmen für die im 20. Deutschen Bundestag vertretenen Parteien	57
Tabelle 23:	An der Sitzverteilung zum 20. Deutschen Bundestag teilnehmende Parteien	59
Tabelle 24:	Sitzverteilung bei den Bundestagswahlen 2021 und 2017 nach Ländern	60
Tabelle 25:	Sitzverteilung bei den Bundestagswahlen seit 1949	61
Tabelle 26:	Wahlberechtigte ohne Einfluss auf die Sitzzuteilung 2021	63
Tabelle 27:	Durchschnittszahlen der Wahlberechtigten und der Zweitstimmen je Abgeordneter bzw. Abgeordnetem 2021	64
Tabelle 28:	Abgeordnete im 20. Deutschen Bundestag nach Altersgruppen, Geschlecht und Partei	65

Verzeichnis der Schaubilder

Schaubild 1:	In Wählerverzeichnisse eingetragene Deutsche im Ausland bei der Bundestagswahl 2021 nach Kontinenten.....	30
Schaubild 2:	Ausschöpfungsquoten der Zweitstimmen der im jeweiligen Bundestag vertretenen Parteien und Anteil der Nichtwählenden bei den Bundestagswahlen 2021 und 2017	33
Schaubild 3:	Ungültige Stimmabgabe der Wählenden seit 1953	35
Schaubild 4:	Gültige Erststimmenanteile seit 1980	37
Schaubild 5:	Wahlkreissitze nach Parteien bei den Bundestagswahlen seit 1949	39
Schaubild 6:	Gültige Zweitstimmenanteile seit 1949	53
Schaubild 7:	Sitze der Parteien im Deutschen Bundestag seit 1949	62

Gebietsstand

Die Angaben für „**Deutschland**“ beziehen sich hinsichtlich der Ergebnisse der Bundestagswahlen 1990 bis 2021 auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990, für die Bundestagswahlen 1949 bis 1987 nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990; sie schließen Berlin-West nicht mit ein.

Die Angaben für das „**Frühere Bundesgebiet**“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990; sie schließen Berlin-West ein.

Die Angaben für die „**Neuen Länder**“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie das frühere Berlin-Ost.

Auf- und Abrundungen

Generell ist in den Tabellen und Grafiken – ohne Rücksicht auf die Endsumme – auf- beziehungsweise abgerundet worden. Dadurch können sich bei der Summierung von Einzelangaben geringfügige Abweichungen in der Endsumme ergeben. Bei der Aufgliederung der Gesamtheit in Prozent kann die Summe der Anteile wegen des Rundens von 100 % abweichen.

Abkürzungen

Allgemein

B90/Gr. = Bündnis 90/Grüne – BürgerInnenbewegungen

BGBL. = Bundesgesetzblatt

bzw. = beziehungsweise

einschl. = einschließlich

lfd. Nr. = laufende Nummer

vgl. = vergleiche

Länder

BB = Brandenburg

BE = Berlin

BW = Baden-Württemberg

BY = Bayern

HB = Bremen

HE = Hessen

HH = Hamburg

MV = Mecklenburg-Vorpommern

NI = Niedersachsen

NW = Nordrhein-Westfalen

RP = Rheinland-Pfalz

SH = Schleswig-Holstein

SL = Saarland

SN = Sachsen

ST = Sachsen-Anhalt

TH = Thüringen

Zeichenerklärung

– = nichts vorhanden

X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll

Vorbemerkung

In der Reihe „Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021“ sind folgende Einzelhefte erschienen bzw. werden erscheinen:

Ausgabe	Titel	Erschienen
Heft 1	Vergleichszahlen früherer Bundestags- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die Bundestagswahlkreise	Juni 2021
Sonderheft	Die Wahlbewerberinnen und Wahlbewerber für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag	August 2021
Heft 2	Vorläufige Ergebnisse nach Wahlkreisen	September 2021
Heft 3	Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen	Oktober 2021
Heft 4	Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Geschlecht und Altersgruppen	Januar 2022
Heft 5, Teil 1	Textliche Auswertung (Wahlergebnisse)	September 2024
Heft 5, Teil 2	Textliche Auswertung (Repräsentative Wahlstatistik und Wahlbezirksstatistik)	September 2024

Das Heft 1 diente der Vorbereitung der Wahl, die Hefte 2, 3, 4 und 5 enthalten ausführliche Wahlergebnisse. Zudem ist im August 2021 das Sonderheft „Die Wahlbewerberinnen und Wahlbewerber für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag“ erschienen.

Das vorliegende Heft 5, Teil 1 erläutert die Rechtsgrundlagen der Wahl, die Ergebnisfeststellung und das ausgewertete Gesamtergebnis der Wahl. Zur Analyse der Wahlergebnisse standen die Unterlagen des Bundeswahlleiters zur Verfügung, in denen die von den Wahlorganen (Bundeswahlausschuss, Landeswahlausschüsse, Kreiswahlausschüsse, Wahlvorstände) festgestellten endgültigen Wahlergebnisse für das gesamte Wahlgebiet, die einzelnen Länder, Wahlkreise und Gemeinden nachgewiesen sind.

Die Auswertung der repräsentativen Wahlstatistik sowie der Wahlbezirksstatistik für die Bundestagswahl 2021 werden gesondert in Heft 5, Teil 2 veröffentlicht.

Die sprachliche Gleichbehandlung von Frauen und Männern in Veröffentlichungen ist ein Grundsatz der redaktionellen Arbeit im Statistischen Bundesamt. Beim Zitieren rechtlicher Bestimmungen wird jedoch das generische Maskulinum beibehalten.

Alle aufgeführten Begriffe entsprechen den Formulierungen im Bundeswahlgesetz, in der Bundeswahlordnung sowie den hierzu herausgegebenen Kommentaren.

In Ergänzung zu den in diesem Heft enthaltenen und besprochenen Daten können verschiedene Tabellen zur vertieften Analyse der Wahlergebnisse auf der Internetseite der Bundeswahlleiterin abgerufen oder, bei Bedarf, in gedruckter Form beim Büro der Bundeswahlleiterin angefordert werden:

<https://www.bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2021/ergebnisse/weitere-ergebnisse.html>

1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

1.1 Allgemeines

Die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag, die 9. gesamtdeutsche Wahl, fand entsprechend der Anordnung des Bundespräsidenten über die Bundestagswahl 2021 vom 8. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2769) am Sonntag, dem 26. September 2021, statt. Aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts musste die 20. Bundestagswahl am 11. Februar 2024 in Teilen Berlins wiederholt werden. Maßgebliche Rechtsgrundlagen für die Bundestagswahl sind die Artikel 38 und 39 des Grundgesetzes, in denen die Grundsätze für die Wahl der Abgeordneten des Deutschen Bundestages sowie für den Zusammentritt und die Wahlperiode des Deutschen Bundestages festgelegt sind, sowie insbesondere das Bundeswahlgesetz, in dem Regelungen zu Wahlsystem, Wahlorganen, aktivem und passivem Wahlrecht, Wahlhandlung und Ergebnisfeststellung getroffen sind. Die Durchführung des Bundeswahlgesetzes regelt die Bundeswahlordnung. Sowohl die Hauptwahl am 26. September 2021, als auch die Wiederholung der Wahl in Teilen Berlins am 11. Februar 2024 wurden auf Grundlage des Bundeswahlgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Juli 1993 (BGBl. I S. 1288, 1594), das vor der Hauptwahl zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. Juni 2021 (BGBl. I S. 1482) geändert worden ist sowie die Bundeswahlordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. April 2002 (BGBl. I S. 1376), die vor der Hauptwahl zuletzt durch Artikel 10 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist, durchgeführt. Gemäß § 44 Absatz 2 Satz 1 Bundeswahlgesetz findet eine Wiederholungswahl nach denselben Vorschriften, denselben Wahlvorschlägen und, wenn seit der Hauptwahl noch nicht sechs Monate verflossen sind, auf Grund derselben Wählerverzeichnisse wie die Hauptwahl statt, soweit nicht die Entscheidung im Wahlprüfungsverfahren hinsichtlich der Wahlvorschläge und Wählerverzeichnisse Abweichungen vorschreibt. Das Bundesverfassungsgericht ist in seinem Urteil vom 19. Dezember 2023 hiervon nicht abgewichen.

1.2 Wahlgebiet, Wahlkreise

Der 20. Deutsche Bundestag besteht aus insgesamt 735 Abgeordneten, von denen 299 nach Kreiswahlvorschlägen in den Wahlkreisen und die übrigen nach Landeswahlvorschlägen (Landeslisten) gewählt wurden.

Im Zuge der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 wurde das vormalig in 248 Wahlkreise eingeteilte Wahlgebiet bei der Bundestagswahl im selben Jahr in nunmehr 328 Wahlkreise unterteilt. Für die Bundestagswahl 2002 wurde die Zahl der Wahlkreise dann auf 299¹ verringert.

Die Einteilung des Wahlgebietes in Wahlkreise für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag ist in der Anlage 2 zu Artikel 1 des Vierundzwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes (BWG) vom 25. Juni 2020 (BGBl. I S. 1409) beschrieben. Sie ist seit dem 30. Juni 2020 in Kraft getreten. Der Gesetzgeber hat für die Bundestagswahl 2021 auf der Grundlage des Gebietsstandes vom 15. April 2020 gegenüber der bisherigen Wahlkreiseinteilung insgesamt 17 Wahlkreise neu abgegrenzt. 13 Wahlkreise wurden aufgrund der Bevölkerungsentwicklung in den Ländern bzw. in den Wahlkreisen angepasst. Die Notwendigkeit für diese Neuabgrenzungen folgte unter anderem aus der Regelung des § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2, 3 und 5 Bundeswahlgesetz. Danach muss die Zahl der Wahlkreise in den einzelnen Ländern deren Bevölkerungsanteil so weit wie möglich entsprechen. Die Bevölkerungszahl eines Wahlkreises soll nicht um mehr als 15 vom Hundert nach oben oder unten von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise abweichen; beträgt die Abweichung mehr als 25 vom Hundert, ist eine Neuabgrenzung vorzunehmen. Die Grenzen der Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte sollen nach Möglichkeit

1 Nähere Einzelheiten hierzu siehe „Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002, Heft 5: Textliche Auswertung der Wahlergebnisse“, S. 10.

1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

eingehalten werden. Bei der Ermittlung der Bevölkerungszahlen ist die deutsche Bevölkerung maßgeblich. Bezugsgröße war der Bevölkerungsstand zum 30. September 2019.

In 4 Wahlkreisen Thüringens wurden die Wahlkreisgrenzen aufgrund vorausgegangener kommunaler Gebietsänderungen geringfügig angepasst.

19 weitere Wahlkreise wurden ohne Auswirkung auf ihre Abgrenzung neu beschrieben.

Die Verteilung der Wahlkreise für 2021 und 2017 auf die 16 Länder ist in der folgenden Tabelle 1 dargestellt.

Tabelle 1: Wahlkreise bei den Bundestagswahlen 2021 und 2017

Land	Wahlkreise		Land	Wahlkreise	
	2021	2017		2021	2017
Schleswig-Holstein	11	11	Nordrhein-Westfalen	64	64
Mecklenburg-Vorpommern	6	6	Sachsen	16	16
Hamburg	6	6	Hessen	22	22
Niedersachsen	30	30	Thüringen	8	8
Bremen	2	2	Rheinland-Pfalz	15	15
Brandenburg	10	10	Bayern	46	46
Sachsen-Anhalt	9	9	Baden-Württemberg	38	38
Berlin	12	12	Saarland	4	4

1.3 Wahlsystem

Im Gegensatz zur Weimarer Verfassung vom 11. August 1919 enthält das Grundgesetz keine Regelung des Wahlsystems, sondern überlässt dies dem Wahlgesetz.

Als Grundtypen der Wahlsysteme sind das Verhältniswahlsystem und das Mehrheitswahlsystem zu unterscheiden. Bei Ersterem reichen die einzelnen Parteien ihre Wahlvorschläge als Listen ein, in denen die Wahlbewerberinnen und -bewerber benannt sind. Die Zuteilung der Sitze erfolgt entweder im Verhältnis der für sie abgegebenen Stimmen oder die einzelnen Listen erhalten für eine vorher bestimmte Zahl gewonnener Stimmen einen Sitz, je nachdem, ob die zahlenmäßige Zusammensetzung des Parlaments vorher festgesetzt wurde oder nicht.

Beim Mehrheitswahlsystem werden die Abgeordneten dagegen direkt in den Wahlkreisen gewählt (Persönlichkeitswahl). Das Wahlgebiet ist (in der Regel) in so viele Wahlkreise eingeteilt wie Abgeordnete nach diesem System gewählt werden sollen. Die Parteien können dann für jeden Wahlkreis eine Bewerberin bzw. einen Bewerber aufstellen. Gewählt ist die Bewerberin oder der Bewerber, die oder der die (absolut oder relativ) meisten im Wahlkreis abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigt. Verhältnis- und Mehrheitswahlsystem bestehen in unterschiedlichen Varianten und sind auch als Kombination miteinander möglich.

Nach dem Reichswahlgesetz vom 27. April 1920 (RGBl. I S. 627), das dem in der Verfassung festgelegten Grundsatz der reinen Verhältniswahl folgte, zog von den eingereichten Vorschlagslisten für je 60.000 abgegebene gültige Stimmen eine Bewerberin bzw. ein Bewerber in den Reichstag ein. Die Abgeordnetenzahl war damit in hohem Maß von der Bevölkerungsentwicklung und der Wahlbeteiligung abhängig.

Die Abgeordnetenzahl des Deutschen Bundestags ist dagegen grundsätzlich gesetzlich bestimmt. Erhöhungen ergeben sich jedoch durch das zweistufige Sitzzuteilungsverfahren. Nach dem Bundeswahlgesetz

1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

wird ein Teil der Abgeordneten nach den Grundsätzen der (relativen) Mehrheitswahl in Wahlkreisen, der andere nach den Grundsätzen der Verhältniswahl aus Parteilisten gewählt. Bei den Parteilisten handelt es sich dem föderalistischen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland entsprechend um Landeslisten.

Schon seit der Wahl zum 2. Deutschen Bundestag im Jahr 1953 haben die Wählerinnen und Wähler zwei Stimmen: eine Erststimme für die Wahl einer/eines Wahlkreisabgeordneten und eine Zweitstimme für die Wahl einer Landesliste. Die Zahl der Abgeordneten einer jeden Partei richtet sich grundsätzlich nach dem Anteil der für ihre Landeslisten abgegebenen Zweitstimmen. Die mit der Erststimme gewonnenen Wahlkreissitze sind auf die Abgeordnetensitze, die einer Partei in jedem Land nach den Zweitstimmen zustehen, anzurechnen. In den Wahlkreisen errungene Sitze verbleiben einer Partei auch dann, wenn sie die nach dem Verhältnis der Zweitstimmen ermittelte Zahl der in einem Land errungenen Mandate übersteigen. In einem solchen Fall erhöht sich die gesetzlich vorgegebene Gesamtzahl der Sitze des Deutschen Bundestags.

Grundsätzlich bestimmen die Wählerinnen und Wähler also mit der Zweitstimme, wie die Sitze insgesamt auf die einzelnen Parteien verteilt werden (Verhältniswahl), während sie mit der Erststimme Einfluss auf die konkrete personelle Zusammensetzung des Deutschen Bundestages ausüben können (Mehrheitswahl).

1.4 Sitzzuteilungsverfahren nach Sainte-Laguë/Schepers²

Das Verfahren zur Berechnung der Sitzverteilung wurde zuletzt durch das Fünfundzwanzigste Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 14. November 2020 (BGBl. I S. 2395) geändert. Es erfolgt nach dem Verfahren Sainte-Laguë/Schepers in 2 Stufen, welche wiederum jeweils 2 Rechenschritte beinhalten. Dieses hatte erstmals zur Europawahl 2009 das früher für Europa- und Bundestagswahlen gesetzlich vorgeschriebene Verfahren nach Hare/Niemeyer abgelöst.

Der deutsche Physiker Hans Schepers, damals Leiter der Gruppe Datenverarbeitung des Deutschen Bundestages, schlug 1980 eine Modifikation des damals angewandten Sitzzuteilungsverfahrens nach d'Hondt vor, um die Benachteiligung kleinerer Parteien bei diesem Verfahren zu vermeiden.

Das von Schepers vorgeschlagene Verfahren kommt mit einer anderen Berechnungsmethode zu identischen Ergebnissen wie ein 1912 von dem französischen Mathematiker André Sainte-Laguë entwickeltes Verfahren. Das Verfahren nach Sainte-Laguë/Schepers wird bereits seit 1980 für die Sitzverteilung in den Ausschüssen und Gremien des Deutschen Bundestages angewandt. Zudem wird die Sitzverteilung in den Landesparlamenten zahlreicher Bundesländer nach diesem Verfahren vorgenommen.

Bei diesem Verfahren, auch Divisormethode mit Standardrundung genannt, werden die jeweiligen Anzahlen der Zweitstimmen für die einzelnen Parteien durch einen gemeinsamen Divisor geteilt. Die sich ergebenden Quotienten werden standardmäßig zu Sitzzahlen gerundet – das heißt, bei einem Bruchteilsrest von mehr oder weniger als 0,5 wird auf- bzw. abgerundet. Bei einem Rest von genau 0,5 wird so auf- oder abgerundet, dass die Zahl der zu vergebenden Sitze eingehalten wird; ergeben sich dabei mehrere mögliche Sitzzuteilungen, entscheidet das vom Bundeswahlleiter zu ziehende Los.

Der Divisor wird so bestimmt, dass die Sitzzahlen in der Summe mit der Gesamtzahl der zu vergebenden Mandate übereinstimmen. Zur Berechnung gibt es 3 verschiedene Methoden, die im Ergebnis rechnerisch gleich und damit rechtlich gleichwertig sind:

² Siehe hierzu auch „Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009, Heft 3: Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen“, S. 255 ff.

1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

- **Höchstzahlverfahren**

Die Methode folgt dem Gedanken des Verfahrens nach d'Hondt, wobei die jeweilige Stimmenanzahl durch 0,5, 1,5, 2,5 und so weiter geteilt und die Sitze wiederum fortlaufend nach absteigenden Höchstzahlen zugeteilt werden. Hintergrund ist, dass bei der Berechnung nach d'Hondt der volle Anspruch auf einen Sitz zugrunde gelegt wird und deshalb ganze Zahlen zur Teilung verwendet werden, wodurch kleinere Parteien unverhältnismäßig spät den ersten Zugriff und weitere erhalten. Demgegenüber sind hier die Zuteilungsvoraussetzungen für einen Sitz herabgesetzt, sodass der Zugriff bereits dann erfolgt, wenn die Voraussetzungen erst zur Hälfte erfüllt sind – also Anspruch auf mehr als einen halben Sitz besteht.

- **Rangmaßzahlverfahren**

Hier werden statt der Höchstzahlen die Kehrwerte betrachtet und die Sitze fortlaufend nach diesen aufsteigenden Rangmaßzahlen beschrieben.

- **Iteratives Verfahren**

Nach dieser Methode wird im ersten Schritt eine Näherungszuteilung berechnet, indem die Gesamtzahl aller zu berücksichtigenden Stimmen durch die Gesamtzahl der zu verteilenden Sitze geteilt und auf diese Weise ein vorläufiger Zuteilungsdivisor ermittelt wird. Etwa verbleibende Diskrepanzen werden in den folgenden Schritten durch Herauf- oder Herabsetzung des Zuteilungsdivisors so lange abgebaut, bis die Endzuteilung erreicht ist, bei der die Sitzzuteilung mit der Anzahl der zu vergebenden Sitze übereinstimmt.

Der Gesetzgeber hat sich bei der Einführung des Verfahrens nach Sainte-Laguë/Schepers für die Sitzzuteilung bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag für das letztgenannte iterative Verfahren entschieden.

1.5 Rechtliche Änderungen gegenüber der Bundestagswahl 2017

Seit der Bundestagswahl 2017 gab es Änderungen der rechtlichen Grundlagen für die Bundestagswahl. Änderungen des Bundeswahlgesetzes (BWahlG) und der Bundeswahlordnung (BWO) betreffen unter anderem die Sitzverteilung im Deutschen Bundestag oder den Kreis der Wahlberechtigten. Daneben sind für die Bundestagswahl am 26. September 2021 insbesondere der Erlass des Gesetzes über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie (GesRuaCOVBekG) und die neue COVID-19-Wahlbewerberaufstellungsverordnung von Relevanz.³ Hingegen waren zum Zeitpunkt der Wiederholung der Wahl in Teilen Berlins am 11. Februar 2024 die im Zuge der COVID-19-Pandemie ergangenen, befristeten Regelungen nicht mehr in Kraft.

1.6 Stimmzettel und Wahlvorschläge

Den Wählerinnen und Wählern stehen bei Bundestagswahlen je eine Stimme für die Mehrheitswahl (Erststimme) und eine für die Verhältniswahl (Zweitstimme) zur Verfügung. Mit der Erststimme wählen sie die Person ihres Vertrauens aus den Kreiswahlvorschlägen ihres Wahlkreises, die Zweitstimme erhält die Landesliste der präferierten Partei. Enthält der Stimmzettel nur die Erst- oder Zweitstimme, so zählt die nicht abgegebene Stimme als ungültig.

Mit der Erststimme haben die Wählerinnen und Wähler unmittelbaren Einfluss auf die personelle Zusammensetzung des Deutschen Bundestages. Bei der Abgabe der Zweitstimme ist ihnen diese Möglichkeit weitgehend entzogen. Welche Landeslistenbewerberinnen und -bewerber gewählt werden,

³ Siehe hierzu auch WISTA 5/2021: „Rechtliche Grundlagen der Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021“, S. 64 ff.

1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

richtet sich (neben der Zahl der Zweitstimmen für eine Landesliste) nach der Rangfolge des Platzes, den sie auf den Landeslisten innehaben. Die Aufstellung der Bewerberinnen und Bewerber für die Kreiswahlvorschläge und Landeslisten und die Bestimmung der Reihenfolge geschieht nach den Vorschriften des Bundeswahlgesetzes durch die Parteiorgane.

Beide Stimmen werden auf einem Stimmzettel abgegeben. Die Reihenfolge der auf dem Stimmzettel rechts aufgeführten Landeslisten, die nur Parteien einreichen können, richtet sich nach der Zahl der Zweitstimmen, die sie bei der vorangegangenen Bundestagswahl in dem jeweiligen Land auf sich vereinigen konnten. Die übrigen Landeslisten schließen sich in alphabetischer Reihenfolge der Namen der Parteien an. Die Reihenfolge der Kreiswahlvorschläge in der linken Hälfte des Stimmzettels richtet sich nach der Reihenfolge der entsprechenden Landeslisten. Sonstige Kreiswahlvorschläge (Parteilose oder Wahlkreisbewerberinnen und -bewerber, die von Parteien ohne Landesliste vorgeschlagen sind) schließen sich in alphabetischer Reihenfolge der Namen der Parteien oder der Kennwörter an.

Infolgedessen ist auch die Reihenfolge von Land zu Land unterschiedlich und kann auch von Wahl zu Wahl wechseln (siehe Tabelle 2). Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind für die Abgabe der Erststimmen die Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten auf der linken Seite des Stimmzettels auf gleicher Höhe mit der Landesliste ihrer Partei angegeben. Auf der linken Seite entsteht eine Leerzeile, wenn die Partei zwar mit einer Landesliste zugelassen ist, aber in dem Wahlkreis, in dem der Stimmzettel gilt, keinen Kreiswahlvorschlag eingereicht hat oder dieser wegen gesetzlicher Mängel nicht zugelassen wurde. Bei Parteilosen oder Wahlkreisbewerberinnen und -bewerbern, die von Parteien ohne Landesliste vorgeschlagen sind, bleibt die entsprechende Zeile auf der rechten Seite leer.

Kreiswahlvorschläge können von Parteien und von Einzelbewerberinnen und -bewerbern eingereicht werden, Landeslisten nur von Parteien. Jeder Kreiswahlvorschlag darf nur den Namen einer Bewerberin bzw. eines Bewerbers enthalten. Doppelbewerbungen im gleichen oder einem anderen Wahlkreis sind nicht zulässig. Landeslisten können von Parteien mit einer beliebigen Zahl von Bewerberinnen und Bewerbern eingereicht werden. Auch diese Bewerberinnen und Bewerber dürfen nur auf einer einzigen Landesliste stehen. Doppelkandidaturen in einem Wahlkreis und auf einer Landesliste sind dagegen erlaubt. Von dieser Möglichkeit wird beispielsweise von weniger aussichtsreichen Wahlkreisbewerberinnen und -bewerbern zur „Absicherung“ der Kandidatur häufig Gebrauch gemacht. Die Vorschriften zur Aufstellung von Bewerberinnen und Bewerbern zu einer Bundestagswahl sind im Bundeswahlgesetz und in der Bundeswahlordnung enthalten.⁴ Als Angelegenheit der inneren Ordnung einer Partei gemäß Artikel 21 Absatz 1 Satz 3 Grundgesetz und zugleich als Teil der Wahl im Sinne des Artikels 38 Absatz 1 Satz 1 Grundgesetz hat das Aufstellungsverfahren nach zwingendem Verfassungsrecht der elementaren demokratischen Wahl und den ebenfalls in Artikel 38 Absatz 1 Satz 1 festgelegten Wahlrechtsgrundsätzen zu entsprechen.

Die Feststellung darüber, welche politischen Vereinigungen bei einer Bundestagswahl als Parteien auftreten können, trifft seit der Bundestagswahl 1965 der Bundeswahlausschuss⁵ für alle Wahlorgane verbindlich.

⁴ Die Wiederholung der Wahl in Teilen Berlins am 11. Februar 2024 fand nach denselben Wahlvorschlägen wie die Hauptwahl statt. Wahlvorschläge konnten nur in Form von Streichung geändert werden, wenn ein Bewerber gestorben oder nicht mehr wählbar war. Neue Wahlvorschläge wurden nicht zugelassen.

⁵ Der Bundeswahlausschuss setzt sich aus dem Bundeswahlleiter als Vorsitzendem und 8 von ihm auf Vorschlag der Parteien berufenen Beisitzerinnen und Beisitzern sowie 2 Richterinnen oder Richtern des Bundesverwaltungsgerichts zusammen.

1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

Die erste reguläre Sitzung des Bundeswahlausschusses zur Bundestagswahl 2021 fand am 8. und 9. Juli 2021 statt und hatte die Feststellung des Wahlvorschlagsrechts der Parteien zum Gegenstand. Bei Bundestagswahlen sind nur diejenigen Parteien berechtigt, Landeslisten einzureichen, die

- im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl aufgrund eigener Wahlvorschläge mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten sind

oder

- die ihre Beteiligung an der Wahl bis zum 97. Tag vor der Wahl, 18:00 Uhr, angezeigt haben und vom Bundeswahlausschuss als Partei anerkannt werden.

Die Feststellung bezüglich einer bereits vorhandenen parlamentarischen Vertretung traf der Bundeswahlausschuss zur Bundestagswahl 2021 in neun Fällen (CDU, SPD, AfD, FDP, DIE LINKE, GRÜNE, CSU sowie FREIE WÄHLER und BVB/FREIE WÄHLER). Die bereits parlamentarisch vertretenen Parteien sind von der Pflicht zur Einreichung einer Beteiligungsanzeige sowie der Sammlung von Unterstützungsunterschriften befreit.

1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

Tabelle 2: Reihenfolge der Kreiswahlvorschläge¹⁾ und der Landeslisten¹⁾ auf den Stimmzetteln innerhalb der Länder bei der Bundestagswahl 2021 gemäß § 30 Absatz 3 Bundeswahlgesetz

Bundesgebiet				
1	CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands	E	Z
2	SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	E	Z
3	AfD	Alternative für Deutschland	E	Z
4	FDP	Freie Demokratische Partei	E	Z
5	DIE LINKE	DIE LINKE	E	Z
6	GRÜNE	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	E	Z
7	CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.	E	Z
8	FREIE WÄHLER	FREIE WÄHLER	E	Z
9	Die PARTEI	Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative	E	Z
10	Tierschutzpartei	PARTei MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ	E	Z
11	NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands	E	Z
12	PIRATEN	Piratenpartei Deutschland	E	Z
13	ÖDP	Ökologisch-Demokratische Partei	E	Z
14	V-Partei ³	V-Partei ³ – Partei für Veränderung Vegetarier und Veganer	E	Z
15	DiB	DEMOKRATIE IN BEWEGUNG	E	Z
16	BP	Bayernpartei	E	Z
17	Tierschutzallianz	Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz	E	Z
18	MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands	E	Z
19	Gesundheitsforschung	Partei für Gesundheitsforschung	E	Z
20	MENSCHLICHE WELT	Menschliche Welt - für das Wohl und Glückseligkeit aller	E	Z
21	DKP	Deutsche Kommunistische Partei	E	Z
22	Die Grauen	Die Grauen – Für alle Generationen	E	Z
23	BüSo	Bürgerrechtsbewegung Solidarität	E	Z
24	Die Humanisten	Partei der Humanisten	E	Z
25	Gartenpartei	Gartenpartei	E	Z
26	du.	Die Urbane. Eine HipHop Partei	E	Z
27	SGP	Sozialistische Gleichheitspartei, Vierte Internationale		Z
28	dieBasis	Basisdemokratische Partei Deutschland	E	Z
29	Bündnis C	Bündnis C – Christen für Deutschland	E	Z
30	BÜRGERBEWEGUNG	Bürgerbewegung für Fortschritt und Wandel	E	Z
31	III. Weg	DER DRITTE WEG	E	Z
32	BÜNDNIS21	diePinken/BÜNDNIS21	E	Z
33	LIEBE	Europäische Partei LIEBE	E	Z
34	LKR	Liberal-Konservative Reformer	E	Z
35	PdF	Partei des Fortschritts		Z
36	LfK	» Partei für Kinder, Jugendliche und Familien « – Lobbyisten für Kinder –		Z
37	SSW	Südschleswigscher Wählerverband	E	Z
38	Team Todenhöfer	Team Todenhöfer – Die Gerechtigkeitspartei	E	Z
39	UNABHÄNGIGE	UNABHÄNGIGE für bürgernahe Demokratie	E	Z
40	Volt	Volt Deutschland	E	Z
41	Volksabstimmung	Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung - Politik für die Menschen	E	
42	B*	bergpartei, die überpartei - ökoanarchistisch-realdadaistisches sammelbecken	E	
43	sonstige	DIE SONSTIGEN – X	E	
44	FAMILIE	Familien-Partei Deutschlands	E	
45	Graue Panther	Graue Panther	E	
46	KlimalisteBW	Klimaliste Baden-Württemberg	E	
47	THP	Thüringer Heimatpartei	E	
48	Andere KVV	Wählergruppen und Einzelbewerber/-innen	E	

1) E = Direktkandidaturen für die Erststimme (Kreiswahlvorschläge); Z = Listenkandidaturen für die Zweitstimme (Landeslisten).
E = Nicht in allen Wahlkreisen vertreten.

1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

Tabelle 2: Reihenfolge der Kreiswahlvorschläge¹⁾ und der Landeslisten¹⁾ auf den Stimmzetteln innerhalb der Länder bei der Bundestagswahl 2021 gemäß § 30 Absatz 3 Bundeswahlgesetz

Schleswig-Holstein	Mecklenburg-Vorpommern	Hamburg	Niedersachsen
1 CDU	1 CDU	1 CDU	1 CDU
2 SPD	2 AfD	2 SPD	2 SPD
3 FDP	3 DIE LINKE	3 GRÜNE	3 FDP
4 GRÜNE	4 SPD	4 DIE LINKE	4 AfD
5 AfD	5 FDP	5 FDP	5 GRÜNE
6 DIE LINKE	6 GRÜNE	6 AfD	6 DIE LINKE
7 Die PARTEI	7 Tierschutzpartei	7 Die PARTEI	7 Die PARTEI
8 FREIE WÄHLER	8 NPDP	8 Tierschutzpartei	8 Tierschutzpartei
9 NPDP	9 Die PARTEI	9 FREIE WÄHLER	9 FREIE WÄHLER
10 ÖDP	10 FREIE WÄHLER	10 ÖDP	10 PIRATEN
11 MLPD	11 MLPD	11 V-Partei ³	11 NPDP
12 dieBasis	12 ÖDP	12 NPDP	12 V-Partei ³
13 DKP	13 dieBasis	13 MLPD	13 ÖDP
14 du.	14 DKP	14 DKP	14 MLPD
15 LKR	15 Die Humanisten	15 dieBasis	15 DKP
16 Die Humanisten	16 PIRATEN	16 BÜNDNIS21	16 dieBasis
17 Tierschutzpartei	17 Team Todenhöfer	17 du.	17 du.
18 SSW	18 Volt	18 LKR	18 LKR
19 Team Todenhöfer	19 UNABHÄNGIGE	19 Die Humanisten	19 Die Humanisten
20 Volt	20 Andere KWV	20 PIRATEN	20 Team Todenhöfer
21 V-Partei ³		21 Team Todenhöfer	21 Volt
22 Andere KWV		22 Volt	22 Andere KWV
		23 Andere KWV	

Bremen	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Berlin
1 SPD	1 CDU	1 CDU	1 CDU
2 CDU	2 AfD	2 AfD	2 DIE LINKE
3 DIE LINKE	3 SPD	3 DIE LINKE	3 SPD
4 GRÜNE	4 DIE LINKE	4 SPD	4 GRÜNE
5 AfD	5 FDP	5 FDP	5 AfD
6 FDP	6 GRÜNE	6 GRÜNE	6 FDP
7 Die PARTEI	7 Tierschutzpartei	7 Tierschutzallianz	7 Die PARTEI
8 FREIE WÄHLER	8 Die PARTEI	8 FREIE WÄHLER	8 Tierschutzpartei
9 V-Partei ³	9 FREIE WÄHLER	9 Die PARTEI	9 PIRATEN
10 MENSCHLICHE WELT	10 NPDP	10 NPDP	10 Die Grauen
11 NPDP	11 DKP	11 Gartenpartei	11 FREIE WÄHLER
12 MLPD	12 ÖDP	12 MLPD	12 Gesundheitsforschung
13 dieBasis	13 MLPD	13 dieBasis	13 ÖDP
14 ÖDP	14 dieBasis	14 du.	14 du.
15 Die Humanisten	15 Die Humanisten	15 ÖDP	15 V-Partei ³
16 Tierschutzpartei	16 PIRATEN	16 Die Humanisten	16 DKP
17 Team Todenhöfer	17 Team Todenhöfer	17 Tierschutzpartei	17 MLPD
18 Volt	18 UNABHÄNGIGE	18 PIRATEN	18 BüSo
19 PIRATEN	19 Volt	19 Volt	19 SGP
	20 FAMILIE	20 Andere KWV	20 LKR
	21 Andere KWV		21 NPDP
			22 Die Humanisten
			23 Team Todenhöfer
			24 Volt
			25 dieBasis
			26 B*
			27 BÜNDNIS21
			28 sonstige
			29 MENSCHLICHE WELT
			30 Andere KWV

1) E = Direktkandidaturen für die Erststimme (Kreiswahlvorschläge); Z = Listenkandidaturen für die Zweitstimme (Landeslisten).
 E = Nicht in allen Wahlkreisen vertreten.

1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

Tabelle 2: Reihenfolge der Kreiswahlvorschläge¹⁾ und der Landeslisten¹⁾ auf den Stimmzetteln innerhalb der Länder bei der Bundestagswahl 2021 gemäß § 30 Absatz 3 Bundeswahlgesetz

Nordrhein-Westfalen		Sachsen		Hessen		Thüringen	
1 CDU	E Z	1 AfD	E Z	1 CDU	E Z	1 CDU	E Z
2 SPD	E Z	2 CDU	E Z	2 SPD	E Z	2 AfD	E Z
3 FDP	E Z	3 DIE LINKE	E Z	3 AfD	E Z	3 DIE LINKE	E Z
4 AfD	E Z	4 SPD	E Z	4 FDP	E Z	4 SPD	E Z
5 GRÜNE	E Z	5 FDP	E Z	5 GRÜNE	E Z	5 FDP	E Z
6 DIE LINKE	E Z	6 GRÜNE	E Z	6 DIE LINKE	E Z	6 GRÜNE	E Z
7 Die PARTEI	E Z	7 Tierschutzpartei	Z	7 Tierschutzpartei	Z	7 FREIE WÄHLER	E Z
8 Tierschutzpartei	E Z	8 Die PARTEI	E Z	8 Die PARTEI	E Z	8 Die PARTEI	E Z
9 PIRATEN	E Z	9 NPD	Z	9 FREIE WÄHLER	E Z	9 NPD	Z
10 FREIE WÄHLER	E Z	10 FREIE WÄHLER	E Z	10 PIRATEN	E Z	10 ÖDP	E Z
11 NPD	Z	11 PIRATEN	E Z	11 NPD	Z	11 PIRATEN	E Z
12 ÖDP	E Z	12 ÖDP	E Z	12 ÖDP	Z	12 V-Partei ³	Z
13 V-Partei ³	E Z	13 V-Partei ³	E Z	13 V-Partei ³	Z	13 MLPD	E Z
14 Gesundheitsforschung	Z	14 MLPD	E Z	14 MLPD	E Z	14 dieBasis	E Z
15 MLPD	E Z	15 dieBasis	E Z	15 DKP	E Z	15 MENSCHLICHE WELT	Z
16 Die Humanisten	E Z	16 Bündnis C	E Z	16 dieBasis	E Z	16 Die Humanisten	Z
17 DKP	E Z	17 III. Weg	E Z	17 Bündnis C	E Z	17 Tierschutzpartei	Z
18 SGP	Z	18 DKP	Z	18 BÜNDNIS21	E Z	18 Team Todenhöfer	Z
19 dieBasis	E Z	19 Die Humanisten	E Z	19 LKR	E Z	19 Volt	Z
20 Bündnis C	E Z	20 Gesundheitsforschung	E Z	20 Die Humanisten	E Z	20 Graue Panther	E
21 du.	Z	21 Team Todenhöfer	Z	21 Gesundheitsforschung	Z	21 LKR	E
22 LIEBE	E Z	22 Volt	Z	22 Team Todenhöfer	Z	22 THP	E
23 LKR	E Z	23 BüSo	E	23 Volt	E Z	23 Andere KWV	E
24 Pdf	Z	24 LKR	E	24 BüSo	E		
25 LfK	Z	25 Andere KWV	E	25 UNABHÄNGIGE	E		
26 Team Todenhöfer	Z			26 Andere KWV	E		
27 Volt	E Z						
28 Volksabstimmung	E						
29 UNABHÄNGIGE	E						
30 Andere KWV	E						

Rheinland-Pfalz		Bayern		Baden-Württemberg		Saarland	
1 CDU	E Z	1 CSU	E Z	1 CDU	E Z	1 CDU	E Z
2 SPD	E Z	2 SPD	E Z	2 SPD	E Z	2 SPD	E Z
3 AfD	E Z	3 AfD	E Z	3 GRÜNE	E Z	3 DIE LINKE	E Z
4 FDP	E Z	4 FDP	E Z	4 FDP	E Z	4 AfD	E Z
5 GRÜNE	E Z	5 GRÜNE	E Z	5 AfD	E Z	5 FDP	E Z
6 DIE LINKE	E Z	6 DIE LINKE	E Z	6 DIE LINKE	E Z	6 Die PARTEI	E Z
7 FREIE WÄHLER	E Z	7 FREIE WÄHLER	E Z	7 Tierschutzpartei	E Z	7 FREIE WÄHLER	E Z
8 Die PARTEI	E Z	8 ÖDP	E Z	8 Die PARTEI	E Z	8 NPD	Z
9 PIRATEN	E Z	9 Tierschutzpartei	E Z	9 FREIE WÄHLER	E Z	9 PIRATEN	Z
10 ÖDP	E Z	10 BP	E Z	10 PIRATEN	E Z	10 MLPD	E Z
11 NPD	Z	11 Die PARTEI	E Z	11 ÖDP	E Z	11 dieBasis	E Z
12 V-Partei ³	Z	12 PIRATEN	E Z	12 NPD	Z	12 ÖDP	E Z
13 MLPD	E Z	13 NPD	E Z	13 DiB	E Z	13 Tierschutzpartei	Z
14 dieBasis	E Z	14 V-Partei ³	E Z	14 MLPD	E Z	14 Team Todenhöfer	Z
15 DiB	Z	15 Gesundheitsforschung	Z	15 DKP	Z	15 Volt	Z
16 LKR	E Z	16 MLPD	E Z	16 dieBasis	E Z	16 GRÜNE	E
17 Die Humanisten	E Z	17 DKP	Z	17 Bündnis C	E Z	17 Andere KWV	E
18 Tierschutzpartei	E Z	18 dieBasis	E Z	18 BÜRGERBEWEGUNG	E Z		
19 Team Todenhöfer	Z	19 Bündnis C	E Z	19 BÜNDNIS21	Z		
20 Volt	E Z	20 III. Weg	Z	20 LKR	E Z		
21 DKP	E	21 du.	E Z	21 Die Humanisten	E Z		
22 UNABHÄNGIGE	E	22 LKR	E Z	22 Gesundheitsforschung	Z		
23 Andere KWV	E	23 Die Humanisten	E Z	23 Team Todenhöfer	Z		
		24 Team Todenhöfer	E Z	24 Volt	E Z		
		25 UNABHÄNGIGE	E Z	25 BüSo	E		
		26 Volt	E Z	26 KlimalisteBW	E		
		27 BüSo	E	27 MENSCHLICHE WELT	E		
		28 Andere KWV	E	28 V-Partei ³	E		
				29 Andere KWV	E		

1) E = Direktkandidaturen für die Erststimme (Kreiswahlvorschläge); Z = Listenkandidaturen für die Zweitstimme (Landeslisten).
E = Nicht in allen Wahlkreisen vertreten.

1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

87 Vereinigungen zeigten ihre Beteiligung an der Bundestagswahl fristgerecht bis zum 21. Juni 2021 (97. Tag vor der Wahl) beim Bundeswahlleiter an und führten damit die Feststellung des Bundeswahlausschusses über ihre Parteieigenschaft herbei. Eine weitere Beteiligungsanzeige ging verspätet ein.

Für die Ablehnung der Anerkennung als Partei für die Wahl ist im Bundeswahlausschuss eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Bei 44 politischen Vereinigungen⁶ hat der Bundeswahlausschuss die Parteieigenschaft anerkannt. Damit lag die Zahl der Vereinigungen, die Landeslisten einreichen durften, so hoch wie nie zuvor – zur Bundestagswahl 2017 wurde 40 Vereinigungen die Parteieigenschaft zuerkannt.

Gegen eine Feststellung des Bundeswahlausschusses, die eine Vereinigung an der Einreichung von Wahlvorschlägen hindert, kann binnen 4 Tagen nach Bekanntgabe der Entscheidung Beschwerde zum Bundesverfassungsgericht erhoben werden. Dieses hat dann zu entscheiden, ob eine politische Vereinigung ihre Beteiligung an der Bundestagswahl dem Bundeswahlleiter ordnungsgemäß angezeigt hat und ob sie als Partei anzuerkennen ist. Von diesem Beschwerderecht haben 20 der 44 abgelehnten Vereinigungen Gebrauch gemacht (siehe BVerfG, 2 BvC 1/21 bis 2 BvC 20/21). In 19 Verfahren blieben die Nichtanerkennungsbeschwerden erfolglos. Im Verfahren 2 BvC 8/21 hingegen hatte die Nichtanerkennungsbeschwerde Erfolg.⁷

In der 2. Sitzung des Bundeswahlausschusses am 5. August 2021 wies dieser 7 Beschwerden von Parteien gegen die vollständige oder teilweise Nichtzulassung von Landeslisten durch die jeweiligen Landeswahlausschüsse zurück; eine weitere Beschwerde wurde als bereits unzulässig verworfen. 3 Beschwerden wurde stattgegeben.

Von den insgesamt 54 für die Bundestagswahl 2021 zugelassenen bzw. anerkannten Parteien reichten 7 keine Wahlvorschläge ein. Von den 47 Parteien, die Wahlvorschläge aufgestellt hatten, beteiligten sich, wie sich aus Tabelle 3 entnehmen lässt, 40 mit Landeslisten an der Wahl zum 20. Deutschen Bundestag.

Neben den Parteien sind auch Einzelbewerberinnen und -bewerber bzw. Wählergruppen bei der Bundestagswahl wahlvorschlagsberechtigt. Allerdings ist ihr Recht zur Aufstellung von Wahlvorschlägen auf Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten, also die sogenannten Direktkandidatinnen und -kandidaten, beschränkt. Bei der Bundestagswahl 2021 waren es 197 Wahlbewerberinnen und -bewerber, die als Wählergruppen bzw. Einzelbewerberinnen und -bewerber zur Wahl in den 299 Wahlkreisen antraten. Bei der Bundestagswahl 2017 waren es noch 110 und bei der Bundestagswahl 2013 hatten sich 81 Einzelbewerberinnen und -bewerber bzw. Wählergruppen aufstellen lassen, nachdem es 2009 mit 166 bereits außerordentlich viele gewesen waren. 2005 und 2002 lag die Zahl jeweils bei 60.

⁶ Eine weitere Partei wurde erst zu einem späteren Zeitpunkt – nach Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht – zugelassen.

⁷ Siehe hierzu auch WISTA 5/2021: „Bundestagswahl 2021 – Organisatorische Vorbereitung und Durchführung“, S. 80 f.

1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

Tabelle 3: An der Bundestagswahl am 26. September 2021 beteiligte Parteien

Partei	Landesliste in ...	Kreiswahlvorschlag in ...
Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)	allen Ländern außer Bayern	allen Wahlkreisen außer Bayern
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	allen Ländern	allen Wahlkreisen
Alternative für Deutschland (AfD)	allen Ländern	293 Wahlkreisen in allen Ländern
Freie Demokratische Partei (FDP)	allen Ländern	allen Wahlkreisen
DIE LINKE (DIE LINKE)	allen Ländern	296 Wahlkreisen in allen Ländern
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE)	allen Ländern außer Saarland	allen Wahlkreisen
Christlich-Soziale Union in Bayern e.V. (CSU)	Bayern	allen Wahlkreisen in Bayern
FREIE WÄHLER (FREIE WÄHLER)	allen Ländern	270 Wahlkreisen in allen Ländern
Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative (Die PARTEI)	allen Ländern	200 Wahlkreisen in allen Ländern
PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ (Tierschutzpartei)	allen Ländern	48 Wahlkreisen (3 in Mecklenburg-Vorpommern, 9 in Niedersachsen, 1 in Bremen, 1 in Brandenburg, 1 in Sachsen-Anhalt, 12 in Berlin, 3 in Nordrhein-Westfalen, 3 in Rheinland-Pfalz, 7 in Bayern und 8 in Baden-Württemberg)
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	allen Ländern	5 Wahlkreisen (4 in Hamburg und 1 in Bayern)
Piratenpartei Deutschland (PIRATEN)	allen Ländern außer Schleswig-Holstein und Bremen	47 Wahlkreisen (3 in Mecklenburg-Vorpommern, 2 in Hamburg, 8 in Niedersachsen, 1 in Bremen, 5 in Brandenburg, 6 in Berlin, 4 in Nordrhein-Westfalen, 3 in Sachsen, 4 in Hessen, 1 in Thüringen, 1 in Rheinland-Pfalz, 6 in Bayern und 3 in Baden-Württemberg)
Ökologisch-Demokratische Partei	allen Ländern	124 Wahlkreisen (5 in Hamburg, 5 in Niedersachsen, 2 in Bremen, 7 in Brandenburg, 1 in Sachsen-Anhalt, 10 in Berlin, 2 in Nordrhein-Westfalen, 13 in Sachsen, 4 in Thüringen, 9 in Rheinland-Pfalz, 46 in Bayern, 16 in Baden-Württemberg und 4 im Saarland)
V-Partei ³ – Partei für Veränderung Vegetarier und Veganer (V-Partei ³)	Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Berlin, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Hessen, Thüringen, Rheinland-Pfalz und Bayern	17 Wahlkreisen (1 in Schleswig-Holstein, 1 in Niedersachsen, 1 in Bremen, 1 in Nordrhein-Westfalen, 2 in Sachsen, 10 in Bayern und 1 in Baden-Württemberg)
DEMOKRATIE IN BEWEGUNG (DiB)	Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg	6 Wahlkreisen in Baden-Württemberg
Bayernpartei (BP)	Bayern	24 Wahlkreisen in Bayern
Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz (Tierschutzallianz)	Sachsen-Anhalt	2 Wahlkreisen in Sachsen-Anhalt
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	allen Ländern	111 Wahlkreisen in allen Ländern
Partei für Gesundheitsforschung (Gesundheitsforschung)	Berlin, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Hessen, Bayern und Baden-Württemberg	3 Wahlkreisen (2 in Berlin und 1 in Sachsen)
Menschliche Welt - für das Wohl und Glücklichein aller (MENSCHLICHE WELT)	Bremen und Thüringen	2 Wahlkreisen (1 in Berlin und 1 in Baden-Württemberg)
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Niedersachsen, Brandenburg, Berlin, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Hessen, Bayern und Baden-Württemberg	23 Wahlkreisen (3 in Schleswig-Holstein, 2 in Niedersachsen, 4 in Brandenburg, 12 in Nordrhein-Westfalen, 1 in Hessen und 1 in Rheinland-Pfalz)
Die Grauen – Für alle Generationen (Die Grauen)	Berlin	1 Wahlkreis in Berlin

1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

noch Tabelle 3: An der Bundestagswahl am 26. September 2021 beteiligte Parteien

Partei	Landesliste in ...	Kreiswahlvorschlag in ...
Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo)	Berlin	9 Wahlkreisen (1 in Sachsen, 1 in Hessen, 5 in Bayern und 2 in Baden-Württemberg)
Partei der Humanisten (Die Humanisten)	allen Ländern außer Saarland	26 Wahlkreisen (1 in Niedersachsen, 2 in Bremen, 1 in Brandenburg, 3 in Berlin, 1 in Nordrhein-Westfalen, 3 in Sachsen, 1 in Hessen, 1 in Rheinland-Pfalz, 3 in Bayern und 10 in Baden-Württemberg)
Gartenpartei (Gartenpartei)	Sachsen-Anhalt	1 Wahlkreis in Sachsen-Anhalt
Die Urbane. Eine HipHop Partei (du.)	Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Berlin, Nordrhein-Westfalen und Bayern	6 Wahlkreisen (3 in Schleswig-Holstein, 1 in Berlin und 2 in Bayern)
Sozialistische Gleichheitspartei, Vierte Internationale (SGP)	Berlin und Nordrhein-Westfalen	keine
Basisdemokratische Partei Deutschland (die Basis)	allen Ländern außer Berlin	286 Wahlkreisen in allen Ländern
Bündnis C – Christen für Deutschland (Bündnis C)	Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Hessen, Bayern und Baden-Württemberg	11 Wahlkreisen (2 in Nordrhein-Westfalen, 2 in Sachsen, 4 in Hessen, 2 in Bayern und 1 in Baden-Württemberg)
Bürgerbewegung für Fortschritt und Wandel (BÜRGERBEWEGUNG)	Baden-Württemberg	3 Wahlkreisen in Baden-Württemberg
DER DRITTE WEG (III. Weg)	Sachsen und Bayern	1 Wahlkreis in Sachsen
diePinken/BÜNDNIS21 (BÜNDNIS21)	Hamburg, Hessen und Baden-Württemberg	2 Wahlkreisen (1 in Berlin und 1 in Hessen)
Europäische Partei LIEBE (LIEBE)	Nordrhein-Westfalen	1 Wahlkreis in Nordrhein-Westfalen
Liberal-Konservative Reformer (LKR)	Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Berlin, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Bayern und Baden-Württemberg	52 Wahlkreisen (6 in Schleswig-Holstein, 1 in Hamburg, 8 in Niedersachsen, 10 in Berlin, 7 in Nordrhein-Westfalen, 4 in Sachsen, 1 in Hessen, 2 in Thüringen, 3 in Rheinland-Pfalz, 7 in Bayern und 3 in Baden-Württemberg)
Partei des Fortschritts	Nordrhein-Westfalen	keine
» Partei für Kinder, Jugendliche und Familien « – Lobbyisten für Kinder – (LfK)	Nordrhein-Westfalen	keine
Südschleswigscher Wählerverband (SSW)	Schleswig-Holstein	5 Wahlkreisen in Schleswig-Holstein
Team Todenhöfer – Die Gerechtigkeitspartei (Team Todenhöfer)	allen Ländern außer Sachsen-Anhalt	3 Wahlkreisen (1 in Berlin und 2 in Bayern)
UNABHÄNGIGE für bürgernahe Demokratie (UNABHÄNGIGE)	Brandenburg und Bayern	11 Wahlkreisen (1 in Mecklenburg-Vorpommern, 3 in Brandenburg, 2 in Nordrhein-Westfalen, 1 in Hessen, 2 in Rheinland-Pfalz und 2 in Bayern)
Volt Deutschland (Volt)	allen Länder	64 Wahlkreisen (2 in Schleswig-Holstein, 3 in Hamburg, 1 in Bremen, 1 in Brandenburg, 2 in Berlin, 15 in Nordrhein-Westfalen, 4 in Hessen, 10 in Rheinland-Pfalz, 13 in Bayern und 13 in Baden-Württemberg)
Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung - Politik für die Menschen (Volksabstimmung)	keine	2 Wahlkreisen in Nordrhein-Westfalen
bergpartei, die überpartei - ökoanarchistisch-realdadaistisches sammelbecken (B*)	keine	1 Wahlkreis in Berlin
DIE SONSTIGEN – X (sonstige)	keine	1 Wahlkreis in Berlin
Familien-Partei Deutschlands (FAMILIE)	keine	1 Wahlkreis in Brandenburg
Graue Panther (Graue Panther)	keine	1 Wahlkreis in Thüringen
Klimaliste Baden-Württemberg (KlimalisteBW)	keine	7 Wahlkreisen in Baden-Württemberg
Thüringer Heimatpartei (THP)	keine	1 Wahlkreis in Thüringen

1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

1.7 Wahlrecht und Wählbarkeit

Wahlberechtigt sind alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 Grundgesetz, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens 3 Monaten in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich dort aufhalten und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

Wahlberechtigt sind gemäß § 12 Absatz 2 Bundeswahlgesetz bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen auch diejenigen Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 Grundgesetz, die am Wahltag außerhalb der Bundesrepublik Deutschland leben, sofern sie

- nach Vollendung ihres 14. Lebensjahres mindestens 3 Monate ununterbrochen in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innegehabt oder sich sonst gewöhnlich aufgehalten haben und dieser Aufenthalt nicht länger als 25 Jahre zurückliegt oder
- aus anderen Gründen persönlich und unmittelbar Vertrautheit mit den politischen Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland erworben haben und von ihnen betroffen sind.

Eine frühere Wohnung oder ein früherer Aufenthalt in den 5 neuen Ländern und Berlin-Ost ist entsprechend zu berücksichtigen. Bei Rückkehr einer/eines Auslandsdeutschen in die Bundesrepublik Deutschland gilt die genannte Dreimonatsfrist nicht.

Vom Wahlrecht ausgeschlossen ist gemäß § 13 Bundeswahlgesetz eine deutsche Person, die infolge Richterspruchs das Wahlrecht nicht besitzt.

Die Wahlbewerberinnen und -bewerber müssen am Wahltag Deutsche im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 Grundgesetz sein und das 18. Lebensjahr vollendet haben. Nicht wählbar ist, wer vom aktiven Wahlrecht (§ 13 Bundeswahlgesetz) ausgeschlossen ist oder wer infolge Richterspruchs die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzt.

Wählen kann in der Regel nur, wer in ein Wählerverzeichnis eingetragen ist. Wer im Wählerverzeichnis eingetragen ist, kann – sofern sie/er keinen Wahlschein besitzt – nur in dem Wahlbezirk wählen, in dessen Wählerverzeichnis sie/er geführt wird. Wer einen Wahlschein hat, kann an der Wahl in dem Wahlkreis, in dem der Wahlschein ausgestellt ist, entweder durch persönliche Stimmabgabe in einem beliebigen Wahlbezirk des Wahlkreises oder durch Briefwahl teilnehmen. Durch die Verbindung mit dem jeweiligen Heimatwahlkreis ist eine Manipulation des Wahlausgangs durch absichtliche Konzentration von Briefwahlstimmen auf bestimmte Wahlkreise ausgeschlossen.

Die Briefwahl ist seit der 3. Bundestagswahl (1957) möglich. Jede wahlberechtigte Person, die in ein Wählerverzeichnis eingetragen ist, kann ihr Wahlrecht durch Briefwahl ausüben, wenn sie einen Antrag auf Erteilung eines Wahlscheins stellt.

Auch wer aus einem von ihm nicht zu vertretenden Grund nicht in das Wählerverzeichnis aufgenommen wurde, kann unter bestimmten Voraussetzungen einen Antrag auf Erteilung eines Wahlscheins stellen und seine Stimme durch Briefwahl abgeben.

Für die Briefwahl müssen Wahlberechtigte bei der Gemeinde ihres Hauptwohnsitzes die Erteilung eines Wahlscheins schriftlich (formlos) oder mündlich beantragen. Die Schriftform gilt auch durch Telegramm, Fernschreiben, Fax, E-Mail oder sonstige dokumentierbare elektronische Übermittlung als gewahrt. Eine telefonische Antragstellung ist unzulässig. Der Antrag auf Briefwahlunterlagen sollte möglichst frühzeitig gestellt werden. Der Erhalt der Wahlbenachrichtigung muss nicht abgewartet werden. Briefwahlunterlagen können bis zum Freitag vor der Wahl, 18:00 Uhr, beantragt werden – in gesetzlich bestimmten Ausnahmefällen sogar bis zum Wahltag, 15:00 Uhr. Die Ausgabe der Briefwahlunterlagen

1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

kann, da der Stimmzettel Bestandteil dieser Unterlagen ist, erst nach der endgültigen Zulassung der Kreiswahlvorschläge und Landeslisten sowie nach dem Druck der Stimmzettel erfolgen.

Briefwählerinnen und Briefwähler erhalten auf Antrag folgende Unterlagen ausgehändigt bzw. übersandt:

- einen Wahlschein, der von dem/der mit der Erteilung beauftragten Bediensteten der Gemeindebehörde eigenhändig unterschrieben und mit dem Dienstsiegel versehen sein muss. Wird der Wahlschein mithilfe automatischer Einrichtungen erstellt, kann abweichend davon die Unterschrift fehlen; stattdessen kann der Name des/der beauftragten Bediensteten eingedruckt sein,
- einen amtlichen Stimmzettel,
- einen amtlichen Stimmzettelumschlag (blau),
- einen amtlichen Wahlbriefumschlag (hellrot) sowie
- ein ausführliches Merkblatt für die Briefwahl, das alle wichtigen Hinweise enthält und die Briefwahl durch anschauliche Bilder näher erläutert.

Nach Ausfüllen des Stimmzettels und der Versicherung an Eides statt, dass der Stimmzettel von der bzw. dem Wahlberechtigten persönlich gekennzeichnet wurde, sind diese Unterlagen an die auf dem Wahlbriefumschlag aufgedruckte Stelle zu senden oder dort abzugeben. Zur Feststellung des Ergebnisses der Briefwahl werden besondere Briefwahlvorstände gebildet. Der Wahlbrief muss spätestens am Wahlsonntag bis 18:00 Uhr bei der dafür zuständigen Stelle vorliegen, da um 18:00 Uhr der Wahlakt abgeschlossen und mit der Auszählung der Stimmen begonnen wird.

1.8 Wahlorgane und Wahlvorbereitung

Für die organisatorische Vorbereitung und Durchführung einer Bundestagswahl sind nach dem Bundeswahlgesetz und der Bundeswahlordnung die Wahlorgane zuständig.

Gemäß § 8 Absatz 1 Bundeswahlgesetz sind Wahlorgane:

- der Bundeswahlleiter und der Bundeswahlausschuss für das Wahlgebiet,
- eine Landeswahlleitung und ein Landeswahlausschuss für jedes Land,
- eine Kreiswahlleitung und ein Kreiswahlausschuss für jeden Wahlkreis,
- eine Wahlvorsteherin bzw. ein Wahlvorsteher und ein Wahlvorstand für jeden Wahlbezirk und
- mindestens eine Wahlvorsteherin bzw. ein Wahlvorsteher und ein Wahlvorstand für jeden Wahlkreis zur Feststellung des Briefwahlergebnisses.⁸ Wie viele Briefwahlvorstände zu bilden sind, um das Ergebnis der Briefwahl noch am Wahltag feststellen zu können, bestimmt die Kreiswahlleitung.

Der Großteil der Vorbereitungsarbeiten für eine Bundestagswahl liegt bei den Gemeinden. Diese stellen die Wählerverzeichnisse auf, in denen alle Wahlberechtigten mit Familienname, Vornamen, Geburtstag und Anschrift enthalten sind. Wahlberechtigte, die in mehreren Gemeinden eine Wohnung haben, sind im Wählerverzeichnis der Gemeinde zu führen, in der sich ihre Hauptwohnung befindet. Stichtag für die Eintragung der Wahlberechtigten in die Wählerverzeichnisse von Amts wegen für die Bundestagswahl am 26. September 2021 war der 42. Tag vor der Wahl, also der 15. August 2021. Für die Wiederholung der Wahl in Teilen Berlins am 11. Februar 2024 war gemäß § 44 Absatz 2

⁸ Seit der Bundestagswahl 1980 können zur Feststellung des Briefwahlergebnisses Wahlvorstände statt für jeden Wahlkreis auch für einzelne oder mehrere Gemeinden oder für einzelne Kreise innerhalb eines Wahlkreises eingesetzt werden; die Anordnung hierfür trifft die Landesregierung oder die von ihr bestimmte Stelle.

1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

Bundeswahlgesetz ein neues Wählerverzeichnis zu erstellen, da die Wiederholungswahl mehr als sechs Monate nach der Hauptwahl stattfand. Die Teilnahme an der Wiederholungswahl setzte einen Wohnsitz in einem von der Wiederholungswahl erfassten Berliner Wahlbezirken voraus. Maßgeblich dafür war die Anmeldung mit Hauptwohnsitz am 31. Dezember 2023 (42. Tag vor der Wahl).

Die Wahlberechtigten hatten bei der Hauptwahl an den Werktagen vom 20. bis 16. Tag vor der Wahl (also vom 6. bis einschließlich 10. September 2021) während der allgemeinen Öffnungszeiten der Gemeindebehörden das Recht, die Richtigkeit oder Vollständigkeit der zu ihrer Person im Wählerverzeichnis eingetragenen Daten zu überprüfen. Bei der Wiederholung der Wahl in Teilen Berlins konnte vom 22. bis zum 26. Januar 2024 beim zuständigen Bezirkswahlamt Einsicht genommen werden.

Durch dieses Recht, auf das die Gemeinden durch öffentliche Bekanntmachung hinweisen, kann jede Bürgerin und jeder Bürger feststellen, ob sie oder er für eine Bundestagswahl als wahlberechtigt geführt wird. Gegen die Unvollständigkeit oder Unrichtigkeit des Wählerverzeichnisses kann innerhalb der Einsichtsfrist Einspruch bei der Gemeindebehörde eingelegt werden.

Das Recht auf Einsicht in das Wählerverzeichnis ist grundsätzlich auf die Angaben zur eigenen Person beschränkt. Zur Überprüfung der Daten anderer Personen haben Wahlberechtigte nur dann ein Recht auf Einsicht in das Wählerverzeichnis, wenn sie Tatsachen glaubhaft machen, aus denen sich eine Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit des Wählerverzeichnisses ergeben kann.

Das Recht zur Überprüfung besteht nicht hinsichtlich der Daten von Wahlberechtigten, für die im Melderegister ein Sperrvermerk gemäß § 51 Absatz 1 Bundesmeldegesetz eingetragen ist. Eine Auskunftssperre im Melderegister wird auf Antrag oder von Amts wegen dann eingetragen, wenn Tatsachen vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, dass der bzw. dem Betroffenen oder einer anderen Person durch eine Melderegisterauskunft eine Gefahr für Leben, Gesundheit, persönliche Freiheit oder ähnliche schutzwürdige Interessen erwachsen kann.

Für alle Wahlberechtigten, besonders bei Verlegung oder Neubegründung einer Wohnung, waren die in der nachfolgenden Übersicht enthaltenen Termine zu beachten.

Für Wahlberechtigte wichtige Termine bei der Bundestagswahl 2021

Frist		Gegenstand
Datum	... Tag vor der Wahl	
15. August 2021	42.	Stichtag für die Eintragung von Amts wegen aller Wahlberechtigten, die an diesem Tag bei der Meldebehörde gemeldet sind, in das Wählerverzeichnis (bei Umzügen innerhalb der Gemeinden erfolgt keine Aufnahme in das Wählerverzeichnis des neuen Wahlbezirks)
5. September 2021	21.	Letzter Tag - für die Benachrichtigung der Wahlberechtigten über ihre Eintragung ins Wählerverzeichnis - für die Stellung eines Antrags auf Eintragung in das Wählerverzeichnis durch Wahlberechtigte, die nur auf Antrag eingetragen werden
6. bis 10. September 2021	20. bis 16.	Zeitraum für die Möglichkeit der Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis und des Einspruchs wegen Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit des Wählerverzeichnisses

1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

Über die Eintragung in das Wählerverzeichnis erhielten die Wahlberechtigten bis zum 5. September 2021 (21. Tag vor der Wahl) eine Mitteilung, die Wahlbenachrichtigung. Auf dieser ist unter anderem ihr Familienname und die Vornamen, der Wahlraum und die Wahlzeit sowie die Nummer der oder des Wahlberechtigten im Wählerverzeichnis eingetragen. Bei der Wiederholung der Wahl in Teilen Berlins endete die Frist am 21. Januar 2024 (21. Tag vor der Wahl). Die Wahlbenachrichtigung ist in der Regel dem Vorstand im Wahlraum vorzulegen. Für Wahlberechtigte, die Briefwahl beantragen, erteilen und übersenden die Gemeindebehörden die Briefwahlunterlagen.

Sie stellen auch die Wählbarkeitsbescheinigung aus, die für jede Wahlbewerberin bzw. jeden Wahlbewerber eines Wahlvorschlags einzureichen ist. Diese bestätigt, dass die Bewerberin bzw. der Bewerber am Wahltag Deutsche bzw. Deutscher im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 Grundgesetz ist und nicht nach § 15 Absatz 2 Bundeswahlgesetz vom Wahlrecht ausgeschlossen ist.

Außerdem haben die Gemeindebehörden für Personen, die einen Kreiswahlvorschlag oder eine Landesliste mit ihrer Unterschrift unterstützen, eine Wahlrechtsbescheinigung auszustellen. Diese ist Teil des Formblatts für eine Unterstützungsunterschrift und bestätigt, dass die Person, die einen Wahlvorschlag mit ihrer Unterschrift unterstützt, in dem betreffenden Wahlkreis oder Land wahlberechtigt ist.

Eine bestimmte Anzahl an Unterstützungsunterschriften ist eine der formellen Bedingungen, die Parteien, politische Vereinigungen, Wählergruppen und Einzelbewerberinnen und -bewerber für die Zulassung ihrer Wahlvorschläge bei einer Bundestagswahl erfüllen müssen. Parteien, die nicht mit mindestens 5 Abgeordneten im Deutschen Bundestag oder einem Landtag seit der jeweils letzten Wahl aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen vertreten sind, haben eine bestimmte Anzahl an Unterstützungsunterschriften mit ihren Landeslisten einzureichen. Ebenso müssen Parteien, politische Vereinigungen, Wählergruppen und Einzelbewerberinnen und -bewerber in den Wahlkreisen für ihre Kreiswahlvorschläge Unterstützungsunterschriften vorlegen. Mit der am 9. Juni 2021 verkündeten Änderung des Bundeswahlgesetzes (BGBl I S. 1482) wurde die Zahl der für Landeslisten und Kreiswahlvorschläge erforderlichen Unterstützungsunterschriften auf jeweils ein Viertel reduziert. Grund sind die Einschränkungen der COVID-19-Pandemie und die damit verbundenen erschwerten Bedingungen für die Bundestagswahl 2021. Kreiswahlvorschläge bedurften daher statt wie bisher 200 nur 50 Unterstützungsunterschriften. Die Reduzierung der erforderlichen Unterstützungsunterschriften für Landeslisten ist wie untenstehend erfolgt:

Land	Anzahl 2017	Anzahl 2021
Baden-Württemberg	2 000	500
Bayern	2 000	500
Berlin	2 000	500
Brandenburg	2 000	500
Bremen	484	119
Hamburg	1 282	324
Hessen	2 000	500
Mecklenburg-Vorpommern	1 351	331
Niedersachsen	2 000	500
Nordrhein-Westfalen	2 000	500
Rheinland-Pfalz	2 000	500
Saarland	796	194
Sachsen	2 000	500
Sachsen-Anhalt	1 931	464
Schleswig-Holstein	2 000	500
Thüringen	1 834	442

1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

Darüber hinaus bestimmen die Gemeindebehörden die Wahlräume und richten diese für den Wahltag ein. Wobei die einzelnen Wahlbezirke nach den örtlichen Verhältnissen so abzugrenzen sind, dass möglichst allen Wahlberechtigten die Teilnahme an der Wahl erleichtert wird. Gemäß § 12 Bundeswahlordnung soll kein Wahlbezirk mehr als 2.500 Einwohnerinnen und Einwohner umfassen. Die Zahl der Wahlberechtigten darf andererseits aber auch nicht so gering sein, dass erkennbar werden könnte, wie die einzelnen Wahlberechtigten gewählt haben. Die Kreiswahlleitung kann daher bevölkerungsmäßig kleine Gemeinden oder Teile von Gemeinden zu einem Wahlbezirk vereinigen. Dabei bestimmt sie, welche Gemeinde die Wahl durchführt.

Eine schwierige Aufgabe für die Gemeinden ist vor jeder Bundestagswahl die Gewinnung einer ausreichend großen Zahl ehrenamtlich tätiger Bürgerinnen und Bürger für die Wahlvorstände in den Wahlräumen. Diese setzen sich jeweils aus dem Wahlvorsteher bzw. der Wahlvorsteherin und seiner bzw. ihrer Stellvertretung sowie weiteren 3 bis 7 Beisitzerinnen und Beisitzern zusammen. Hierfür werden etwa 650.000 Bürgerinnen und Bürger benötigt.

Die wichtigsten Aufgaben und Termine der Wahlorgane enthält nachfolgende Übersicht.

Aufgaben und Termine der Wahlorgane bei der Bundestagswahl 2021

Frist		Gegenstand ⁹
Datum	... Tag vor der Wahl	
a) Bundeswahlausschuss/Bundeswahlleiter		
21. Juni 2021, 18:00 Uhr	97.	Letzter Tag für die Anzeige der Beteiligung an der Wahl beim Bundeswahlleiter durch Parteien, die im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl nicht aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens 5 Abgeordneten vertreten waren
9. Juli 2021	79.	Letzter Tag für die Feststellung und Bekanntgabe, • welche Vereinigungen, die ihre Beteiligung an der Wahl angezeigt haben, für die Wahl als Parteien anzuerkennen sind • welche Parteien im Deutschen Bundestag oder einem Landtag seit deren letzter Wahl aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens 5 Abgeordneten vertreten waren
5. August 2021	52.	Letzter Tag für die Entscheidung des Bundeswahlausschusses über Beschwerden gegen die Zurückweisung oder Zulassung einer Landesliste

⁹ Gemäß § 44 Absatz 3 Satz 1 Bundeswahlgesetz musste die Wiederholungswahl spätestens 60 Tage nach der Rechtskraft der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 19. Dezember 2023 stattfinden. Aus diesem Grund machte der Landeswahlleiter von Berlin seiner Befugnis gemäß § 83 Absatz 7 Bundeswahlordnung zur Verkürzung von Fristen Gebrauch.

1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

b) Kreis- und Landeswahlausschüsse/ Kreis- und Landeswahlleitungen

19. Juli 2021, 18:00 Uhr	69.	Letzter Tag für die Einreichung von Kreiswahlvorschlägen bei der Kreiswahlleitung und von Landeslisten bei der Landeswahlleitung
30. Juli 2021	58.	Fristablauf • für die Zurücknahme oder Änderung eines Wahlvorschlags • für die Beseitigung von Mängeln des Wahlvorschlags, die seine Gültigkeit nicht berühren Entscheidung über die Zulassung • der Kreiswahlvorschläge durch den jeweiligen Kreiswahlausschuss • der Landeslisten durch den jeweiligen Landeswahlausschuss
5. August 2021	52.	Letzter Tag für die Entscheidung der Landeswahlausschüsse über Beschwerden gegen die Zurückweisung oder Zulassung eines Kreiswahlvorschlags

Neben den Aufgaben der Wahlorgane kommt es dem Bundesverfassungsgericht zu, über Beschwerden von Parteien oder Vereinigungen gegen die Ablehnung der Anerkennung als Partei durch den Bundeswahlausschuss zu entscheiden. Beschwerden können binnen 4 Tagen nach Bekanntgabe der Entscheidung erhoben werden. In diesem Fall ist die Partei oder Vereinigung von den Wahlorganen bis zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, längstens bis zum Ablauf des 59. Tages vor der Wahl, wie eine wahlvorschlagsberechtigte Partei zu behandeln.

Der Bundeswahlausschuss ist im Vorfeld der Wahl die letzte Entscheidungsinstanz, wenn eine Partei gegen die Zurückweisung ihrer Landesliste oder eine Landeswahlleitung gegen die Zurückweisung bzw. Zulassung einer Landesliste durch den zuständigen Landeswahlausschuss Beschwerde einlegt. Die Entscheidungen müssen grundsätzlich spätestens am 52. Tag vor der Wahl (5. August 2021) getroffen sein. Bei der Wiederholung der Wahl in Teilen Berlins wäre im Falle des Vorliegens von Beschwerden, die Entscheidung aufgrund der Fristverkürzung durch den Landeswahlleiter am 28. Dezember 2023 (45. Tag vor der Wahl) zu treffen gewesen.

Spätestens am 69. Tag vor der Wahl (19. Juli 2021) bis 18:00 Uhr sind den Kreiswahlleitungen die Kreiswahlvorschläge und den Landeswahlleitungen die Landeslistenvorschläge einzureichen. Aufgabe der Kreis- und Landeswahlleitungen ist es unter anderem, vorzuprüfen, ob

- die Zustimmungserklärungen der Bewerberinnen und Bewerber für ihre Kandidatur vorliegen,
- die Bewerberinnen und Bewerber wählbar sind,
- die Bewerberinnen und Bewerber von den Parteien vorschriftsmäßig aufgestellt wurden,
- die gegebenenfalls beizubringenden Unterschriften für die Unterstützung der Wahlvorschläge in ausreichender Zahl und der vorgeschriebenen Form eingereicht wurden und
- für jede Unterstützungsunterschrift eine Wahlrechtsbescheinigung vorliegt.

Die Landes- und Kreiswahlleitungen haben darauf hinzuwirken, dass die bei der Vorprüfung festgestellten Mängel beseitigt werden. Damit bereiten sie zugleich die Sitzungen der Wahlausschüsse vor, die grundsätzlich am 58. Tag vor der Wahl (30. Juli 2021) über die Zulassung oder Zurückweisung der Kreiswahlvorschläge und Landeslisten zu entscheiden haben. Im Rahmen der Wiederholung der Wahl in Teilen Berlins konnten keine neuen Wahlvorschläge zugelassen werden.

1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

Den Wahlorganen obliegt auch die Feststellung des vorläufigen Wahlergebnisses für ihr jeweiliges Wahlgebiet sowie die Bekanntgabe und Weitermeldung der Ergebnisse. Nach der Feststellung des Wahlergebnisses im Wahlbezirk durch den Wahlvorstand meldet die Wahlvorsteherin bzw. der Wahlvorsteher dieses auf schnellstem Weg (zum Beispiel telefonisch oder elektronisch) der Gemeindebehörde. Diese fasst die aus den Wahlbezirken eingegangenen Meldungen zu einem Gemeindeergebnis zusammen und meldet dieses der Kreiswahlleitung. Diese leitet das Wahlkreisergebnis wiederum an die Landeswahlleitung weiter, welche die Wahlkreisergebnisse und, nach Vorliegen aller Wahlkreisergebnisse des Landes, das Landesergebnis ermittelt und dies dem Bundeswahlleiter mitteilt. Der Bundeswahlleiter ermittelt zuletzt das vorläufige amtliche Wahlergebnis für das Wahlgebiet und gibt es noch in der Wahlnacht bekannt.

1.9 Ergebnisfeststellung bei der Hauptwahl

Bei den sogenannten „Schnellmeldungen“ traf das erste Wahlergebnis aus dem bayerischen Wahlkreis 241 (Ansbach) um 21:27 Uhr ein. Bis 24:00 Uhr lagen dem Bundeswahlleiter bereits die Ergebnisse von 201 Wahlkreisen vor. Der letzte Wahlkreis 76 (Berlin-Pankow) ging am 27. September 2021 um 5:29 Uhr ein. Das vorläufige Ergebnis der Wahl zum 20. Deutschen Bundestag gab der Bundeswahlleiter um 6:00 Uhr bekannt. Für die Wiederholung der Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 11. Februar 2024 wurden die Übermittlungszeitpunkte der sogenannten Schnellmeldungen nicht berücksichtigt, da sich die Wiederholung auf Teile Berlins beschränkte. Die nachstehenden Ausführungen des Kapitels beziehen sich daher ausschließlich auf die Hauptwahl vom 26. September 2021.

Zu welcher Uhrzeit die Ergebnisse der einzelnen Wahlkreise eingingen und bis wann jeweils alle Wahlkreisergebnisse der Länder vorlagen, damit Landesergebnisse berechnet werden konnten, zeigt Tabelle 4.

Tabelle 4: Wahlkreise in der Reihenfolge des Eingangs ihrer Schnellmeldung beim Bundeswahlleiter

Uhrzeit	Vorliegende Meldungen insgesamt	Eingang erste und letzte Ergebnisse der Wahlkreise	Landesergebnis (mit Nummer des letzten Wahlkreises)
26. September 2021			
21:27	1	241 Ansbach	
21:36	2	216 Ingolstadt	
21:38	4	212 Altötting 162 Chemnitz	
21:41	6	046 Hameln-Pyrmont – Holzminden 230 Rottal-Inn	
21:49	7	227 Deggendorf	
21:50	8	029 Cuxhaven – Stade II	
21:55	9	228 Landshut	
22:00	11	136 Höxter – Lippe II 234 Schwandorf	
22:01-22:15	20		
22:16-22:30	33		
22:31-22:45	60		
22:46-23:00	89		
23:01-23:15	110		
23:16-23:30	156		Hamburg (023)
23:31-23:45	182		
23:46-24:00	201		Rheinland-Pfalz (205) Saarland (299)

1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

27. September 2021

00:01-00:15	213		Thüringen (196)
00:16-00:30	230		Bayern (252)
00:31-01:00	251		Sachsen (154)
01:01-01:15	262		Niedersachsen (035) Bremen (055)
01:16-01:30	265		Sachsen-Anhalt (067)
01:31-02:00	277		Brandenburg (056)
02:01-02:30	281		Baden-Württemberg (292) Mecklenburg-Vorpommern (017)
02:31-03:00	288		Schleswig-Holstein (011) Hessen (187)
03:01-03:30	291		
03:31-04:00	294		Nordrhein-Westfalen (141)
04:01-04:30	297		
05:23	298	082 Berlin-Neukölln	
05:29	299	076 Berlin-Pankow	
05:36			Berlin (076)

Die Feststellung der endgültigen Wahlergebnisse ist Aufgabe der Kreiswahlausschüsse, der Landeswahlausschüsse und des Bundeswahlausschusses nach Prüfung der Wahlniederschriften durch die jeweilige Wahlleitung.

Die Kreiswahlausschüsse sind berechtigt, Feststellungen der Wahlvorstände zu berichtigen und dabei auch über die Gültigkeit abgegebener Stimmen abweichend zu beschließen (§ 76 Bundeswahlordnung). Weiterhin dürfen die Landeswahlausschüsse rechnerische Berichtigungen an den Feststellungen der Wahlvorstände und der Kreiswahlausschüsse vornehmen (§ 77 Bundeswahlordnung). Der Bundeswahlausschuss hat seit der Bundestagswahl 1987 die Befugnis, rechnerische Berichtigungen an den Feststellungen der Landeswahlausschüsse vorzunehmen (§ 78 Bundeswahlordnung). Die Kreiswahlausschüsse stellten bei der Hauptwahl für die 299 Wahlkreise in der Zeit vom 28. September bis 8. Oktober 2021 die endgültigen Wahlergebnisse fest (siehe Tabelle 5).

Tabelle 5: Sitzungstage der Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses bei der Bundestagswahl 2021

Land	Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses durch die Kreiswahlausschüsse am ...							
	28.9.	29.9.	30.9.	1.10.	4.10.	5.10.	6.10.	8.10.
	2.	3.	4.	5.	8.	9.	10.	12.
	Tag nach der Wahl							
	für ... Wahlkreise							
Schleswig-Holstein	–	–	3	8	–	–	–	–
Mecklenburg-Vorpommern	–	2	4	–	–	–	–	–
Hamburg	–	–	–	6	–	–	–	–
Niedersachsen	–	6	21	3	–	–	–	–
Bremen	–	–	–	–	–	–	2	–
Brandenburg	–	–	1	7	2	–	–	–
Sachsen-Anhalt	–	1	7	1	–	–	–	–
Berlin	–	–	–	–	1	1	–	10
Nordrhein-Westfalen	–	11	30	23	–	–	–	–
Sachsen	–	–	10	6	–	–	–	–
Hessen	–	–	3	18	–	1	–	–
Thüringen	–	–	2	6	–	–	–	–
Rheinland-Pfalz	–	–	9	5	–	1	–	–
Bayern	–	19	26	1	–	–	–	–
Baden-Württemberg	2	–	23	13	–	–	–	–
Saarland	–	–	1	3	–	–	–	–
Deutschland	2	39	140	100	3	3	2	10

1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

Die Landeswahlausschüsse stellen die Zweitstimmenergebnisse für das jeweilige Land fest. Im Saarland fand diese Sitzung am 6., in Brandenburg, Hamburg, Niedersachsen und Thüringen am 7. und in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin am 11. Oktober 2021 statt. 9 Landeswahlausschüsse tagten am 8. Oktober 2021. Bei der Wiederholung der Wahl zum 20. Deutschen Bundestag in Teilen Berlins tagten die Kreiswahlausschüsse Berlins zwischen dem 15. und 21. Februar 2024 und der Landeswahlausschuss von Berlin am 23. Februar 2024.

Gemäß § 8 Absatz 2 Bundeswahlgesetz kann für mehrere benachbarte Wahlkreise eine gemeinsame Kreiswahlleitung und ein gemeinsamer Kreiswahlausschuss gebildet werden. Die Anordnung hierzu trifft die Landeswahlleitung. Diese Vorschrift fand bei den in der folgenden Tabelle 6 aufgeführten Wahlkreisen Anwendung.

Tabelle 6: Wahlkreise mit gemeinsamer Kreiswahlleitung

Lfd. Nr.	Gemeinsame Kreiswahlleitung Nummern und Namen der Wahlkreise	Lfd. Nr.	Gemeinsame Kreiswahlleitung Nummern und Namen der Wahlkreise
1	41 Stadt Hannover I 42 Stadt Hannover II	15	152 Leipzig I 153 Leipzig II
2	43 Hannover-Land I 47 Hannover-Land II	16	159 Dresden I 160 Dresden II – Bautzen II
3	54 Bremen I 55 Bremen II – Bremerhaven	17	163 Chemnitzer Umland – Erzgebirgskreis II 164 Erzgebirgskreis I
4	93 Köln I 94 Köln II 95 Köln III	18	175 Main-Kinzig – Wetterau II – Schotten 180 Hanau
5	97 Rhein-Sieg-Kreis I 98 Rhein-Sieg-Kreis II	19	182 Frankfurt am Main I 183 Frankfurt am Main II
6	102 Wuppertal I 103 Solingen – Remscheid – Wuppertal II	20	217 München-Nord 218 München-Ost 219 München-Süd 220 München-West/Mitte
7	104 Mettmann I 105 Mettmann II	21	244 Nürnberg-Nord 245 Nürnberg-Süd
8	106 Düsseldorf I 107 Düsseldorf II	22	258 Stuttgart I 259 Stuttgart II
9	110 Krefeld I – Neuss II 114 Krefeld II – Wesel II	23	261 Esslingen 262 Nürtingen
10	115 Duisburg I 116 Duisburg II	24	265 Ludwigsburg 266 Neckar-Zaber
11	119 Essen II 120 Essen III	25	269 Backnang – Schwäbisch Gmünd 270 Aalen – Heidenheim
12	121 Recklinghausen I 122 Recklinghausen II	26	272 Karlsruhe-Land 278 Bruchsal – Schwetzingen
13	124 Steinfurt I – Borken I 128 Steinfurt III		
14	142 Dortmund I 143 Dortmund II		

Der Bundeswahlausschuss stellte für die Hauptwahl das endgültige Wahlergebnis für das gesamte Wahlgebiet in seiner 3. Sitzung am 15. Oktober 2021 fest. Am 1. März 2024 stellte der Bundeswahlausschuss das endgültige Ergebnis der Wahl zum 20. Deutschen Bundestag unter Berücksichtigung der Wiederholung der Bundestagswahl 2021 in Teilen Berlins fest. Neben der Zahl der Wahlberechtigten, der Wählerinnen und Wähler sowie der abgegebenen Stimmen in Bund und Ländern stellt er auch die Namen der Bewerberinnen und Bewerber fest, die über die Landeslisten gewählt sind.

Die von den Wahlausschüssen festgestellten und von den Kreiswahlleitungen, Landeswahlleitungen und dem Bundeswahlleiter öffentlich bekannt gemachten Ergebnisse können noch im Wahlprüfungsverfahren geändert werden. Eine Wahlprüfung wird nur auf Einspruch durchgeführt und obliegt dem Deutschen Bundestag (Artikel 41 Grundgesetz). Näheres regelt das Wahlprüfungsgesetz. Ein

1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

Einspruch muss beim Deutschen Bundestag binnen 2 Monaten nach dem Wahltag schriftlich eingegangen sein. Einspruch kann jede wahlberechtigte Person, jede Gruppe von Wahlberechtigten und in amtlicher Eigenschaft der Bundeswahlleiter, die Landeswahlleitungen und der Präsident des Deutschen Bundestages einlegen. Gemäß § 81 Absatz 1 Bundeswahlordnung sind der Bundeswahlleiter und die Landeswahlleitungen dazu verpflichtet, zu prüfen, ob die Wahl nach den Vorschriften des Bundeswahlgesetzes und der Bundeswahlordnung durchgeführt worden ist und gegebenenfalls Einspruch zu erheben.¹⁰

Der Einspruch ist zu begründen. Gegen die Entscheidung des Deutschen Bundestages kann innerhalb von 2 Monaten Beschwerde zum Bundesverfassungsgericht erhoben werden.

¹⁰ Der Bundeswahlleiter hat am 19. November 2021 beim Deutschen Bundestag Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahl zum 20. Deutschen Bundestag eingelegt. Der Einspruch bezog sich auf die Wahlkreise 75, 76, 77, 79, 80 und 83. Der Deutsche Bundestag entschied am 10. November 2022, dass die Bundestagswahl in Berlin teilweise ungültig ist und ordnete eine Wiederholung der Bundestagswahl in 431 Berliner Wahlbezirken an. Gegen den Beschluss des Bundestages wurde Wahlprüfungsbeschwerde erhoben. Das Bundesverfassungsgericht erklärte mit Urteil vom 19. Dezember 2023 (BVerfG, Urteil des Zweiten Senats vom 19. Dezember 2023 - 2 BvC 4/23) die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag über den Bundestagsbeschluss hinausgehend in weiteren 31 Wahlbezirken des Landes Berlin sowie den zugehörigen Briefwahlbezirken für ungültig und ordnete eine Wiederholungswahl an. Außerdem wurde der Beschluss des Bundestages für sieben Wahlbezirke und die damit verbundenen Briefwahlbezirke aufgehoben, in denen die Bundestagswahl damals für ungültig erklärt wurde.

1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

Über die Eintragung in das Wählerverzeichnis erhielten die Wahlberechtigten bis zum 5. September 2021 (21. Tag vor der Wahl) eine Mitteilung, die Wahlbenachrichtigung. Auf dieser ist unter anderem ihr Familienname und die Vornamen, der Wahlraum und die Wahlzeit sowie die Nummer der oder des Wahlberechtigten im Wählerverzeichnis eingetragen. Bei der Wiederholung der Wahl in Teilen Berlins endete die Frist am 21. Januar 2024 (21. Tag vor der Wahl). Die Wahlbenachrichtigung ist in der Regel dem Vorstand im Wahlraum vorzulegen. Für Wahlberechtigte, die Briefwahl beantragen, erteilen und übersenden die Gemeindebehörden die Briefwahlunterlagen.

Sie stellen auch die Wählbarkeitsbescheinigung aus, die für jede Wahlbewerberin bzw. jeden Wahlbewerber eines Wahlvorschlags einzureichen ist. Diese bestätigt, dass die Bewerberin bzw. der Bewerber am Wahltag Deutsche bzw. Deutscher im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 Grundgesetz ist und nicht nach § 15 Absatz 2 Bundeswahlgesetz vom Wahlrecht ausgeschlossen ist.

Außerdem haben die Gemeindebehörden für Personen, die einen Kreiswahlvorschlag oder eine Landesliste mit ihrer Unterschrift unterstützen, eine Wahlrechtsbescheinigung auszustellen. Diese ist Teil des Formblatts für eine Unterstützungsunterschrift und bestätigt, dass die Person, die einen Wahlvorschlag mit ihrer Unterschrift unterstützt, in dem betreffenden Wahlkreis oder Land wahlberechtigt ist.

Eine bestimmte Anzahl an Unterstützungsunterschriften ist eine der formellen Bedingungen, die Parteien, politische Vereinigungen, Wählergruppen und Einzelbewerberinnen und -bewerber für die Zulassung ihrer Wahlvorschläge bei einer Bundestagswahl erfüllen müssen. Parteien, die nicht mit mindestens 5 Abgeordneten im Deutschen Bundestag oder einem Landtag seit der jeweils letzten Wahl aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen vertreten sind, haben eine bestimmte Anzahl an Unterstützungsunterschriften mit ihren Landeslisten einzureichen. Ebenso müssen Parteien, politische Vereinigungen, Wählergruppen und Einzelbewerberinnen und -bewerber in den Wahlkreisen für ihre Kreiswahlvorschläge Unterstützungsunterschriften vorlegen. Mit der am 9. Juni 2021 verkündeten Änderung des Bundeswahlgesetzes (BGBl I S. 1482) wurde die Zahl der für Landeslisten und Kreiswahlvorschläge erforderlichen Unterstützungsunterschriften auf jeweils ein Viertel reduziert. Grund sind die Einschränkungen der COVID-19-Pandemie und die damit verbundenen erschwerten Bedingungen für die Bundestagswahl 2021. Kreiswahlvorschläge bedurften daher statt wie bisher 200 nur 50 Unterstützungsunterschriften. Die Reduzierung der erforderlichen Unterstützungsunterschriften für Landeslisten ist wie untenstehend erfolgt:

Land	Anzahl 2017	Anzahl 2021
Baden-Württemberg	2 000	500
Bayern	2 000	500
Berlin	2 000	500
Brandenburg	2 000	500
Bremen	484	119
Hamburg	1 282	324
Hessen	2 000	500
Mecklenburg-Vorpommern	1 351	331
Niedersachsen	2 000	500
Nordrhein-Westfalen	2 000	500
Rheinland-Pfalz	2 000	500
Saarland	796	194
Sachsen	2 000	500
Sachsen-Anhalt	1 931	464
Schleswig-Holstein	2 000	500
Thüringen	1 834	442

1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

Darüber hinaus bestimmen die Gemeindebehörden die Wahlräume und richten diese für den Wahltag ein. Wobei die einzelnen Wahlbezirke nach den örtlichen Verhältnissen so abzugrenzen sind, dass möglichst allen Wahlberechtigten die Teilnahme an der Wahl erleichtert wird. Gemäß § 12 Bundeswahlordnung soll kein Wahlbezirk mehr als 2.500 Einwohnerinnen und Einwohner umfassen. Die Zahl der Wahlberechtigten darf andererseits aber auch nicht so gering sein, dass erkennbar werden könnte, wie die einzelnen Wahlberechtigten gewählt haben. Die Kreiswahlleitung kann daher bevölkerungsmäßig kleine Gemeinden oder Teile von Gemeinden zu einem Wahlbezirk vereinigen. Dabei bestimmt sie, welche Gemeinde die Wahl durchführt.

Eine schwierige Aufgabe für die Gemeinden ist vor jeder Bundestagswahl die Gewinnung einer ausreichend großen Zahl ehrenamtlich tätiger Bürgerinnen und Bürger für die Wahlvorstände in den Wahlräumen. Diese setzen sich jeweils aus dem Wahlvorsteher bzw. der Wahlvorsteherin und seiner bzw. ihrer Stellvertretung sowie weiteren 3 bis 7 Beisitzerinnen und Beisitzern zusammen. Hierfür werden etwa 650.000 Bürgerinnen und Bürger benötigt.

Die wichtigsten Aufgaben und Termine der Wahlorgane enthält nachfolgende Übersicht.

Aufgaben und Termine der Wahlorgane bei der Bundestagswahl 2021

Frist		Gegenstand ⁹
Datum	... Tag vor der Wahl	
a) Bundeswahlausschuss/Bundeswahlleiter		
21. Juni 2021, 18:00 Uhr	97.	Letzter Tag für die Anzeige der Beteiligung an der Wahl beim Bundeswahlleiter durch Parteien, die im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl nicht aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens 5 Abgeordneten vertreten waren
9. Juli 2021	79.	Letzter Tag für die Feststellung und Bekanntgabe, • welche Vereinigungen, die ihre Beteiligung an der Wahl angezeigt haben, für die Wahl als Parteien anzuerkennen sind • welche Parteien im Deutschen Bundestag oder einem Landtag seit deren letzter Wahl aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens 5 Abgeordneten vertreten waren
5. August 2021	52.	Letzter Tag für die Entscheidung des Bundeswahlausschusses über Beschwerden gegen die Zurückweisung oder Zulassung einer Landesliste

⁹ Gemäß § 44 Absatz 3 Satz 1 Bundeswahlgesetz musste die Wiederholungswahl spätestens 60 Tage nach der Rechtskraft der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 19. Dezember 2023 stattfinden. Aus diesem Grund machte der Landeswahlleiter von Berlin seiner Befugnis gemäß § 83 Absatz 7 Bundeswahlordnung zur Verkürzung von Fristen Gebrauch.

1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

b) Kreis- und Landeswahlausschüsse/ Kreis- und Landeswahlleitungen

19. Juli 2021, 18:00 Uhr	69.	Letzter Tag für die Einreichung von Kreiswahlvorschlägen bei der Kreiswahlleitung und von Landeslisten bei der Landeswahlleitung
30. Juli 2021	58.	Fristablauf • für die Zurücknahme oder Änderung eines Wahlvorschlags • für die Beseitigung von Mängeln des Wahlvorschlags, die seine Gültigkeit nicht berühren Entscheidung über die Zulassung • der Kreiswahlvorschläge durch den jeweiligen Kreiswahlausschuss • der Landeslisten durch den jeweiligen Landeswahlausschuss
5. August 2021	52.	Letzter Tag für die Entscheidung der Landeswahlausschüsse über Beschwerden gegen die Zurückweisung oder Zulassung eines Kreiswahlvorschlags

Neben den Aufgaben der Wahlorgane kommt es dem Bundesverfassungsgericht zu, über Beschwerden von Parteien oder Vereinigungen gegen die Ablehnung der Anerkennung als Partei durch den Bundeswahlausschuss zu entscheiden. Beschwerden können binnen 4 Tagen nach Bekanntgabe der Entscheidung erhoben werden. In diesem Fall ist die Partei oder Vereinigung von den Wahlorganen bis zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, längstens bis zum Ablauf des 59. Tages vor der Wahl, wie eine wahlvorschlagsberechtigte Partei zu behandeln.

Der Bundeswahlausschuss ist im Vorfeld der Wahl die letzte Entscheidungsinstanz, wenn eine Partei gegen die Zurückweisung ihrer Landesliste oder eine Landeswahlleitung gegen die Zurückweisung bzw. Zulassung einer Landesliste durch den zuständigen Landeswahlausschuss Beschwerde einlegt. Die Entscheidungen müssen grundsätzlich spätestens am 52. Tag vor der Wahl (5. August 2021) getroffen sein. Bei der Wiederholung der Wahl in Teilen Berlins wäre im Falle des Vorliegens von Beschwerden, die Entscheidung aufgrund der Fristverkürzung durch den Landeswahlleiter am 28. Dezember 2023 (45. Tag vor der Wahl) zu treffen gewesen.

Spätestens am 69. Tag vor der Wahl (19. Juli 2021) bis 18:00 Uhr sind den Kreiswahlleitungen die Kreiswahlvorschläge und den Landeswahlleitungen die Landeslistenvorschläge einzureichen. Aufgabe der Kreis- und Landeswahlleitungen ist es unter anderem, vorzuprüfen, ob

- die Zustimmungserklärungen der Bewerberinnen und Bewerber für ihre Kandidatur vorliegen,
- die Bewerberinnen und Bewerber wählbar sind,
- die Bewerberinnen und Bewerber von den Parteien vorschriftsmäßig aufgestellt wurden,
- die gegebenenfalls beizubringenden Unterschriften für die Unterstützung der Wahlvorschläge in ausreichender Zahl und der vorgeschriebenen Form eingereicht wurden und
- für jede Unterstützungsunterschrift eine Wahlrechtsbescheinigung vorliegt.

Die Landes- und Kreiswahlleitungen haben darauf hinzuwirken, dass die bei der Vorprüfung festgestellten Mängel beseitigt werden. Damit bereiten sie zugleich die Sitzungen der Wahlausschüsse vor, die grundsätzlich am 58. Tag vor der Wahl (30. Juli 2021) über die Zulassung oder Zurückweisung der Kreiswahlvorschläge und Landeslisten zu entscheiden haben. Im Rahmen der Wiederholung der Wahl in Teilen Berlins konnten keine neuen Wahlvorschläge zugelassen werden.

1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

Den Wahlorganen obliegt auch die Feststellung des vorläufigen Wahlergebnisses für ihr jeweiliges Wahlgebiet sowie die Bekanntgabe und Weitermeldung der Ergebnisse. Nach der Feststellung des Wahlergebnisses im Wahlbezirk durch den Wahlvorstand meldet die Wahlvorsteherin bzw. der Wahlvorsteher dieses auf schnellstem Weg (zum Beispiel telefonisch oder elektronisch) der Gemeindebehörde. Diese fasst die aus den Wahlbezirken eingegangenen Meldungen zu einem Gemeindeergebnis zusammen und meldet dieses der Kreiswahlleitung. Diese leitet das Wahlkreisergebnis wiederum an die Landeswahlleitung weiter, welche die Wahlkreisergebnisse und, nach Vorliegen aller Wahlkreisergebnisse des Landes, das Landesergebnis ermittelt und dies dem Bundeswahlleiter mitteilt. Der Bundeswahlleiter ermittelt zuletzt das vorläufige amtliche Wahlergebnis für das Wahlgebiet und gibt es noch in der Wahlnacht bekannt.

1.9 Ergebnisfeststellung bei der Hauptwahl

Bei den sogenannten „Schnellmeldungen“ traf das erste Wahlergebnis aus dem bayerischen Wahlkreis 241 (Ansbach) um 21:27 Uhr ein. Bis 24:00 Uhr lagen dem Bundeswahlleiter bereits die Ergebnisse von 201 Wahlkreisen vor. Der letzte Wahlkreis 76 (Berlin-Pankow) ging am 27. September 2021 um 5:29 Uhr ein. Das vorläufige Ergebnis der Wahl zum 20. Deutschen Bundestag gab der Bundeswahlleiter um 6:00 Uhr bekannt. Für die Wiederholung der Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 11. Februar 2024 liegen die sogenannten Schnellmeldungen nicht vor, da sich die Wiederholung auf Teile Berlins bezog. Die nachstehenden Ausführungen des Kapitels beziehen sich daher ausschließlich auf die Hauptwahl vom 26. September 2021.

Zu welcher Uhrzeit die Ergebnisse der einzelnen Wahlkreise eingingen und bis wann jeweils alle Wahlkreisergebnisse der Länder vorlagen, damit Landesergebnisse berechnet werden konnten, zeigt Tabelle 4.

Tabelle 4: Wahlkreise in der Reihenfolge des Eingangs ihrer Schnellmeldung beim Bundeswahlleiter

Uhrzeit	Vorliegende Meldungen insgesamt	Eingang erste und letzte Ergebnisse der Wahlkreise	Landesergebnis (mit Nummer des letzten Wahlkreises)
26. September 2021			
21:27	1	241 Ansbach	
21:36	2	216 Ingolstadt	
21:38	4	212 Altötting 162 Chemnitz	
21:41	6	046 Hameln-Pyrmont – Holzminden 230 Rottal-Inn	
21:49	7	227 Deggendorf	
21:50	8	029 Cuxhaven – Stade II	
21:55	9	228 Landshut	
22:00	11	136 Höxter – Lippe II 234 Schwandorf	
22:01-22:15	20		
22:16-22:30	33		
22:31-22:45	60		
22:46-23:00	89		
23:01-23:15	110		
23:16-23:30	156		Hamburg (023)
23:31-23:45	182		
23:46-24:00	201		Rheinland-Pfalz (205) Saarland (299)

1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

27. September 2021

00:01-00:15	213		Thüringen (196)
00:16-00:30	230		Bayern (252)
00:31-01:00	251		Sachsen (154)
01:01-01:15	262		Niedersachsen (035) Bremen (055)
01:16-01:30	265		Sachsen-Anhalt (067)
01:31-02:00	277		Brandenburg (056)
02:01-02:30	281		Baden-Württemberg (292) Mecklenburg-Vorpommern (017)
02:31-03:00	288		Schleswig-Holstein (011) Hessen (187)
03:01-03:30	291		
03:31-04:00	294		Nordrhein-Westfalen (141)
04:01-04:30	297		
05:23	298	082 Berlin-Neukölln	
05:29	299	076 Berlin-Pankow	
05:36			Berlin (076)

Die Feststellung der endgültigen Wahlergebnisse ist Aufgabe der Kreiswahlausschüsse, der Landeswahlausschüsse und des Bundeswahlausschusses nach Prüfung der Wahlniederschriften durch die jeweilige Wahlleitung.

Die Kreiswahlausschüsse sind berechtigt, Feststellungen der Wahlvorstände zu berichtigen und dabei auch über die Gültigkeit abgegebener Stimmen abweichend zu beschließen (§ 76 Bundeswahlordnung). Weiterhin dürfen die Landeswahlausschüsse rechnerische Berichtigungen an den Feststellungen der Wahlvorstände und der Kreiswahlausschüsse vornehmen (§ 77 Bundeswahlordnung). Der Bundeswahlausschuss hat seit der Bundestagswahl 1987 die Befugnis, rechnerische Berichtigungen an den Feststellungen der Landeswahlausschüsse vorzunehmen (§ 78 Bundeswahlordnung). Die Kreiswahlausschüsse stellten für die 299 Wahlkreise in der Zeit vom 28. September bis 8. Oktober 2021 die endgültigen Wahlergebnisse fest (siehe Tabelle 5).

Tabelle 5: Sitzungstage der Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses bei der Bundestagswahl 2021

Land	Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses durch die Kreiswahlausschüsse am ...							
	28.9.	29.9.	30.9.	1.10.	4.10.	5.10.	6.10.	8.10.
	2.	3.	4.	5.	8.	9.	10.	12.
	Tag nach der Wahl							
	für ... Wahlkreise							
Schleswig-Holstein	–	–	3	8	–	–	–	–
Mecklenburg-Vorpommern	–	2	4	–	–	–	–	–
Hamburg	–	–	–	6	–	–	–	–
Niedersachsen	–	6	21	3	–	–	–	–
Bremen	–	–	–	–	–	–	2	–
Brandenburg	–	–	1	7	2	–	–	–
Sachsen-Anhalt	–	1	7	1	–	–	–	–
Berlin	–	–	–	–	1	1	–	10
Nordrhein-Westfalen	–	11	30	23	–	–	–	–
Sachsen	–	–	10	6	–	–	–	–
Hessen	–	–	3	18	–	1	–	–
Thüringen	–	–	2	6	–	–	–	–
Rheinland-Pfalz	–	–	9	5	–	1	–	–
Bayern	–	19	26	1	–	–	–	–
Baden-Württemberg	2	–	23	13	–	–	–	–
Saarland	–	–	1	3	–	–	–	–
Deutschland	2	39	140	100	3	3	2	10

1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

Die Landeswahlausschüsse stellen die Zweitstimmenergebnisse für das jeweilige Land fest. Im Saarland fand diese Sitzung am 6., in Brandenburg, Hamburg, Niedersachsen und Thüringen am 7. und in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin am 11. Oktober 2021 statt. 9 Landeswahlausschüsse tagten am 8. Oktober 2021.

Gemäß § 8 Absatz 2 Bundeswahlgesetz kann für mehrere benachbarte Wahlkreise eine gemeinsame Kreiswahlleitung und ein gemeinsamer Kreiswahlausschuss gebildet werden. Die Anordnung hierzu trifft die Landeswahlleitung. Diese Vorschrift fand bei den in der folgenden Tabelle 6 aufgeführten Wahlkreisen Anwendung.

Tabelle 6: Wahlkreise mit gemeinsamer Kreiswahlleitung

Lfd. Nr.	Gemeinsame Kreiswahlleitung Nummern und Namen der Wahlkreise	Lfd. Nr.	Gemeinsame Kreiswahlleitung Nummern und Namen der Wahlkreise
1	41 Stadt Hannover I 42 Stadt Hannover II	15	152 Leipzig I 153 Leipzig II
2	43 Hannover-Land I 47 Hannover-Land II	16	159 Dresden I 160 Dresden II – Bautzen II
3	54 Bremen I 55 Bremen II – Bremerhaven	17	163 Chemnitzer Umland – Erzgebirgskreis II 164 Erzgebirgskreis I
4	93 Köln I 94 Köln II 95 Köln III	18	175 Main-Kinzig – Wetterau II – Schotten 180 Hanau
5	97 Rhein-Sieg-Kreis I 98 Rhein-Sieg-Kreis II	19	182 Frankfurt am Main I 183 Frankfurt am Main II
6	102 Wuppertal I 103 Solingen – Remscheid – Wuppertal II	20	217 München-Nord 218 München-Ost 219 München-Süd 220 München-West/Mitte
7	104 Mettmann I 105 Mettmann II	21	244 Nürnberg-Nord 245 Nürnberg-Süd
8	106 Düsseldorf I 107 Düsseldorf II	22	258 Stuttgart I 259 Stuttgart II
9	110 Krefeld I – Neuss II 114 Krefeld II – Wesel II	23	261 Esslingen 262 Nürtingen
10	115 Duisburg I 116 Duisburg II	24	265 Ludwigsburg 266 Neckar-Zaber
11	119 Essen II 120 Essen III	25	269 Backnang – Schwäbisch Gmünd 270 Aalen – Heidenheim
12	121 Recklinghausen I 122 Recklinghausen II	26	272 Karlsruhe-Land 278 Bruchsal – Schwetzingen
13	124 Steinfurt I – Borken I 128 Steinfurt III		
14	142 Dortmund I 143 Dortmund II		

Der Bundeswahlausschuss stellte das endgültige Wahlergebnis für das gesamte Wahlgebiet in seiner 3. Sitzung am 15. Oktober 2021 fest. Neben der Zahl der Wahlberechtigten, der Wählerinnen und Wähler sowie der abgegebenen Stimmen in Bund und Ländern stellt er auch die Namen der Bewerberinnen und Bewerber fest, die über die Landeslisten gewählt sind.

Die von den Wahlausschüssen festgestellten und von den Kreiswahlleitungen, Landeswahlleitungen und dem Bundeswahlleiter öffentlich bekannt gemachten Ergebnisse können noch im Wahlprüfungsverfahren geändert werden. Eine Wahlprüfung wird nur auf Einspruch durchgeführt und obliegt dem Deutschen Bundestag (Artikel 41 Grundgesetz). Näheres regelt das Wahlprüfungsgesetz. Ein Einspruch muss beim Deutschen Bundestag binnen 2 Monaten nach dem Wahltag schriftlich eingegangen sein. Einspruch kann jede wahlberechtigte Person, jede Gruppe von Wahlberechtigten und in amtlicher Eigenschaft der Bundeswahlleiter, die Landeswahlleitungen und der Präsident des Deutschen Bundestages einlegen. Gemäß § 81 Absatz 1 Bundeswahlordnung sind der Bundeswahlleiter und die

1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

Landeswahlleitungen dazu verpflichtet, zu prüfen, ob die Wahl nach den Vorschriften des Bundeswahlgesetzes und der Bundeswahlordnung durchgeführt worden ist und gegebenenfalls Einspruch zu erheben.¹⁰

Der Einspruch ist zu begründen. Gegen die Entscheidung des Deutschen Bundestages kann innerhalb von 2 Monaten Beschwerde zum Bundesverfassungsgericht erhoben werden.

¹⁰ Der Bundeswahlleiter hat am 19. November 2021 beim Deutschen Bundestag Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahl zum 20. Deutschen Bundestag eingelegt. Der Einspruch bezog sich auf die Wahlkreise 75, 76, 77, 79, 80 und 83. Der Deutsche Bundestag entschied am 10. November 2022, dass die Bundestagswahl in Berlin teilweise ungültig ist und ordnete eine Wiederholung der Bundestagswahl in 431 Berliner Wahlbezirken an. Gegen den Beschluss des Bundestages wurde Wahlprüfungsbeschwerde erhoben. Das Bundesverfassungsgericht erklärte mit Urteil vom 19. Dezember 2023 (BVerfG, Urteil des Zweiten Senats vom 19. Dezember 2023 - 2 BvC 4/23) die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag über den Bundestagsbeschluss hinausgehend in weiteren 31 Wahlbezirken des Landes Berlin sowie den zugehörigen Briefwahlbezirken für ungültig und ordnete eine Wiederholungswahl an. Außerdem wurde der Beschluss des Bundestages für sieben Wahlbezirke und die damit verbundenen Briefwahlbezirke aufgehoben, in denen die Bundestagswahl damals für ungültig erklärt wurde.

2 Wahlberechtigte, Wählende und Wahlbeteiligung

Für die Bundestagswahl 2021 einschließlich der Wiederholung in Teilen Berlins waren knapp 61,17 Millionen Personen wahlberechtigt. Die Zahl der Wählerinnen und Wähler betrug 46,71 Millionen. Daraus ergab sich eine Wahlbeteiligung von 76,4 %. Sie lag damit um 0,2 Prozentpunkte über der von 2017 und um 4,9 Prozentpunkte über der von 2013. In 7 Ländern lag die Wahlbeteiligung über dem Bundesdurchschnitt, und zwar in Baden-Württemberg mit 77,8 %, Bayern mit 79,9 %, Hamburg mit 77,8 %, Rheinland-Pfalz mit 77,2 %, Saarland mit 77,3 %, Schleswig-Holstein mit 78,2 % und Sachsen mit 76,5 %. In den übrigen Ländern betrug sie zwischen 76,4 % und 67,9 %. Die niedrigste Wahlbeteiligung war, wie schon 2017 und 2013, in Sachsen-Anhalt zu verzeichnen. In allen neuen Ländern lag die Wahlbeteiligung, wie bei den vorangegangenen Bundestagswahlen, unter dem Bundesdurchschnitt (siehe Tabelle 7).

Tabelle 7: Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen nach Ländern seit 2005
in %

Land	Wahlbeteiligung				
	2021	2017	2013	2009	2005
Schleswig-Holstein	78,2	76,3	73,1	73,6	79,1
Mecklenburg-Vorpommern	71,1	70,9	65,3	63,0	71,2
Hamburg	77,8	76,0	70,3	71,3	77,5
Niedersachsen	74,7	76,4	73,4	73,3	79,4
Bremen	71,9	70,8	68,8	70,3	75,5
Brandenburg	75,6	73,7	68,4	67,0	74,9
Sachsen-Anhalt	67,9	68,1	62,1	60,5	71,0
Berlin	69,5	75,6	72,5	70,9	77,4
Nordrhein-Westfalen	76,4	75,4	72,5	71,4	78,3
Sachsen	76,5	75,4	69,5	65,0	75,7
Hessen	76,2	77,0	73,2	73,8	78,7
Thüringen	74,9	74,3	68,2	65,2	75,5
Rheinland-Pfalz	77,2	77,7	72,8	72,0	78,7
Bayern	79,9	78,1	70,0	71,6	77,9
Baden-Württemberg	77,8	78,3	74,3	72,4	78,7
Saarland	77,3	76,6	72,5	73,7	79,4
Deutschland	76,4	76,2	71,5	70,8	77,7

Unter bestimmten Voraussetzungen sind auch sogenannte Auslandsdeutsche wahlberechtigt¹⁰. Da sie jedoch nicht mehr über einen Wohnsitz im Inland verfügen und daher nicht automatisch auf der Grundlage der Melderegister in das Wählerverzeichnis der Wohngemeinde eingetragen werden, müssen Auslandsdeutsche einen Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis stellen. Im überwiegenden Teil der Fälle ist der Antrag an die deutsche Gemeinde zu richten, in der die oder der Auslandsdeutsche zuletzt gewohnt hat.

Nach Antragstellung prüft die Gemeinde das Vorliegen der für die Wahlberechtigung erforderlichen Voraussetzungen und übersendet sodann die Briefwahlunterlagen.

Zur Bundestagswahl 2021 (Hauptwahl) waren 128.929 Anträge von Auslandsdeutschen zu verzeichnen (exklusive der Wiederholung der Wahl in Teilen Berlins). Aus den Staaten der Europäischen Union wurden 59.677 Anträge auf Eintragung in die Wählerverzeichnisse gestellt; aus den Staaten der

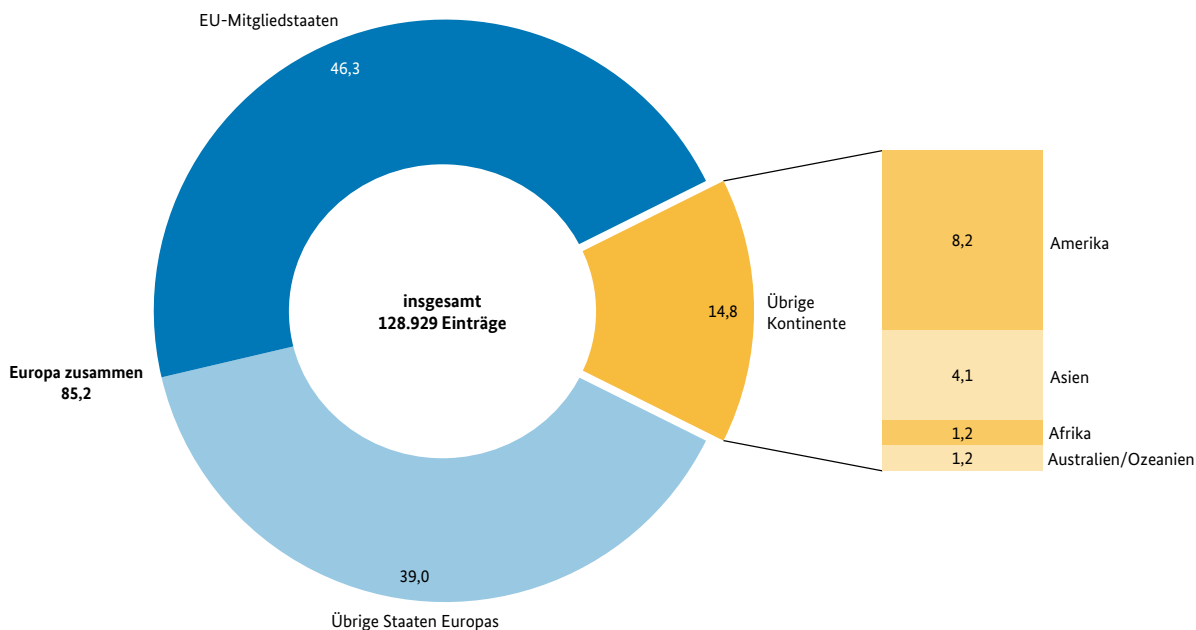
¹⁰ Zu den gesetzlichen Voraussetzungen im Einzelnen siehe WISTA 05/2021 „Bundestagswahl 2021 – Organisatorische Vorbereitung und Durchführung“, S. 74 ff., hier: S. 82 f.

2 Wahlberechtigte, Wählende und Wahlbeteiligung

Europarat-Mitglieder wurden 109.848 Anträge gestellt und aus den restlichen Staaten Europas haben lediglich 53 Deutsche von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.

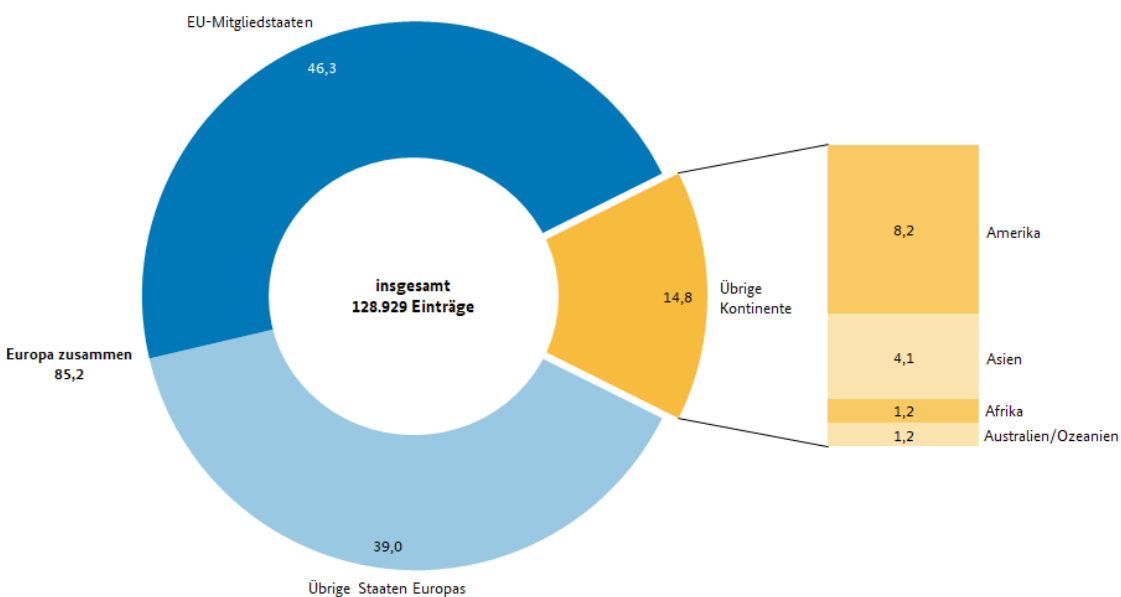
Aus den Ländern Afrikas haben 1.503, aus denen Amerikas 10.614, aus denen Asiens 5.338 und aus denen Ozeaniens und Australiens 1.503 Deutsche entsprechende Anträge gestellt. Bei 70 Anträgen konnte der Wohnort nicht festgestellt werden (siehe Schaubild 1).

In Wählerverzeichnisse eingetragene Deutsche im Ausland bei der Bundestagswahl 2021 nach Kontinenten in %



Der Bundeswahlleiter

In Wählerverzeichnisse eingetragene Deutsche im Ausland bei der Bundestagswahl 2021 nach Kontinenten in %



Der Bundeswahlleiter

2 Wahlberechtigte, Wählende und Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen seit 1949 hat sich im Verlauf folgendermaßen entwickelt:

Bundestagswahl am ...	Wahlbeteiligung in %	Bundestagswahl am ...	Wahlbeteiligung in %
26.09.2021	76,4	06.03.1983	89,1
24.09.2017	76,2	05.10.1980	88,6
22.09.2013	71,5	03.10.1976	90,7
27.09.2009	70,8	19.11.1972	91,1
18.09.2005	77,7	28.09.1969	86,7
22.09.2002	79,1	19.09.1965	86,8
27.09.1998	82,2	17.09.1961	87,7
16.10.1994	79,0	15.09.1957	87,8
02.12.1990	77,8	06.09.1953	86,0
25.01.1987	84,3	14.08.1949	78,5

Der Wahlkreis mit der höchsten Zahl von Wahlberechtigten war bei der Bundestagswahl 2021 einschließlich der Wiederholung der Wahl in Teilen Berlins der brandenburgische Wahlkreis 62 (Dahme-Spreewald – Teltow-Fläming III – Oberspreewald-Lausitz I) mit 252.744 Wahlberechtigten; derjenige mit der niedrigsten Zahl von Wahlberechtigten war in Nordrhein-Westfalen zu finden – es handelte sich mit 155.265 Wahlberechtigten um Wahlkreis 116 (Duisburg II) (siehe Tabelle 8).

Tabelle 8: Die 10 Wahlkreise mit der höchsten und geringsten Zahl von Wahlberechtigten bei der Bundestagswahl 2021

Num- mer	Höchste Zahl von Wahlberechtigten			Num- mer	Niedrigste Zahl von Wahlberechtigten		
	Wahlkreis	Land	Anzahl		Wahlkreis	Land	Anzahl
062	Dahme-Spreewald – Teltow-Fläming III – Oberspreewald-Lausitz I	BB	252.744	116	Duisburg II	NW	155.265
243	Fürth	BY	250.730	119	Essen II	NW	156.298
257	Ostallgäu	BY	250.575	238	Coburg	BY	156.571
205	Mainz	RP	249.630	066	Altmark	ST	159.998
253	Augsburg-Land	BY	249.372	105	Mettmann II	NW	160.175
058	Oberhavel – Havelland II	BB	249.331	151	Nordsachsen	SN	161.279
008	Segeberg – Stormarn-Mitte	SH	249.202	065	Elbe-Elster – Oberspreewald-Lausitz II	BB	162.410
092	Euskirchen – Rhein-Erft-Kreis II	NW	249.198	237	Bayreuth	BY	162.430
091	Rhein-Erft-Kreis I	NW	249.035	286	Schwarzwald-Baar	BW	162.800
233	Regensburg	BY	248.192	239	Hof	BY	162.872

Die Wahlbeteiligung stieg gegenüber der Bundestagswahl 2017 um 0,4 Prozentpunkte. Die Entwicklung der Wahlbeteiligung wird auch bei der Betrachtung der Wahlkreise deutlich, wie aus Tabelle 9 hervorgeht. Es gab 51 Wahlkreise mit einer Wahlbeteiligung von mehr als 80 %. 150 Wahlkreise lagen mit ihrer Wahlbeteiligung über dem Bundesdurchschnitt von 76,58 %, 149 lagen unter dieser Marke.

2 Wahlberechtigte, Wählende und Wahlbeteiligung

Tabelle 9: Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen bei den Bundestagswahlen seit 2002

Wahlbeteiligung von ... bis unter ... %	Zahl der Wahlkreise nach Wahlbeteiligung					
	2021	2017	2013	2009	2005	2002
< 56	–	–	–	–	–	–
56 – 58	–	–	–	1	–	–
58 – 60	1	–	2	4	–	–
60 – 62	–	–	3	7	–	–
62 – 64	1	–	10	15	–	–
64 – 66	2	2	16	24	–	1
66 – 68	8	5	16	17	–	1
68 – 70	10	11	40	31	3	9
70 – 72	12	10	66	61	16	10
72 – 74	35	41	66	75	19	17
74 – 76	56	68	50	40	36	26
76 – 78	76	78	21	20	78	20
78 – 80	48	49	9	4	86	53
80 – 82	36	26	–	–	49	104
82 – 84	10	9	–	–	12	46
84 – 86	4	–	–	–	–	11
86 – 88	–	–	–	–	–	1
≥ 88	–	–	–	–	–	–
Insgesamt	299	299	299	299	299	299

Die Wahlkreise mit der höchsten und der niedrigsten Wahlbeteiligung enthält Tabelle 10. Von den 10 Wahlkreisen mit der höchsten Wahlbeteiligung liegen 6 in Bayern, 2 in Hamburg und 2 in Nordrhein-Westfalen. 4 der 10 Wahlkreise mit der niedrigsten Wahlbeteiligung liegen in Berlin, 3 in Nordrhein-Westfalen, 2 in Sachsen-Anhalt sowie 1 in Bremen.

Tabelle 10: Die 10 Wahlkreise mit der höchsten und der geringsten Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2021

Num- mer	Höchste Zahl der Wahlbeteiligung			Num- mer	Niedrigste Zahl der Wahlbeteiligung		
	Wahlkreis	Land	Wahlbe- teiligung in %		Wahlkreis	Land	Wahlbe- teiligung in %
221	München-Land	BY	84,9	076	Berlin-Pankow	BE	58,2
094	Köln II	NW	84,5	116	Duisburg II	NW	63,3
021	Hamburg-Nord	HH	84,3	071	Anhalt	ST	64,9
224	Starnberg – Landsberg am Lech	BY	84,2	077	Berlin-Reinickendorf	BE	65,1
213	Erding – Ebersberg	BY	83,9	068	Harz	ST	66,6
129	Münster	NW	83,9	123	Gelsenkirchen	NW	66,6
215	Fürstenfeldbruck	BY	83,1	074	Mansfeld	BE	67,0
020	Hamburg-Eimsbüttel	HH	83,0	055	Bremen II – Bremerhaven	HB	67,2
242	Erlangen	BY	83,0	119	Essen II	NW	67,5
246	Roth	BY	82,7	085	Berlin-Marzahn-Hellersdorf	BE	67,5

Das amtliche Ergebnis zeigt, dass sich im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-West mehr Wahlberechtigte an der Wahl beteiligten (77,0%) als in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost (73,3 %). Der Abstand, der bei der Bundestagswahl 2017 3,6 Prozentpunkte betrug, bei der Bundestagswahl 2013 4,8

2 Wahlberechtigte, Wählende und Wahlbeteiligung

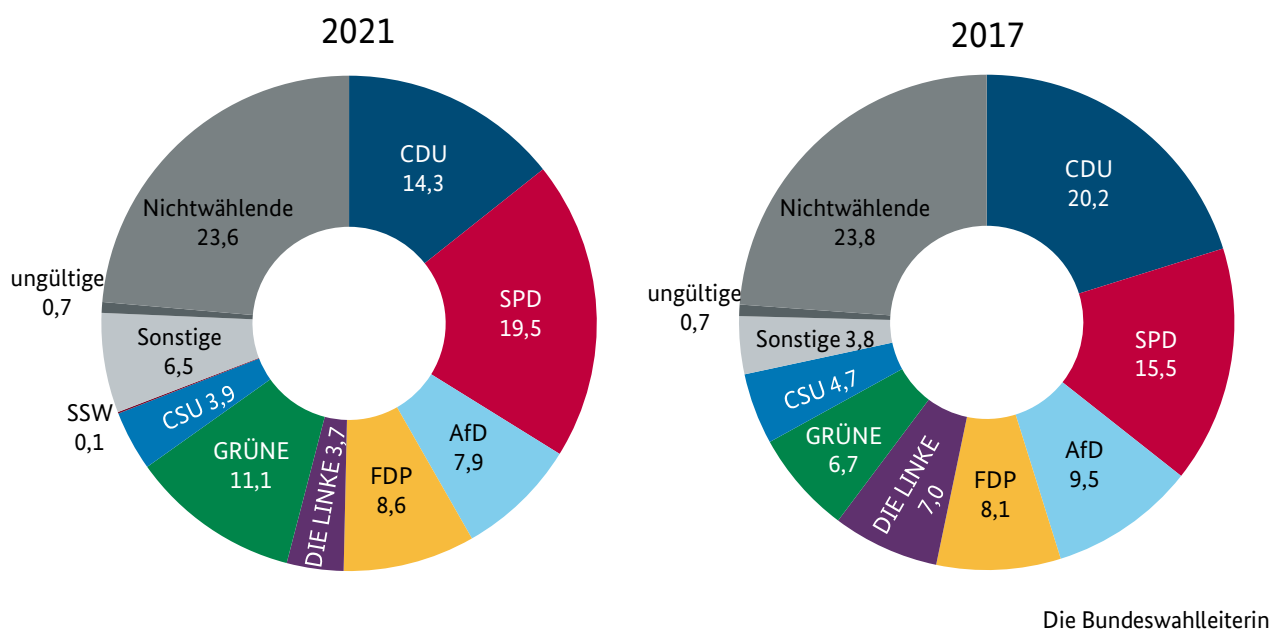
Prozentpunkte und 2009 sogar 7,5 Prozentpunkte, fiel somit erneut auf nunmehr noch 3,7 Prozentpunkte.

Der Anteil der Nichtwählerinnen und -wähler an den Wahlberechtigten ist gegenüber 2017 von 23,8 % auf 23,6 % gesunken. Er lag um 4,1 Prozentpunkte über dem Anteil der Zweitstimmen, die die SPD mit 19,5 % als stärkste Partei erhielt (siehe Schaubild 2).

14,46 Millionen Wahlberechtigte haben auf die Ausübung ihres Wahlrechts verzichtet.

Schaubild 2

Ausschöpfungsquoten der Zweitstimmen der im jeweiligen Bundestag vertretenen Parteien und Anteil der Nichtwählenden bei den Bundestagswahlen 2021 und 2017
in %



3 Ungültige Stimmen

Gemäß § 39 Bundeswahlgesetz sind Stimmen ungültig, wenn der Stimmzettel

- nicht amtlich hergestellt ist,
- keine Kennzeichnung enthält,
- für einen anderen Wahlkreis gültig ist,
- den Willen der Wählerin oder des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lässt oder
- einen Zusatz oder Vorbehalt enthält.

In den ersten beiden Fällen sind beide Stimmen ungültig. Im dritten Fall ist nur die Erststimme ungültig, sofern der Stimmzettel für einen anderen Wahlkreis, aber im selben Land gültig ist. Bei der Briefwahl sind außerdem beide Stimmen ungültig, wenn der Stimmzettel nicht im amtlichen Stimmzettelumschlag oder in einem Stimmzettelumschlag abgegeben worden ist, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält, jedoch eine Zurückweisung aus diesen Gründen nicht erfolgt ist.

Enthält der Stimmzettel nur eine Stimmabgabe, so ist die nicht abgegebene Stimme ungültig. Mehrere in einem Stimmzettelumschlag enthaltene Stimmzettel gelten als ein Stimmzettel, wenn sie gleich lauten oder nur einer von ihnen gekennzeichnet ist; sonst zählen sie als ein Stimmzettel mit zwei ungültigen Stimmen. Ist der Stimmzettelumschlag leer abgegeben worden, gelten beide Stimmen als ungültig. Diese Fälle können nur bei der Briefwahl vorkommen, da bei der Urnenwahl keine Umschläge verwendet werden.

Bei der Bundestagswahl 2021 einschließlich der Wiederholung der Wahl in Teilen Berlins waren 488.483 Erststimmen (1,0 % der abgegebenen Stimmen) und 408.956 Zweitstimmen (0,9 % der abgegebenen Stimmen) ungültig. Die Zahlen sind somit weiterhin auf niedrigem Niveau konstant (siehe Tabelle 11 und Schaubild 3).

Tabelle 11: Ungültige Stimmen bei den Bundestagswahlen seit 1953

Wahljahr ¹	Ungültige Stimmen			
	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
2021	488.483	1,0	408.956	0,9
2017	586.726	1,2	460.849	1,0
2013	684.883	1,5	583.069	1,3
2009	757.575	1,7	634.385	1,4
2005	850.072	1,8	756.146	1,6
2002	741.037	1,5	586.281	1,2
1998	780.507	1,6	638.575	1,3
1994	788.643	1,7	632.825	1,3
1990	720.990	1,5	540.143	1,1
1987	482.481	1,3	357.975	0,9
1983	434.176	1,1	338.841	0,9
1980	485.645	1,3	353.195	0,9
1976	470.109	1,2	343.253	0,9
1972	457.810	1,2	301.839	0,8
1969	809.548	2,4	557.040	1,7
1965	979.158	2,9	795.765	2,4
1961	845.158	2,6	1.298.723	4,0
1957	916.680	3,0	1.167.466	3,8
1953 ²	959.790	3,4	928.278	3,3

¹ Ab 1990 nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990.

3 Ungültige Stimmen

2 Ohne das Saarland.

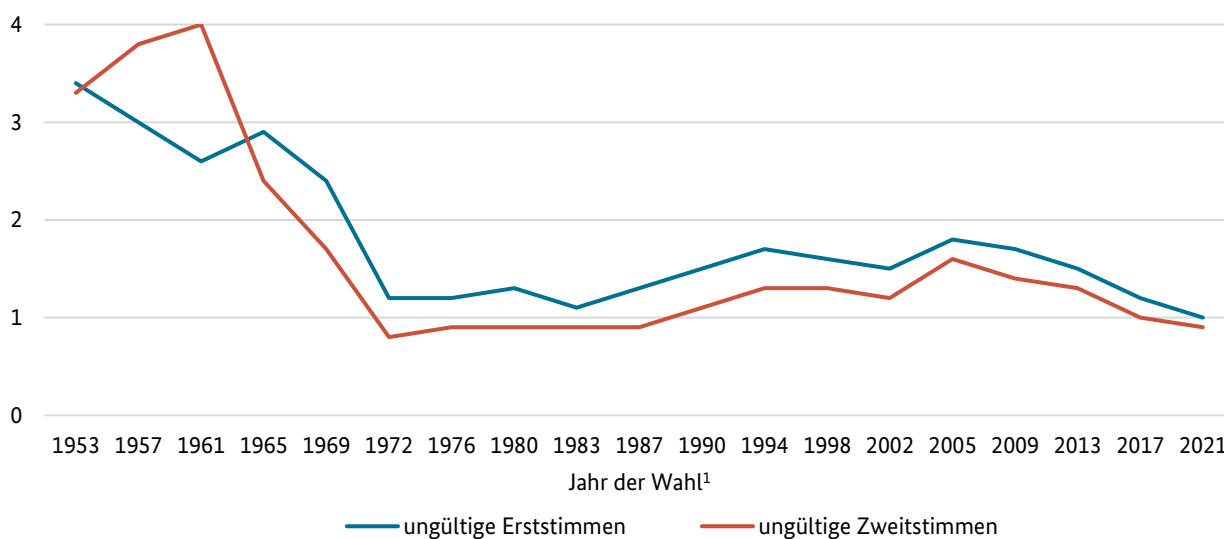
Während noch bei der Bundestagswahl 2013 mehrere Länder einen Anteil ungültiger Erst- und Zweitstimmen von über 2 % aufwiesen, wird dieser Wert bei der Bundestagswahl 2017 und 2021 in keinem Land und weder bei den Erst- noch den Zweitstimmen mehr erreicht.

Bei der Bundestagswahl 2021 einschließlich der Wiederholung der Wahl in Teilen Berlins liegt mit 1,9 % der Wert der ungültig abgegebenen Erststimmen im Saarland am höchsten, es folgen Mecklenburg-Vorpommern mit 1,8 % und Berlin mit 1,6 %.

Bei den ungültig abgegebenen Zweitstimmen hat das Saarland mit 1,8 % den höchsten Wert zu verzeichnen.

Sowohl bei den Erst- als auch bei den Zweitstimmen gaben die Wählerinnen und Wähler in Bayern am seltensten eine ungültige Stimme ab – die Werte liegen hier bei 0,7 % bzw. 0,5 %.

Schaubild 3
Ungültige Stimmabgabe der Wählenden seit 1953
in %



1 1953: ohne das Saarland; ab 1990: nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990.

Die Bundeswahlleiterin

4 Gültige Erststimmen

4.1 Parteien¹⁰

Bei der Bundestagswahl 2021 einschließlich der Wiederholung der Wahl in Teilen Berlins wurden insgesamt 46.218.860 gültige Erststimmen (2017: 46.389.615) abgegeben. Diese entscheiden darüber, welche Wahlkreisabgeordneten in den Deutschen Bundestag einziehen. Gewählt ist, wer in dem jeweiligen Wahlkreis die meisten Erststimmen erhält (relative Mehrheit). Verglichen mit dem Ergebnis der Bundestagswahl 2017 haben die CDU 7,6, die AfD 1,3, DIE LINKE 3,6 und die CSU 1,0 Prozentpunkte verloren. Unter den im 20. Deutschen Bundestag vertretenen Parteien gewannen die SPD 1,7, die FDP 1,7 und die GRÜNEN 5,9 Prozentpunkte hinzu.

Bei der Betrachtung der Ergebnisse fällt auf, dass die GRÜNEN in den Wahlkreisen des früheren Bundesgebietes mit 15,3 % einen um 7,7 Prozentpunkte höheren Erststimmenanteil erzielten als in den Wahlkreisen der neuen Länder und Berlin-Ost (7,6 %). Hingegen verzeichneten in den neuen Ländern und Berlin-Ost die AfD mit 21,2 % und DIE LINKE mit 12,2 % einen deutlich höheren Erststimmenanteil als im früheren Bundesgebiet, wo die AfD nur 7,8 % und DIE LINKE nur 3,4 % erzielte. Weitere Einzelheiten zum Vergleich der neuen und alten Bundesländer finden sich im Heft 3 zur Bundestagswahl 2021 „Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen“, in Tabelle 1.4 ab Seite 326.

Wie Tabelle 12 zeigt, erzielte die CDU 1.671.000 mehr Erst- als Zweitstimmen (+ 3,6 Prozentpunkte). Auch die SPD hat – ähnlich wie bei früheren Wahlen – bei der Bundestagswahl 2021 mehr Erst- als Zweitstimmen erhalten (+ 282.538 Stimmen). Ihr Erststimmenanteil von 26,4 % lag um 0,7 Prozentpunkte über ihrem Zweitstimmenanteil. DIE LINKE gewann 30.206, die CSU 385.221 mehr Erst- als Zweitstimmen (+ 0,0 bzw. + 0,8 Prozentpunkte).

Viele Anhänger der weiteren Parteien dürften ihre Erststimme nicht der Wahlkreiskandidatin bzw. dem Wahlkreiskandidaten „ihrer“ Partei, sondern einer „aussichtsreichen“ Wahlkreisbewerberin bzw. einem „aussichtsreichen“ Wahlkreisbewerber gegeben haben. Entsprechend erhielten die anderen Parteien mehr Zweit- als Erststimmen: Die AfD erhielt 109.307 weniger Erst- als Zweitstimmen, bei der FDP waren es 1.271.448 (- 0,2 bzw. - 2,7 Prozentpunkte). Auf die GRÜNEN entfielen 379.028 weniger Erst- als Zweitstimmen, der SSW verzeichnete 20.551 Erststimmen weniger als er Zweitstimmen erhielt (- 0,8 bzw. - 0,04 Prozentpunkte).

Tabelle 12: Differenz zwischen Erst- und Zweitstimmen nach Parteien bei der Bundestagswahl 2021

Partei	Erststimmen		Zweitstimmen		Differenz Erst- zu Zweitstimmen	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	Prozentpunkte
CDU	10.445.920	22,6	8.774.920	19,0	+ 1.671.000	+ 3,6
SPD	12.184.096	26,4	11.901.558	25,7	+ 282.538	+ 0,6
AfD	4.699.926	10,2	4.809.233	10,4	- 109.307	- 0,2
FDP	4.019.565	8,7	5.291.013	11,4	- 1.271.448	- 2,7
DIE LINKE	2.286.070	4,9	2.255.864	4,9	+ 30.206	+ 0,0
GRÜNE	6.435.380	13,9	6.814.408	14,7	- 379.028	- 0,8
CSU	2.788.048	6,0	2.402.827	5,2	+ 385.221	+ 0,8
SSW	35.027	0,1	55.578	0,1	- 20.551	- 0,0
Sonstige	3.324.828	7,2	3.992.986	8,6	- 668.158	- 1,4
Insgesamt	46.218.860	100	46.298.387	100	- 79.527	X

¹⁰ Die Reihenfolge der Parteien im Text und in den Tabellen richtet sich nach ihrer Reihenfolge in der Veröffentlichung des Bundeswahlleiters (Herausgeber): „Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021, Heft 3: „Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen“, Wiesbaden 2021.

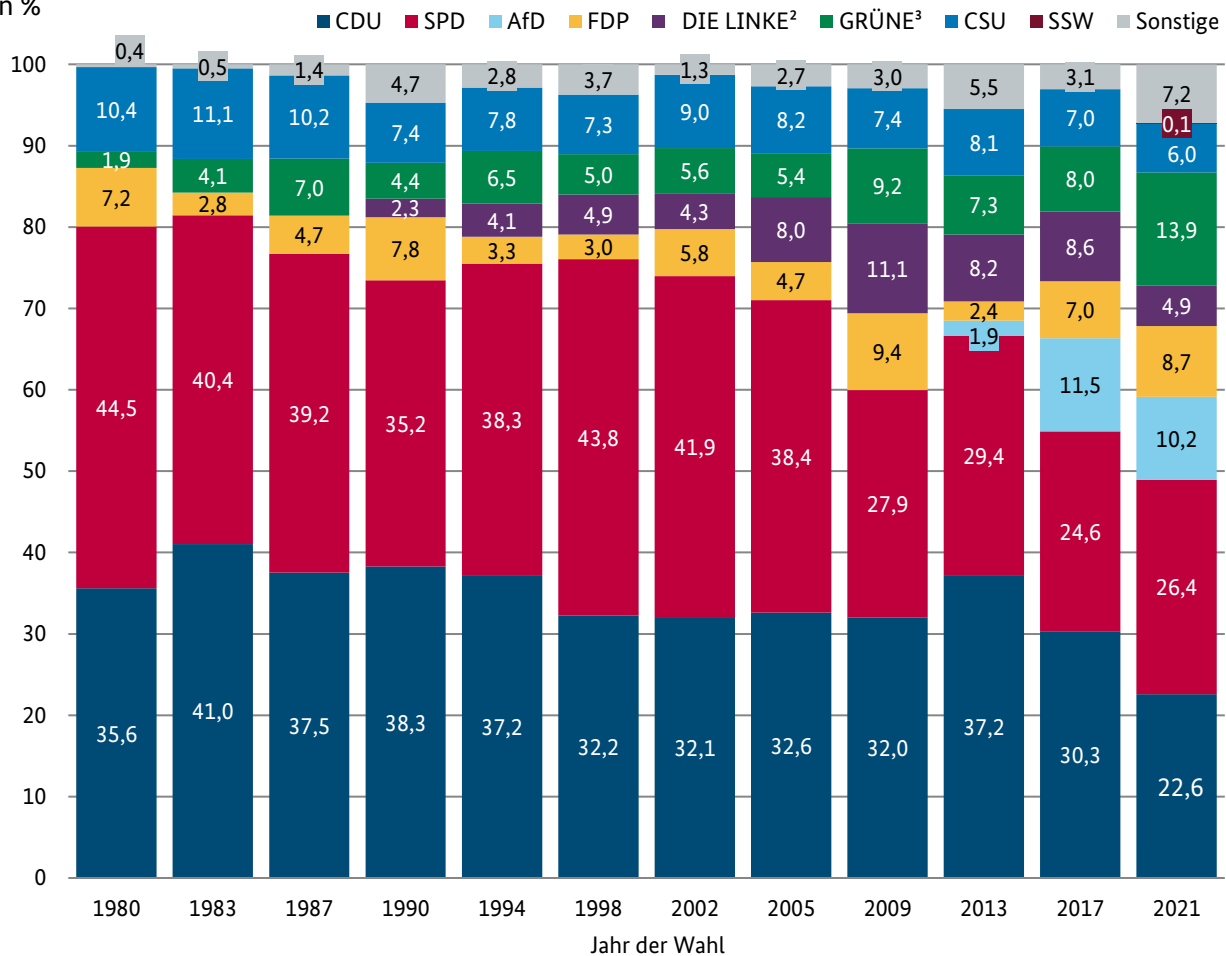
4 Gültige Erststimmen

Die Verteilung der gültigen Erststimmenanteile bei den Bundestagswahlen seit 1980 zeigt Schaubild 4.

Schaubild 4

Gültige Erststimmenanteile seit 1980¹

in %



1 Ab 1990: nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990.

2 Bis zur Namensänderung durch Parteibeschluss vom 17. Juli 2005: PDS; bei der Bundestagswahl 2005 Die Linke.

3 1990: B 90/Gr.

Die Bundeswahlleiterin

4.2 Im Wahlkreis Gewählte

Während noch zu den Bundestagswahlen 1949, 1953 und 1957 Einzelbewerberinnen und Einzelbewerber (1949), kleinere Parteien (1949 bis 1957: DP, 1949: BP und 1953: ZENTRUM) sowie die FDP Wahlkreise gewonnen haben, hatten bei den Bundestagswahlen ab 1961 bis vor der deutschen Vereinigung – von Sonderfällen abgesehen – nur Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten der SPD, CDU und CSU Aussichten, Wahlkreismandate zu gewinnen. Bei der Bundestagswahl 1990 konnten dann FDP und PDS in je einem Wahlkreis das Direktmandat erringen.

Wie bereits 1994 erhielt auch bei der Bundestagswahl 1998 – außer SPD, CDU und CSU – die PDS 4 Direktmandate. 2002 konnte sie nur noch 2 Direktmandate erringen, 2005 als DIE LINKE¹¹ wiederum 3. Bei der Bundestagswahl 2009 errang DIE LINKE neben den bisherigen 3 Wahlkreisen weitere 13 Direktmandate, alle übergegangen von der SPD. Bei der Bundestagswahl 2013 musste sie 12 Direktmandate an die CDU abgeben. Gewinnen konnte sie 4 Wahlkreise, die sie bereits 2009 erhalten hatte: 76 (Berlin-Pankow), 84 (Berlin-Treptow-Köpenick), 85 (Berlin-Marzahn-Hellersdorf) und 86 (Berlin-Lichtenberg). Bei der Bundestagswahl 2017 erreichte DIE LINKE, neben den 4 bekannten Berliner

11 Bis 17. Juli 2005: PDS.

4 Gültige Erststimmen

Wahlkreisen, mit dem Gewinn des Wahlkreises 153 (Leipzig II), nun 5 Direktmandate. Abgeben musste den Wahlkreis die CDU. Zur Bundestagswahl 2021 hat DIE LINKE wiederum den Wahlkreis 85 an die CDU sowie den Wahlkreis 76 an die GRÜNEN verloren, so dass von den ehemals 5 gewonnenen Wahlkreisen nur noch 2 Wahlkreise in Berlin und 1 in Sachsen verbleiben.

Die GRÜNEN konnten bei den Bundestagswahlen 2002 bis 2017 jeweils den Wahlkreis 83 (Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg – Prenzlauer Berg Ost) für sich gewinnen. Zur Bundestagswahl 2021 haben sie neben 9 Wahlkreisen von der CDU, 4 von der SPD und dem bereits genannten Wahlkreis 76 von der LINKEN auch noch den Wahlkreis 219 (München-Süd) von der CSU hinzugewonnen, so dass sie insgesamt 16 Wahlkreisgewinne für sich verzeichnen konnten.

Die AfD konnte zur Bundestagswahl 2017 die Wahlkreise 156 (Bautzen I), 157 (Görlitz) sowie 158 (Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) für sich gewinnen. Bei der Bundestagswahl 2021 gingen weitere 13 Wahlkreise von der CDU an die AfD über.

Die CDU gewann 2021 nur noch 98 Wahlkreise gegenüber 185 zur Bundestagswahl 2017, die SPD konnte sich auf 121 Wahlkreissitze gegenüber 59 zur Bundestagswahl 2017 steigern und auf die CSU entfielen 2021 nur noch 45 Wahlkreissitze statt 46 im Jahr 2017. Die AfD und die GRÜNEN erreichten je 16 Wahlkreissitze, DIE LINKE errang 3 Wahlkreissitze (siehe Tabelle 13 und Schaubild 5).

Tabelle 13: Wahlkreissitze bei den Bundestagswahlen seit 1949 nach Parteizugehörigkeit der Gewählten

Wahljahr ¹	Wahlkreissitze insgesamt	Davon nach der Parteizugehörigkeit der Gewählten							
		CDU	SPD	AfD	FDP	DIE LINKE ²	GRÜNE	CSU	Sonstige
2021	299	98	121	16	–	3	16	45	–
2017	299	185	59	3	–	5	1	46	–
2013	299	191	58	–	–	4	1	45	–
2009	299	173	64	–	–	16	1	45	–
2005	299	106	145	–	–	3	1	44	–
2002	299	82	171	–	–	2	1	43	–
1998	328	74	212	–	–	4	–	38	–
1994	328	177	103	–	–	4	–	44	–
1990	328	192	91	–	1	1	–	43	–
1987	248	124	79	–	–	–	–	45	–
1983	248	136	68	–	–	–	–	44	–
1980	248	81	127	–	–	–	–	40	–
1976	248	94	114	–	–	–	–	40	–
1972	248	65	152	–	–	–	–	31	–
1969	248	87	127	–	–	–	–	34	–
1965	248	118	94	–	–	–	–	36	–
1961	247	114	91	–	–	–	–	42	–
1957	247	147	46	–	1	–	–	47	6 ³
1953	242	130	45	–	14	–	–	42	11 ⁴
1949	242	91	96	–	12	–	–	24	19 ⁵

1 1949 und 1953 ohne das Saarland; ab 1990 nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990.

2 Bis 17. Juli 2005: PDS.

3 DP.

4 Davon DP: 10, Zentrum: 1.

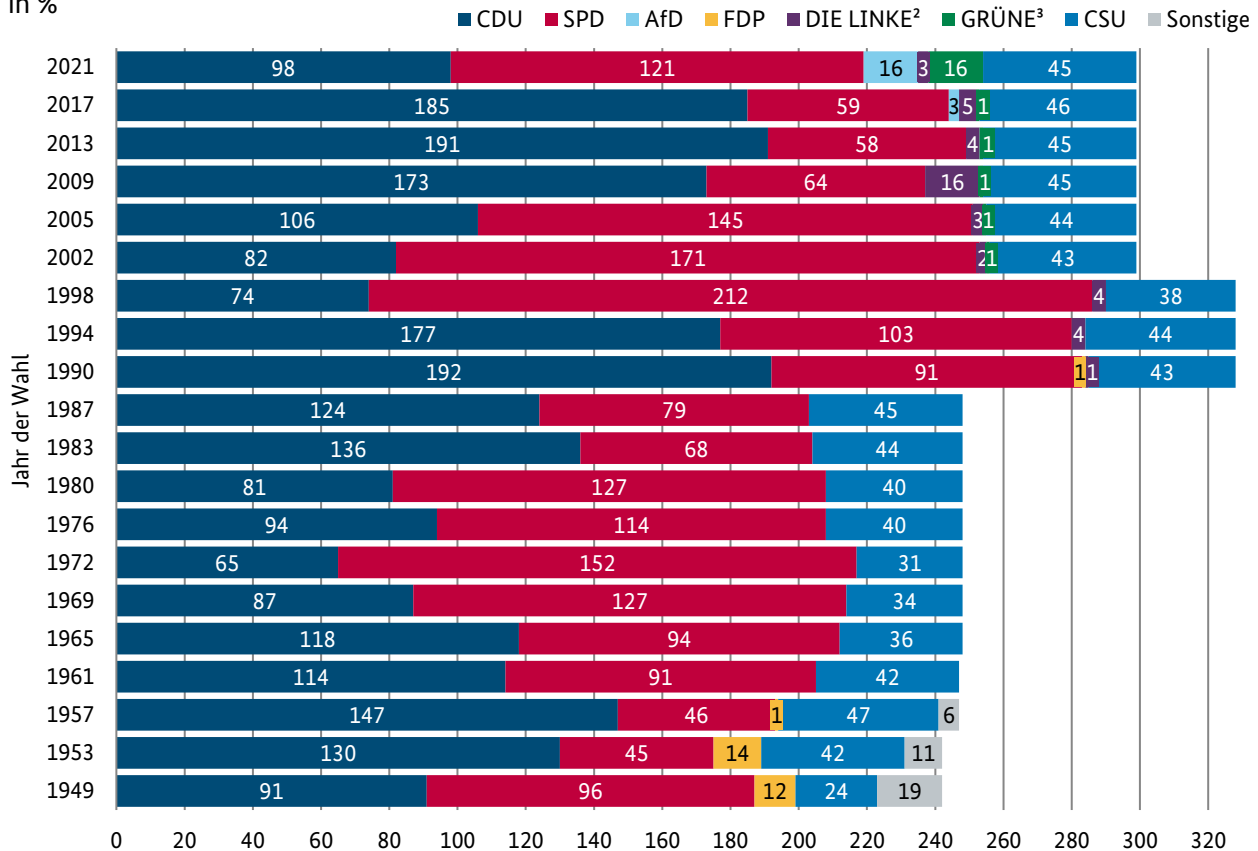
5 Davon BP: 11, DP: 5, Einzelbewerbende: 3.

4 Gültige Erststimmen

Schaubild 5

Wahlkreissitze nach Parteien bei den Bundestagswahlen seit 1949¹

in %



1 Ab 1990: nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990.

2 Bis zur Namensänderung durch Parteibeschluss vom 17. Juli 2005: PDS; bei der Bundestagswahl 2005 Die Linke.

3 1990: B 90/Gr.

Die Bundeswahlleiterin

Wie aus Tabelle 14 ersichtlich ist, erreichte die CDU 7 ihrer 10 besten Ergebnisse in Nordrhein-Westfalen sowie 3 in Niedersachsen.

Die SPD konnte 6 ihrer 10 besten Ergebnisse in Niedersachsen erzielen, 3 in Nordrhein-Westfalen und 1 in Hessen.

Am stärksten konzentrieren sich die erfolgreichsten Wahlkreise der AfD auf ein Land: 8 ihrer 10 besten Wahlkreisergebnisse erzielte sie in Sachsen sowie 2 weitere in Thüringen.

Die FDP verzeichnet ihre besten Ergebnisse insbesondere in Baden-Württemberg (7 der besten 10 Wahlkreise). Außerdem lagen noch 2 der besten 10 Wahlkreise in Nordrhein-Westfalen sowie 1 Wahlkreis in Schleswig-Holstein.

4 der besten 10 Wahlkreisergebnisse der DIE LINKE stammen aus Berlin, 3 Wahlkreise aus Sachsen, 2 Wahlkreise aus Thüringen sowie 1 Wahlkreis aus Mecklenburg-Vorpommern.

Die GRÜNEN konnten die besten 10 Wahlkreise in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen (je 3 Wahlkreise), sowie in Berlin und Hamburg (je 2 Wahlkreise) gewinnen.

4 Gültige Erststimmen

Tabelle 14: Die 10 Wahlkreise 2021 mit den jeweils höchsten Erststimmenanteilen für CDU, SPD, AfD, FDP, DIE LINKE, GRÜNE und CSU

Wahlkreis		Land	Erststimmen in %
Nummer	Name		
Höchster Erststimmenanteil für die CDU			
032	Cloppenburg – Vechta	NI	49,1
137	Paderborn – Gütersloh III	NW	47,9
025	Unterems	NI	44,4
126	Borken II	NW	43,7
127	Coesfeld – Steinfurt II	NW	40,9
031	Mittellems	NI	40,5
147	Hochsauerlandkreis	NW	40,4
136	Höxter – Lippe II	NW	40,1
124	Steinfurt I – Borken I	NW	40,0
098	Rhein-Sieg-Kreis II	NW	40,0
Höchster Erststimmenanteil für die SPD			
024	Aurich – Emden	NI	52,8
035	Rotenburg I – Heidekreis	NI	47,6
101	Leverkusen – Köln IV	NW	45,6
026	Friesland – Wilhelmshaven – Wittmund	NI	45,4
045	Gifhorn – Peine	NI	43,7
169	Werra-Meißner – Hersfeld-Rotenburg	HE	43,7
141	Herne – Bochum II	NW	43,4
046	Hameln-Pyrmont – Holzminden	NI	43,2
051	Helmstedt – Wolfsburg	NI	42,1
121	Recklinghausen I	NW	41,0
Höchster Erststimmenanteil für die AfD			
157	Görlitz	SN	35,8
161	Mittelsachsen	SN	33,4
156	Bautzen I	SN	33,4
158	Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	SN	33,0
164	Erzgebirgskreis I	SN	31,7
155	Meißen	SN	31,0
195	Saalfeld-Rudolstadt – Saale-Holzland-Kreis – Saale-Orla-Kreis	TH	29,3
194	Gera – Greiz – Altenburger Land	TH	29,0
163	Chemnitzer Umland – Erzgebirgskreis II	SN	28,9
151	Nordsachsen	SN	27,8
Höchster Erststimmenanteil für die FDP			
100	Rheinisch-Bergischer Kreis	NW	16,8
285	Rottweil – Tuttlingen	BW	16,8
260	Böblingen	BW	16,6
264	Waiblingen	BW	15,6
280	Calw	BW	15,0
294	Ravensburg	BW	14,3
003	Steinburg – Dithmarschen Süd	SH	14,3
282	Lörrach – Müllheim	BW	14,2
265	Ludwigsburg	BW	14,0
106	Düsseldorf I	NW	13,9

4 Gültige Erststimmen

noch Tabelle 14: Die 10 Wahlkreise 2021 mit den jeweils höchsten Erststimmenanteilen für CDU, SPD, AfD, FDP, DIE LINKE, GRÜNE und CSU

Wahlkreis		Land	Erststimmen in %
Nummer	Name		
Höchster Erststimmenanteil für DIE LINKE			
084	Berlin-Treptow-Köpenick	BE	35,4
086	Berlin-Lichtenberg	BE	25,8
153	Leipzig II	SN	22,8
085	Berlin-Marzahn-Hellersdorf	BE	21,8
159	Dresden I	SN	18,9
014	Rostock – Landkreis Rostock II	MV	18,2
083	Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg – Prenzlauer Berg Ost	BE	18,1
191	Jena – Sömmerda – Weimarer Land I	TH	16,9
193	Erfurt – Weimar – Weimarer Land II	TH	16,4
076	Zwickau	SN	15,5
Höchster Erststimmenanteil für die GRÜNEN			
258	Stuttgart I	BW	39,9
083	Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg – Prenzlauer Berg Ost	BE	37,8
094	Köln II	NW	34,6
129	Münster	NW	32,3
075	Berlin-Mitte	BE	30,6
087	Aachen I	NW	30,2
274	Heidelberg	BW	30,2
271	Karlsruhe-Stadt	BW	30,0
020	Hamburg-Eimsbüttel	HH	29,8
019	Hamburg-Altona	HH	29,7
Höchster Erststimmenanteil für die CSU			
240	Kulmbach	BY	47,8
216	Ingolstadt	BY	44,9
231	Straubing	BY	44,3
212	Altötting	BY	43,3
237	Bayreuth	BY	42,4
213	Erding – Ebersberg	BY	42,3
226	Weilheim	BY	41,9
223	Bad Tölz-Wolfratshausen – Miesbach	BY	41,3
239	Hof	BY	41,2
254	Donau-Ries	BY	41,1

Wie Tabelle 15 zeigt, ging bei der Bundestagswahl 2021 einschließlich der Wiederholung der Wahl in Teilen Berlins in 67 Wahlkreisen die Erststimmenmehrheit von der CDU an die SPD über. Weiterhin gab die CDU 13 Wahlkreise an die AfD sowie 9 Wahlkreise an die GRÜNEN ab. Die SPD hat nur 1 Wahlkreis an die CDU sowie 4 an die GRÜNEN verloren. DIE LINKE musste je einen Wahlkreis an die CDU und die GRÜNEN abgeben. Außerdem haben die GRÜNEN 1 Wahlkreis von der CSU erhalten.

4 Gültige Erststimmen

Tabelle 15: Wahlkreise bei der Bundestagswahl 2021, in denen die Mehrheit der Erststimmen von 2017 zu 2021 auf eine andere Partei übergegangen ist

Wahlkreis		Land	Gewählt 2021			Gewählt 2017		
Num- mer	Name		Partei	Stim- men- anteil	Diff. zu 2017 ¹	Partei	Stim- men- anteil	Diff. zu 2017 ¹
Übergang von der SPD an die CDU								
150	Märkischer Kreis II	NW	CDU	33,6	- 4,2	SPD	30,4	- 8,2
Übergang von DIE LINKE an die CDU								
085	Berlin-Marzahn-Hellersdorf	BE	CDU	29,7	+ 7,4	DIE LINKE	21,8	- 12,4
Übergang von der CDU an die SPD								
004	Rendsburg-Eckernförde	SH	SPD	30,8	+ 1,9	CDU	29,7	- 13,0
006	Plön – Neumünster	SH	SPD	31,4	+ 2,5	CDU	27,9	- 12,8
007	Pinneberg	SH	SPD	31,2	+ 0,9	CDU	26,2	- 13,5
008	Segeberg – Stormarn-Mitte	SH	SPD	32,0	+ 4,7	CDU	27,9	- 13,2
009	Ostholstein – Stormarn-Nord	SH	SPD	33,7	+ 2,9	CDU	30,3	- 11,2
010	Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd	SH	SPD	31,0	+ 3,8	CDU	26,6	- 12,9
011	Lübeck	SH	SPD	34,1	+ 0,3	CDU	21,8	- 13,5
012	Schwerin – Ludwigslust-Parchim I – Nordwestmecklenburg I	MV	SPD	29,4	+ 7,3	CDU	20,7	- 11,4
013	Ludwigslust-Parchim II – Nordwest- mecklenburg II – Landkreis Rostock I	MV	SPD	35,2	+ 11,3	CDU	18,2	- 11,8
014	Rostock – Landkreis Rostock II	MV	SPD	27,0	+ 9,0	CDU	17,0	- 12,6
015	Vorpommern-Rügen – Vorpommern- Greifswald I	MV	SPD	24,3	+ 12,7	CDU	20,4	- 23,6
016	Mecklenburgische Seenplatte I – Vorpommern-Greifswald II	MV	SPD	24,8	+ 10,9	CDU	20,7	- 10,5
017	Mecklenburgische Seenplatte II – Landkreis Rostock III	MV	SPD	31,1	+ 15,4	CDU	21,3	- 16,3
021	Hamburg-Nord	HH	SPD	30,7	- 0,1	CDU	23,8	- 9,7
028	Delmenhorst – Wesermarsch – Oldenburg-Land	NI	SPD	36,7	+ 3,8	CDU	24,9	- 9,2
029	Cuxhaven – Stade II	NI	SPD	36,8	+ 6,1	CDU	30,1	- 12,6
036	Harburg	NI	SPD	31,0	+ 3,6	CDU	29,1	- 11,5
037	Lüchow-Dannenberg – Lüneburg	NI	SPD	28,2	+ 0,1	CDU	24,9	- 8,6
039	Stadt Osnabrück	NI	SPD	30,3	- 1,4	CDU	29,2	- 11,1
040	Nienburg II – Schaumburg	NI	SPD	35,3	+ 2,6	CDU	30,9	- 9,7
043	Hannover-Land I	NI	SPD	33,7	+ 0,6	CDU	31,9	- 8,3
052	Goslar – Northeim – Osterode	NI	SPD	36,7	+ 1,9	CDU	33,2	- 6,5
056	Prignitz – Ostprignitz-Ruppin – Havelland I	BB	SPD	33,0	+ 9,3	CDU	19,4	- 11,4
057	Uckermark – Barnim I	BB	SPD	29,6	+ 10,2	CDU	17,8	- 12,8
058	Oberhavel – Havelland II	BB	SPD	26,3	+ 3,6	CDU	20,8	- 9,1
059	Märkisch-Oderland – Barnim II	BB	SPD	24,8	+ 8,9	CDU	23,4	- 5,0
060	Brandenburg an der Havel – Potsdam-Mittel- mark I – Havelland III – Teltow-Fläming I	BB	SPD	32,1	+ 7,2	CDU	20,1	- 11,8
062	Dahme-Spreewald – Teltow-Fläming III – Oberspreewald-Lausitz I	BB	SPD	26,5	+ 6,9	CDU	19,9	- 10,8
063	Frankfurt (Oder) – Oder-Spree	BB	SPD	28,0	+ 10,9	CDU	16,3	- 10,8
064	Cottbus – Spree-Neiße	BB	SPD	27,6	+ 10,6	CDU	16,7	- 11,7
065	Elbe-Elster – Oberspreewald-Lausitz II	BB	SPD	25,4	+ 8,7	CDU	16,2	- 13,3
066	Altmark	ST	SPD	27,5	+ 8,4	CDU	21,8	- 10,8
067	Börde – Jerichower Land	ST	SPD	26,2	+ 6,3	CDU	25,0	- 12,8

¹ In der Abgrenzung der Wahlkreise zur Bundestagswahl 2021.

4 Gültige Erststimmen

noch Tabelle 15: Wahlkreise bei der Bundestagswahl 2021, in denen die Mehrheit der Erststimmen von 2017 zu 2021 auf eine andere Partei übergegangen ist

Wahlkreis		Land	Gewählt 2021			Gewählt 2017		
Num- mer	Name		Partei	Stim- men- anteil	Diff. zu 2017 ¹	Partei	Stim- men- anteil	Diff. zu 2017 ¹
noch Übergang von der CDU an die SPD								
069	Magdeburg	ST	SPD	25,3	+ 3,5	CDU	22,0	- 5,4
072	Halle	ST	SPD	28,8	+ 7,5	CDU	20,7	- 6,3
080	Berlin-Charlottenburg-Wilmersdorf	BE	SPD	25,6	+ 2,0	CDU	25,1	- 5,1
081	Berlin-Tempelhof-Schöneberg	BE	SPD	26,7	+ 4,6	CDU	22,4	- 6,6
093	Köln I	NW	SPD	27,9	- 3,1	CDU	22,6	- 9,0
103	Solingen – Remscheid – Wuppertal II	NW	SPD	32,6	+ 1,8	CDU	27,6	- 10,6
107	Düsseldorf II	NW	SPD	29,2	+ 1,9	CDU	24,7	- 9,2
113	Wesel I	NW	SPD	34,2	+ 1,4	CDU	29,8	- 9,2
114	Krefeld II – Wesel II	NW	SPD	35,2	+ 3,2	CDU	28,4	- 8,5
135	Lippe I	NW	SPD	30,7	- 1,2	CDU	26,2	- 9,9
162	Chemnitz	SN	SPD	25,1	+ 9,7	CDU	18,5	- 8,0
172	Lahn-Dill	HE	SPD	33,1	+ 3,3	CDU	30,1	- 8,2
173	Gießen	HE	SPD	30,4	+ 2,2	CDU	29,6	- 5,5
175	Main-Kinzig – Wetterau II – Schotten	HE	SPD	30,5	+ 2,2	CDU	27,5	- 8,9
177	Wetterau I	HE	SPD	29,7	+ 0,6	CDU	28,3	- 8,1
180	Hanau	HE	SPD	31,1	+ 0,7	CDU	27,8	- 7,5
182	Frankfurt am Main I	HE	SPD	29,0	+ 1,9	CDU	21,7	- 8,8
184	Groß-Gerau	HE	SPD	33,5	+ 1,1	CDU	27,7	- 7,4
186	Darmstadt	HE	SPD	27,4	- 2,4	CDU	22,7	- 8,0
187	Odenwald	HE	SPD	32,3	+ 3,3	CDU	27,9	- 8,2
191	Jena – Sömmerda – Weimarer Land I	TH	SPD	20,1	+ 6,0	CDU	18,5	- 10,7
193	Erfurt – Weimar – Weimarer Land II	TH	SPD	24,4	+ 6,2	CDU	17,4	- 9,9
196	Suhl – Schmalkalden-Meiningen – Hildburghausen – Sonneberg	TH	SPD	33,6	+ 20,1	CDU	22,3	- 11,2
201	Kreuznach	RP	SPD	33,0	+ 1,6	CDU	29,1	- 7,9
203	Trier	RP	SPD	33,0	- 0,7	CDU	27,7	- 10,2
204	Montabaur	RP	SPD	31,5	+ 1,7	CDU	30,0	- 13,3
205	Mainz	RP	SPD	24,9	- 3,1	CDU	23,6	- 12,1
207	Ludwigshafen/Frankenthal	RP	SPD	32,8	+ 0,9	CDU	25,0	- 7,1
210	Pirmasens	RP	SPD	30,4	+ 1,7	CDU	30,1	- 6,8
211	Südpfalz	RP	SPD	28,2	+ 2,2	CDU	28,2	- 12,1
275	Mannheim	BW	SPD	26,4	- 1,6	CDU	19,9	- 9,4
297	Saarlouis	SL	SPD	36,7	+ 4,7	CDU	28,0	- 10,1
298	St. Wendel	SL	SPD	35,1	+ 4,8	CDU	32,1	- 9,7
299	Homburg	SL	SPD	36,6	+ 5,2	CDU	26,1	- 7,4
Übergang von der CDU an die AfD								
071	Anhalt	ST	AfD	24,2	+ 2,0	CDU	23,5	- 8,0
074	Mansfeld	ST	AfD	25,1	+ 1,2	CDU	24,9	- 6,1
151	Nordsachsen	SN	AfD	27,8	+ 1,0	CDU	22,8	- 10,0
154	Leipzig-Land	SN	AfD	24,6	- 4,1	CDU	24,4	- 9,7
155	Meißen	SN	AfD	31,0	0,0	CDU	22,3	- 14,3
161	Mittelsachsen	SN	AfD	33,4	+ 1,9	CDU	23,8	- 8,7
163	Chemnitzer Umland – Erzgebirgskreis II	SN	AfD	28,9	+ 2,3	CDU	23,7	- 11,5
164	Erzgebirgskreis I	SN	AfD	31,7	+ 1,5	CDU	25,4	- 9,3
165	Zwickau	SN	AfD	25,6	+ 25,6	CDU	21,2	- 12,5

¹ In der Abgrenzung der Wahlkreise zur Bundestagswahl 2021.

4 Gültige Erststimmen

noch Tabelle 15: Wahlkreise bei der Bundestagswahl 2021, in denen die Mehrheit der Erststimmen von 2017 zu 2021 auf eine andere Partei übergegangen ist

Wahlkreis		Land	Gewählt 2021			Gewählt 2017		
Num- mer	Name		Partei	Stim- men- anteil	Diff. zu 2017 ¹	Partei	Stim- men- anteil	Diff. zu 2017 ¹
noch Übergang von der CDU an die AfD								
190	Eisenach – Wartburgkreis – Unstrut-Hainich-Kreis	TH	AfD	24,8	+ 3,6	CDU	23,0	- 11,4
192	Gotha – Ilm-Kreis	TH	AfD	26,5	+ 2,6	CDU	18,4	- 10,5
194	Gera – Greiz – Altenburger Land	TH	AfD	29,0	+ 1,7	CDU	20,0	- 10,5
195	Saalfeld-Rudolstadt – Saale-Holzland-Kreis – Saale-Orla-Kreis	TH	AfD	29,3	+ 2,8	CDU	21,0	- 10,0
Übergang von der CDU an die GRÜNEN								
001	Flensburg – Schleswig	SH	GRÜNE	28,1	+ 17,6	CDU	23,4	- 16,6
087	Aachen I	NW	GRÜNE	30,2	+ 20,8	CDU	25,6	- 8,1
094	Köln II	NW	GRÜNE	34,6	+ 20,0	CDU	25,0	- 9,9
129	Münster	NW	GRÜNE	32,3	+ 19,6	CDU	26,2	- 11,0
183	Frankfurt am Main II	HE	GRÜNE	29,0	+ 15,5	CDU	22,5	- 9,9
258	Stuttgart I	BW	GRÜNE	39,9	+ 10,2	CDU	23,4	- 8,7
271	Karlsruhe-Stadt	BW	GRÜNE	30,0	+ 12,4	CDU	19,5	- 9,0
274	Heidelberg	BW	GRÜNE	30,2	+ 13,5	CDU	24,1	- 8,6
281	Freiburg	BW	GRÜNE	28,8	+ 3,1	CDU	20,6	- 7,4
Übergang von der SPD an die GRÜNEN								
019	Hamburg-Altona	HH	GRÜNE	29,7	+ 15,3	SPD	28,6	- 0,4
020	Hamburg-Eimsbüttel	HH	GRÜNE	29,8	+ 14,8	SPD	29,6	- 2,0
075	Berlin-Mitte	BE	GRÜNE	30,6	+ 12,7	SPD	22,1	- 1,4
096	Bonn	NW	GRÜNE	25,2	+ 16,8	SPD	25,1	- 9,7
Übergang von DIE LINKE an die GRÜNEN								
076	Berlin-Pankow	BE	GRÜNE	26,8	+ 12,6	DIE LINKE	14,2	- 14,6
Übergang von der CSU an die GRÜNEN								
219	München-Süd	BY	GRÜNE	27,5	+ 13,7	CSU	26,8	- 6,2

¹ In der Abgrenzung der Wahlkreise zur Bundestagswahl 2021.

Aus Tabelle 16 ist deutlich abzulesen, dass die Ergebnisse in den Wahlkreisen zunehmend knapp ausfallen. Wurden bei der Bundestagswahl 2017 noch 13 von 299 Wahlkreisen mit einer absoluten Mehrheit gewonnen, war es 2021 nur noch 1 Wahlkreis.

Von ihren 98 Wahlkreisen hat die CDU keinen mit absoluter Mehrheit gewonnen. Im Wahlkreis 32 (Cloppenburg – Vechta) errang sie mit 49,1 % ihren höchsten Erststimmenanteil und lag somit nur knapp unter 50 %. Von den Wahlkreisgewinnerinnen und -gewinnern konnten 25 mit den Stimmen von weniger als 30 % der Wählerinnen und Wähler ihr Mandat gewinnen. Mit nur 18,6 % der gültigen Erststimmen siegte der CDU-Kandidat im Wahlkreis 160 (Dresden II – Bautzen II). Insgesamt fielen 32,8 % aller Wahlkreise der CDU zu.

Die SPD hat 121 Wahlkreise gewonnen, davon als einzigen Wahlkreis überhaupt mit absoluter Mehrheit, den Wahlkreis 24 (Aurich – Emden) mit 52,8 %. Auch bei der SPD war die Tendenz erkennbar, dass die Wahlkreisergebnisse zunehmend knapp ausfallen. 32 der gewonnenen Wahlkreissitze wurden mit

4 Gültige Erststimmen

weniger als 30 % gewonnen, darunter der Wahlkreis 191 (Jena – Sömmerda – Weimarer Land I) mit nur 20,1 %. Insgesamt fielen 40,5 % aller Wahlkreise der SPD zu.

Die AfD konnte mit 16 Wahlkreissitzen 5,4 % der insgesamt 299 Direktmandate verbuchen gegenüber 3 im Jahr 2017. Allerdings fielen diese Gewinne auch sehr knapp aus. 10 Sitze wurden mit weniger als 30 % gewonnen, 6 Wahlkreissiegerinnen und –sieger konnten zwischen 30 und 40 % der Erststimmen verbuchen. Der stärkste Wahlkreisgewinn war mit 35,8 % im Wahlkreis 157 (Görlitz), der schwächste mit 24,8 % im Wahlkreis 71 (Anhalt).

DIE LINKE konnte nur noch 3 Wahlkreise gewinnen, davon den Wahlkreis 84 (Berlin-Treptow-Köpenick) mit 35,4 %, den Wahlkreis 86 (Berlin-Lichtenberg) mit 25,8 % und den Wahlkreis 153 (Leipzig II) mit nur 22,8 % der gültigen Erststimmen.

Die GRÜNEN konnten bei der Zahl der Wahlkreissitze von 1 auf 16 zulegen. 9 Direktmandate wurden mit weniger als 30 % und 7 Direktmandate mit 30 bis 40 % gewonnen. Der Wahlkreis 258 (Stuttgart I) konnte 39,9 % der Erststimmen verbuchen. Der schwächste war der Wahlkreis 96 (Bonn) mit 25,2 %.

Die CSU hat in Bayern 45 von 46 Wahlkreisen gewonnen, davon 14 mit einer Mehrheit von 40 bis 50 % und 5 mit weniger als 30 %. Im Wahlkreis 240 (Kulmbach) erreichte sie mit 47,8 % ihren höchsten Erststimmenanteil. Im Wahlkreis 217 (München-Nord) errang sie ihr niedrigstes Ergebnis mit 25,7 %

Tabelle 16: Stimmenmehrheiten der in den Wahlkreisen Gewählten seit 1949

Wahljahr ¹	Anzahl der Wahlkreise	Zahl der Wahlkreissieger/-innen mit einem Anteil der gültigen Erststimmen von ... bis unter ... %					
		< 30	30 – 40	40 – 50	50 – 60	60 – 70	≥ 70
Insgesamt							
2021	299	83	177	38	1	–	–
2017	299	26	153	107	13	–	–
2013	299	2	49	149	88	11	–
2009	299	8	122	138	28	3	–
2005	299	1	53	151	81	13	–
2002	299		27	167	75	28	2
1998	328		40	171	104	13	–
1994	328		17	195	99	17	–
1990	328		31	181	103	12	1
1987	248		–	131	86	30	1
1983	248		–	84	101	56	7
1980	248		–	93	112	40	3
1976	248		–	92	98	53	5
1972	248		–	42	147	55	4
1969	248		1	84	119	42	2
1965	248		2	103	98	37	8
1961	247		19	131	53	34	10
1957	247		26	90	67	48	16
1953	242	6	41	81	70	34	10
1949	242	25	131	58	20	5	3
CDU							
2021	98	25	63	10	–	–	–
2017	185	19	89	69	8	–	–
2013	191	–	31	97	61	2	–
2009	173	4	69	91	8	1	–

1 1949 und 1953 ohne das Saarland; ab 1990 nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990.

4 Gültige Erststimmen

noch Tabelle 16: Stimmenmehrheiten der in den Wahlkreisen Gewählten seit 1949

Wahljahr ¹	Anzahl der Wahlkreise	Zahl der Wahlkreissieger/-innen mit einem Anteil der gültigen Erststimmen von ... bis unter ... %					
		< 30	30 – 40	40 – 50	50 – 60	60 – 70	≥ 70
noch CDU							
2005	106	–	22	63	20	1	–
2002	82	–	9	57	15	1	–
1998	74	–	11	56	6	1	–
1994	177	–	8	121	45	3	–
1990	192	–	12	121	55	3	1
1987	124	–	–	73	44	6	1
1983	136	–	–	43	66	25	2
1980	81	–	–	39	35	5	2
1976	94	–	–	32	43	17	2
1972	65	–	–	20	33	10	2
1969	87	–	1	28	39	17	2
1965	118	–	1	42	53	16	6
1961	114	–	13	50	28	16	7
1957	147	–	12	46	50	27	12
1953	130	1	16	37	39	27	10
1949	91	4	32	29	18	5	3
SPD							
2021	121	32	74	14	1	–	–
2017	59	4	49	6	–	–	–
2013	58	1	15	40	2	–	–
2009	64	3	35	24	2	–	–
2005	145	1	31	74	38	1	–
2002	171	–	15	102	48	6	–
1998	212	–	27	104	71	10	–
1994	103	–	8	60	32	3	–
1990	91	–	14	52	24	1	–
1987	79	–	–	49	26	4	–
1983	68	–	–	36	27	5	–
1980	127	–	–	49	69	9	–
1976	114	–	–	56	47	11	–
1972	152	–	–	22	102	27	1
1969	127	–	–	52	65	10	–
1965	94	–	1	57	34	2	–
1961	91	–	6	74	11	–	–
1957	46	–	10	31	5	–	–
1953	45	3	19	22	1	–	–
1949	96	11	64	20	1	–	–
AfD							
2021	16	10	6	–	–	–	–
2017	3	–	3	–	–	–	–
FDP							
1990	1	–	1	–	–	–	–
1957	1	–	1	–	–	–	–
1953	14	–	5	2	7	–	–
1949	12	3	8	1	–	–	–

1 1949 und 1953 ohne das Saarland; ab 1990 nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990.

4 Gültige Erststimmen

noch Tabelle 16: Stimmenmehrheiten der in den Wahlkreisen Gewählten seit 1949

Wahljahr ¹	Anzahl der Wahlkreise	Zahl der Wahlkreissieger/-innen mit einem Anteil der gültigen Erststimmen von ... bis unter ... %					
		< 30	30 – 40	40 – 50	50 – 60	60 – 70	≥ 70
DIE LINKE ²							
2021	3	2	1	–	–	–	–
2017	5	2	3	–	–	–	–
2013	4	1	1	2	–	–	–
2009	16	1	12	3	–	–	–
2005	3	–	–	3	–	–	–
2002	2	–	2	–	–	–	–
1998	4	–	2	2	–	–	–
1994	4	–	1	3	–	–	–
1990	1	–	1	–	–	–	–
GRÜNE							
2021	16	9	7	–	–	–	–
2017	1	1	–	–	–	–	–
2013	1	–	1	–	–	–	–
2009	1	–	–	1	–	–	–
2005	1	–	–	1	–	–	–
2002	1	–	1	–	–	–	–
CSU							
2021	45	5	26	14	–	–	–
2017	46	–	9	32	5	–	–
2013	45	–	1	10	25	9	–
2009	45	–	6	19	18	2	–
2005	44	–	–	10	23	11	–
2002	43	–	–	8	12	21	2
1998	38	–	–	9	27	2	–
1994	44	–	–	11	22	11	–
1990	43	–	3	8	24	8	–
1987	45	–	–	9	16	20	–
1983	44	–	–	5	8	26	5
1980	40	–	–	5	8	26	1
1976	40	–	–	4	8	25	3
1972	31	–	–	–	12	18	1
1969	34	–	–	4	15	15	–
1965	36	–	–	4	11	19	2
1961	42	–	–	7	14	18	3
1957	47	–	–	10	12	21	4
1953	42	–	1	14	20	7	–
1949	24	3	15	5	1	–	–
Sonstige und Parteilose							
1957	6	–	3 ³	3 ³	–	–	–
1953	11	2 ³	–	6 ⁴	3 ³	–	–
1949	19	4 ⁵	12 ⁶	3 ⁶	–	–	–

1 1949 und 1953 ohne das Saarland; ab 1990 nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990.

2 Bis 17. Juli 2005: PDS.

3 DP.

4 Davon DP: 5, Zentrum: 1.

5 Davon BP: 2, DP: 1, Parteilose: 1.

6 Davon BP: 9, DP: 3.

7 Davon DP: 1, Parteilose: 2.

4 Gültige Erststimmen

Für den Übergang eines Wahlkreissitzes an eine andere Partei genügen oft wenige Stimmen. Bei der Bundestagswahl 2021 lag in vielen Wahlkreisen die Anzahl der Erststimmen des Wahlkreisgewinners bzw. der Wahlkreisgewinnerin von der Anzahl der erstunterlegenen Bewerberin bzw. des erstunterlegenen Bewerbers nicht weit auseinander (siehe Tabelle 17).

In 49 Wahlkreisen ist die Zahl der Erststimmen für die Wahlkreissiegerin bzw. den Wahlkreissieger sogar nur um weniger als 2 Prozentpunkte größer als die Zahl der Erststimmen für den erstunterlegenen Kandidaten bzw. die erstunterlegene Kandidatin (siehe auch Tabelle 18). Von diesen knappen Wahlkreisen fielen 19 an die CDU, 20 an die SPD, je 4 an die AfD und die GRÜNEN sowie 2 an die CSU.

In weiteren 20 von der CDU, 23 von der SPD, 3 von der AfD, 3 von den GRÜNEN sowie 1 von DIE LINKE gewonnenen Wahlkreisen macht der Abstand bei den Erststimmen zwischen 2 und 5 Prozentpunkten aus. Dementsprechend würde in diesen insgesamt 50 Wahlkreisen schon eine Abwanderung von einem kleinen Teil der Wählerinnen und Wähler genügen, damit der Wahlkreis an eine andere Partei fiele.

Würde dies in allen Fällen zugunsten der CDU passieren, könnte sie 37 Wahlkreisabgeordnete mehr stellen; ein entsprechender Stimmenumschwung im Sinne der SPD brächte dieser 38 zusätzliche Wahlkreissitze ein. In 9 dieser 99 Wahlkreise war die AfD knapp unterlegen, in je 1 DIE LINKE und die CSU. In 13 Fällen könnten DIE GRÜNEN von einer schon geringen Abwanderung von Wählerinnen und Wählern profitieren.

Tabelle 17: Erststimmen für die Parteien 2021 nach Abstand des höchsten vom zweithöchsten Ergebnis in den Wahlkreisen

Abstand zwischen höchstem und zweithöchstem Ergebnis	Anzahl der Wahlkreise						
	insgesamt	CDU	SPD	AfD	DIE LINKE	GRÜNE	CSU
Absolut von ... bis unter ... Stimmen							
< 1.000	19	8	5	3	–	2	1
1.000 – 2.000	12	3	6	1	–	2	–
2.000 – 5.000	40	18	19	1	–	1	1
5.000 – 10.000	54	19	56	3	2	3	1
10.000 – 15.000	51	18	17	7	–	5	4
15.000 – 20.000	35	12	20	–	–	1	2
20.000 – 30.000	52	18	21	1	–	2	10
30.000 – 40.000	22	–	6	–	1	–	15
40.000 – 50.000	10	1	1	–	–	–	8
≥ 50.000	4	1	–	–	–	–	3
Insgesamt	299	98	121	16	3	16	45
Relativ von ... bis unter ... Prozentpunkte							
< 1	25	10	7	4	–	3	1
1 – 2	24	9	13	–	–	1	1
2 – 5	50	20	23	3	1	3	–
5 – 10	81	30	30	8	1	7	5
10 – 15	42	16	20	1	–	–	5
15 – 20	45	11	21	–	–	2	11
20 – 30	27	2	6	–	1	–	18
≥ 30	5	–	1	–	–	–	4
Insgesamt	299	98	121	16	3	16	45

4 Gültige Erststimmen

Tabelle 18: Die 48 Bundestagswahlkreise 2021 mit einem Abstand zwischen den Gewählten und den Erstunterlegenen von unter 2 Prozentpunkten

Num- mer	Wahlkreis		Partei des		Differenz	
	Name	Land	Gewählten	Erstunter- legenen	Anzahl	in Prozent- punkten
160	Dresden II – Bautzen II	SN	CDU	AfD	35	0,0
211	Südpfalz	RP	SPD	CDU	41	0,0
003	Steinburg – Dithmarschen Süd	SH	CDU	SPD	52	0,0
283	Emmendingen – Lahr	BW	CDU	SPD	90	0,1
220	München-West/Mitte	BY	CSU	GRÜNE	137	0,1
074	Mansfeld	ST	AfD	CDU	198	0,2
096	Bonn	NW	GRÜNE	SPD	216	0,1
154	Leipzig-Land	SN	AfD	CDU	282	0,2
073	Burgenland – Saalekreis	ST	CDU	AfD	321	0,3
020	Hamburg-Eimsbüttel	HH	GRÜNE	SPD	359	0,2
065	Elbe-Elster – Oberspreewald-Lausitz II	BB	SPD	AfD	438	0,4
210	Pirmasens	RP	SPD	CDU	475	0,4
152	Leipzig I	SN	CDU	SPD	519	0,3
080	Berlin-Charlottenburg-Wilmersdorf	BE	SPD	GRÜNE	604	0,5
179	Wiesbaden	HE	CDU	SPD	625	0,5
105	Mettmann II	NW	CDU	SPD	794	0,6
016	Mecklenburgische Seenplatte I – Vorpommern-Greifswald II	MV	SPD	AfD	795	0,5
044	Celle – Uelzen	NI	CDU	SPD	869	0,6
071	Anhalt	ST	AfD	CDU	930	0,7
120	Essen III	NW	CDU	SPD	1.023	0,7
191	Jena – Sömmerda – Weimarer Land I	TH	SPD	AfD	1.095	0,7
219	München-Süd	BY	GRÜNE	CSU	1.197	0,7
173	Gießen	HE	SPD	CDU	1.231	0,8
166	Vogtlandkreis	SN	CDU	AfD	1.249	0,9
190	Eisenach – Wartburgkreis – Unstrut- Hainich-Kreis	TH	AfD	SPD	1.437	0,9
039	Stadt Osnabrück	NI	SPD	CDU	1.560	1,1
019	Hamburg-Altona	HH	GRÜNE	SPD	1.636	1,1
034	Osterholz – Verden	NI	CDU	SPD	1.700	1,1
004	Rendsburg-Eckernförde	SH	SPD	CDU	1.786	1,1
077	Berlin-Reinickendorf	BE	CDU	SPD	1.788	1,4
177	Wetterau I	HE	SPD	CDU	1.811	1,3
067	Börde – Jerichower Land	ST	SPD	CDU	1.868	1,3
290	Tübingen	BW	CDU	GRÜNE	2.046	1,3
005	Kiel	SH	SPD	GRÜNE	2.177	1,4
277	Rhein-Neckar	BW	CDU	SPD	2.282	1,5
185	Offenbach	HE	CDU	SPD	2.312	1,5
059	Märkisch-Oderland – Barnim II	BB	SPD	CDU	2.313	1,3
064	Cottbus – Spree-Neiße	BB	SPD	AfD	2.352	1,9
204	Montabaur	RP	SPD	CDU	2.368	1,5
217	München-Nord	BY	CSU	GRÜNE	2.535	1,5
081	Berlin-Tempelhof-Schöneberg	BE	SPD	GRÜNE	2.540	1,7
095	Köln III	NW	SPD	GRÜNE	2.549	1,7
199	Koblenz	RP	CDU	SPD	2.657	1,8
033	Diepholz – Nienburg I	NI	CDU	SPD	2.661	1,8
205	Mainz	RP	SPD	CDU	2.725	1,4
178	Rheingau-Taunus – Limburg	HE	CDU	SPD	2.877	1,7
036	Harburg	NI	SPD	CDU	3.062	1,9
206	Worms	RP	CDU	SPD	3.079	1,9
197	Neuwied	RP	CDU	SPD	3.110	1,7

4 Gültige Erststimmen

Wie aus Tabelle 19 hervorgeht, gewann die SPD in Mecklenburg-Vorpommern, Bremen, Brandenburg, und dem Saarland alle Wahlkreissitze. In Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Hessen konnte sie mit mehr als 60 % der Direktmandate aufwarten. Die CDU hingegen war nur in Baden-Württemberg mit 33 von 38 Wahlkreissitzen (87 %) erfolgreich. Die CSU konnte 45 der 46 Wahlkreise in Bayern gewinnen.

Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten der AfD hatten die größten Erfolge mit 10 von 16 Sitzen in Sachsen und 4 von 8 Sitzen in Thüringen. Die GRÜNEN waren besonders erfolgreich in Hamburg mit 2 von 6 Wahlkreissitzen sowie in Berlin, wo sie 3 von 12 Mandaten gewonnen hat. Ebenfalls in Berlin konnte DIE LINKE 2 der 12 Wahlkreise gewinnen.

Tabelle 19: Wahlkreisabgeordnete des 20. Deutschen Bundestages nach Ländern und Parteien

Land	Wahlkreis- abgeordnete insgesamt	Davon					
		CDU	SPD	AfD	DIE LINKE	GRÜNE	CSU
Schleswig-Holstein	11	2	8	–	–	1	–
Mecklenburg-Vorpommern	6	–	6	–	–	–	–
Hamburg	6	–	4	–	–	2	–
Niedersachsen	30	8	22	–	–	–	–
Bremen	2	–	2	–	–	–	–
Brandenburg	10	–	10	–	–	–	–
Sachsen-Anhalt	9	3	4	2	–	–	–
Berlin	12	3	4	–	2	3	–
Nordrhein-Westfalen	64	30	30	–	–	4	–
Sachsen	16	4	1	10	1	–	–
Hessen	22	7	14	–	–	1	–
Thüringen	8	1	3	4	–	–	–
Rheinland-Pfalz	15	7	8	–	–	–	–
Bayern	46	–	–	–	–	1	45
Baden-Württemberg	38	33	1	–	–	4	–
Saarland	4	–	4	–	–	–	–
Deutschland	299	98	121	16	3	16	45

5 Gültige Zweitstimmen

5.1 Verteilung der Zweitstimmen auf die Parteien in Bund und Ländern

Für die Gesamtzahl der Abgeordneten einer jeden Partei sowie für das Stärkeverhältnis der Parteien im Bundestag sind grundsätzlich die Zweitstimmen ausschlaggebend. Bei der Bundestagswahl 2021 einschließlich der Wiederholung der Wahl in Teilen Berlins wurden 46.298.387 gültige Zweitstimmen abgegeben. Die auf die im 20. Deutschen Bundestag vertretenen Parteien entfallenden Zweitstimmen verteilen sich wie folgt:

Partei	Abgegebene Zweitstimmen	
	Anzahl	in %
CDU	8.774.920	19,0
SPD	11.901.558	25,7
AfD	4.809.233	10,4
FDP	5.291.013	11,4
DIE LINKE	2.255.864	4,9
GRÜNE	6.814.408	14,7
CSU	2.402.827	5,2
SSW	55.578	0,1

Die weiteren 3.992.896 Zweitstimmen verteilen sich auf die folgenden Parteien:

Partei	Abgegebene Zweitstimmen	
	Anzahl	in %
FREIE WÄHLER	1.125.667	2,4
Die PARTEI	460.431	1,0
Tierschutzpartei	673.669	1,5
NPD	64.360	0,1
PIRATEN	169.587	0,4
ÖDP	112.129	0,2
V-Partei ³	31.763	0,1
DiB	7.184	0,0
BP	32.790	0,1
Tierschutzallianz	13.672	0,0
MLPD	17.820	0,0
Gesundheitsforschung	48.496	0,1
MENSCHLICHE WELT	3.786	0,0
DKP	14.957	0,0
Die Grauen	17.304	0,0
BüSo	665	0,0
Die Humanisten	47.524	0,1
Gartenpartei	7.611	0,0
du.	17.738	0,0
SGP	1.399	0,0
dieBasis	630.153	1,4
Bündnis C	39.868	0,1
BÜRGERBEWEGUNG	7.491	0,0
III. Weg	7.832	0,0
BÜNDNIS21	3.488	0,0
LIEBE	12.967	0,0
LKR	11.328	0,0
PdF	3.228	0,0
LfK	9.189	0,0
Team Todenhöfer	211.854	0,5
UNABHÄNGIGE	22.736	0,0
Volt	164.300	0,4

5 Gültige Zweitstimmen

Die CDU erzielte 2021 nur 19,0 % aller gültigen Zweitstimmen im Wahlgebiet. Im Vergleich zu 2017, wo ihr Zweitstimmenanteil 26,8 % betragen hatte, verlor sie 7,8 Prozentpunkte. Die CDU verlor in allen 15 Ländern, in denen sie antrat, an Zweitstimmen; die Verluste betrugen zwischen 6,7 Prozentpunkten in Nordrhein-Westfalen und 15,7 Prozentpunkten in Mecklenburg-Vorpommern.

Die SPD erreichte bei der Bundestagswahl 2021 einen Zweitstimmenanteil von 25,7 % und wurde damit stärkste Partei. Gegenüber der Bundestagswahl 2017 gewann sie 5,2 Prozentpunkte. Die Gewinne betrugen zwischen 2,7 Prozentpunkten in Bayern und 14,0 Prozentpunkten in Mecklenburg-Vorpommern.

Mit einem Anteil von 10,4 % der gültigen Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2021 verlor die AfD 2,2 Prozentpunkte im Vergleich zur Bundestagswahl 2017. Außer in Thüringen, wo sie 1,3 Prozentpunkte hinzugewann, büßte die AfD in allen Ländern Stimmen ein. In Berlin betrug der Verlust 2,6 Prozentpunkte.

Die FDP erreichte 11,4 % der gültigen Zweitstimmen und verzeichnete einen Zuwachs von 0,7 Prozentpunkten gegenüber 2017. Sie gewann in 13 Ländern Zweitstimmenanteile hinzu, am stärksten im Saarland mit 3,9 Prozentpunkten. In 3 Ländern musste sie einen Verlust hinnehmen, am stärksten in Nordrhein-Westfalen mit 1,7 Prozentpunkten weniger.

DIE LINKE büßte 4,4 Prozentpunkte der Zweitstimmen gegenüber 2017 ein. Mit 4,9 % der Zweitstimmen verfehlte sie sogar die 5%-Hürde, konnte aber wegen der 3 gewonnenen Direktmandate an der Sitzverteilung teilnehmen. DIE LINKE verlor in allen Ländern Stimmenanteile, und zwar zwischen 3,0 Prozentpunkten in Baden-Württemberg und 8,7 Prozentpunkten in Brandenburg.

Die GRÜNEN erhielten bei der Bundestagswahl 2021 einen Anteil von 14,7 % aller gültigen Zweitstimmen und gewannen damit gegenüber der Bundestagswahl 2017 5,8 Prozentpunkte hinzu. Die GRÜNEN konnten in allen 15 Ländern, in denen sie antraten, Zweitstimmen hinzugewinnen. Die Gewinne betrugen zwischen 2,5 Prozentpunkten in Thüringen und 11,0 Prozentpunkten in Hamburg. Im Saarland wurde für die GRÜNEN keine Landesliste zugelassen.

Die CSU schnitt bei der Bundestagswahl 2021 schlechter ab als 4 Jahre zuvor. Ihr Zweitstimmenanteil sank um 7,1 Prozentpunkte auf 31,7 % der in Bayern abgegebenen Zweitstimmen. Damit erzielte die CSU 5,2 % aller gültigen Zweitstimmen im Bundesgebiet. Ihr Anteil sank gegenüber der Bundestagswahl 2017 um 1,0 Prozentpunkte.

Der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) nahm als Partei nationaler Minderheiten im Sinne des Bundeswahlgesetzes an der Sitzverteilung zum 20. Deutschen Bundestag teil. Der SSW erzielte in Schleswig-Holstein 3,2 % der Zweitstimmen und somit 0,1 % aller gültigen Zweitstimmen im Bundesgebiet.

Durch die Wiederholungswahl in Teilen Berlins änderte sich die Sitzverteilung im 20. Deutschen Bundestag folgendermaßen gegenüber der Sitzverteilung der Hauptwahl:

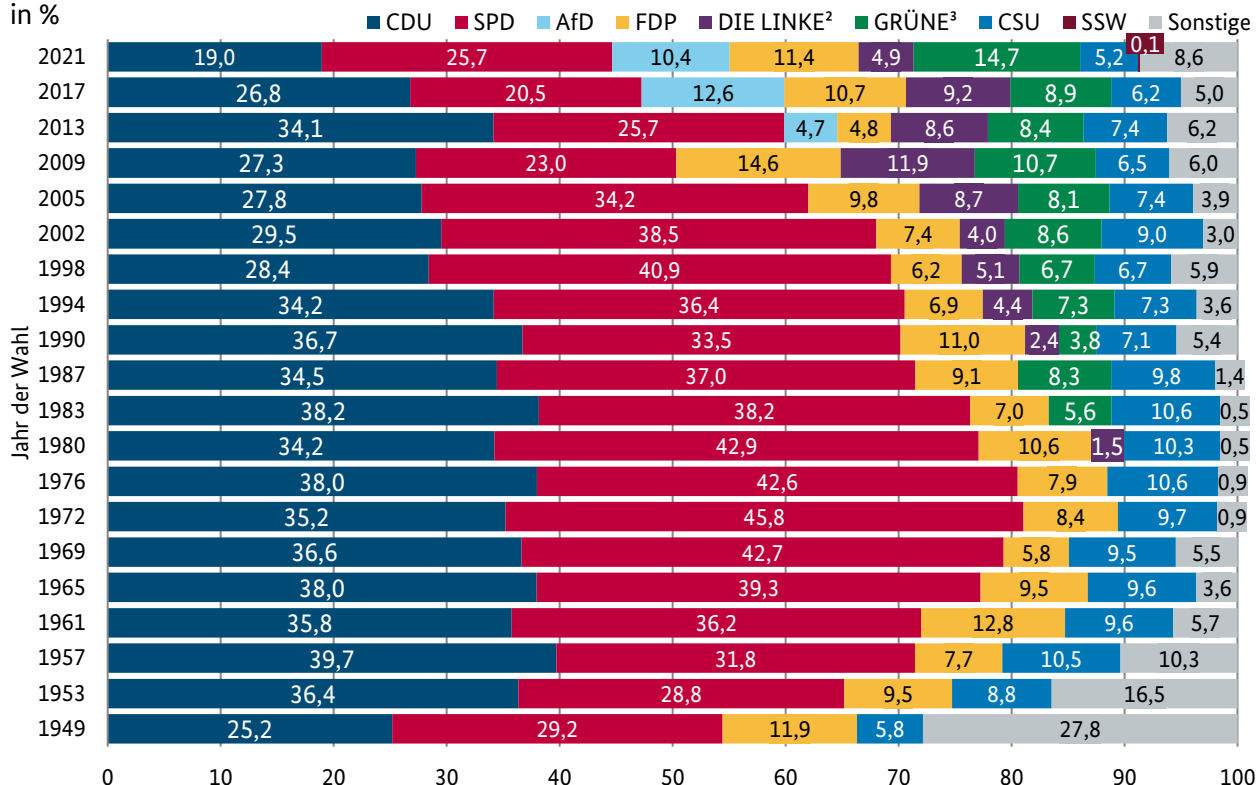
- Die FDP verlor in Berlin einen Sitz.
- Die SPD verlor in Berlin einen Sitz und gewann in Niedersachsen einen Sitz hinzu.
- Die GRÜNEN verloren in Berlin einen Sitz und gewannen in Nordrhein-Westfalen einen Sitz hinzu.
- DIE LINKE verlor in Berlin einen Sitz und gewann in Hessen einen Sitz hinzu.

5 Gültige Zweitstimmen

Schaubild 6

Gültige Zweitstimmenanteile seit 1949¹

in %



1 Ab 1990: nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990.

2 Bis zur Namensänderung durch Parteibeschluss vom 17. Juli 2005: PDS; bei der Bundestagswahl 2005 Die Linke.

3 1990: B 90/Gr.

Der Bundeswahlleiter

Tabelle 20: Stimmabgabe bei den Bundestagswahlen (BTW) 2017 und 2021 und der jeweils letzten Landtagswahl (LTW) nach Ländern (in %)

BTW/LTW ¹	CDU/CSU ²	SPD	AfD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE	SSW	Sonstige
Schleswig-Holstein								
BTW 2021	22,0	28,0	6,8	12,5	3,6	18,3	3,2	5,6
LTW 2017	32,0	27,3	5,9	11,5	3,8	12,9	3,3	3,4
BTW 2017	34,0	23,3	8,2	12,6	7,3	12,0	–	2,7
Mecklenburg-Vorpommern								
BTW 2021	17,4	29,1	18,0	8,2	11,1	7,8	–	8,4
LTW 2021	13,3	39,6	16,7	5,8	9,9	6,3	–	8,4
BTW 2017	33,1	15,1	18,6	6,2	17,8	4,3	–	4,9
Hamburg								
BTW 2021	15,4	29,7	5,0	11,4	6,7	24,9	–	6,8
LTW 2020	11,2	39,2	5,3	5,0	9,1	24,2	–	6,1
BTW 2017	27,2	23,5	7,8	10,8	12,2	13,9	–	4,5
Niedersachsen								
BTW 2021	24,2	33,1	7,4	10,5	3,3	16,1	–	5,4
LTW 2017	33,6	36,9	6,2	7,5	4,6	8,7	–	2,4
BTW 2017	34,9	27,4	9,1	9,3	7,0	8,7	–	3,6
Bremen								
BTW 2021	17,2	31,5	6,9	9,3	7,7	20,9	–	6,5
LTW 2019	26,7	24,9	6,1	5,9	11,3	17,4	–	7,6
BTW 2017	25,1	26,8	10,0	9,3	13,4	11,1	–	4,3

1 Bei Bundestagswahlen: Zweitstimme; bei Landtagswahlen: Die jeweils für die Zusammensetzung des Parlaments maßgebliche Stimme.

2 CSU nur in Bayern.

5 Gültige Zweitstimmen

noch Tabelle 20: Stimmabgabe bei den Bundestagswahlen (BTW) 2017 und 2021
und der jeweils letzten Landtagswahl (LTW) nach Ländern (in %)

BTW/LTW ¹	CDU/CSU ²	SPD	AfD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE	SSW	Sonstige
Brandenburg								
BTW 2021	15,3	29,5	18,1	9,3	8,5	9,0	–	10,3
LTW 2019	15,6	26,2	23,5	4,1	10,7	10,8 ³	–	9,2
BTW 2017	26,7	17,6	20,2	7,1	17,2	5,0	–	6,3
Sachsen-Anhalt								
BTW 2021	21,0	25,4	19,6	9,5	9,6	6,5	–	8,4
LTW 2021	37,1	8,4	20,8	6,4	11,0	5,9	–	10,3
BTW 2017	30,3	15,2	19,6	7,8	17,7	3,7	–	5,7
Berlin								
BTW 2021	17,2	22,2	9,4	8,1	11,5	22,0	–	9,4
LTW 2021	18,0	21,4	8,0	7,1	14,1	18,9	–	12,5
BTW 2017	22,7	17,9	12,0	8,9	18,8	12,6	–	7,1
Nordrhein-Westfalen								
BTW 2021	26,0	29,1	7,3	11,4	3,7	16,1	–	6,5
LTW 2017	33,0	31,2	7,4	12,6	4,9	6,4	–	4,6
BTW 2017	32,6	26,0	9,4	13,1	7,5	7,6	–	3,8
Sachsen								
BTW 2021	17,2	19,3	24,6	11,0	9,3	8,6	–	9,9
LTW 2019	32,1	7,7	27,5	4,5	10,4	8,6	–	9,2
BTW 2017	26,9	10,5	27,0	8,2	16,1	4,6	–	6,7
Hessen								
BTW 2021	22,8	27,6	8,8	12,8	4,3	15,8	–	7,9
LTW 2018	27,0	19,8	13,1	7,5	6,3	19,8	–	6,5
BTW 2017	30,9	23,5	11,9	11,5	8,1	9,7	–	4,4
Thüringen								
BTW 2021	16,9	23,4	24,0	9,0	11,4	6,6	–	8,7
LTW 2019	21,7	8,2	23,4	5,0	31,0	5,2	–	5,4
BTW 2017	28,8	13,2	22,7	7,8	16,9	4,1	–	6,5
Rheinland-Pfalz								
BTW 2021	24,7	29,4	9,2	11,7	3,3	12,6	–	9,2
LTW 2021	27,7	35,7	8,3	5,5	2,5	9,3	–	11,0
BTW 2017	35,9	24,1	11,2	10,4	6,8	7,6	–	3,9
Bayern								
BTW 2021	31,7	18,0	9,0	10,5	2,8	14,1	–	13,9
LTW 2018	37,2	9,7	10,2	5,1	3,2	17,6	–	17,0
BTW 2017	38,8	15,3	12,4	10,2	6,1	9,8	–	7,5
Baden-Württemberg								
BTW 2021	24,8	21,6	9,6	15,3	3,3	17,2	–	8,2
LTW 2021	24,1	11,0	9,7	10,5	3,6	32,6	–	8,5
BTW 2017	34,4	16,4	12,2	12,7	6,4	13,5	–	4,5
Saarland								
LTW 2022	28,5	43,5	5,7	4,8	2,6	5,0 ⁴	–	9,9
BTW 2021	23,6	37,3	10,0	11,5	7,2	–	–	10,5
BTW 2017	32,4	27,1	10,1	7,6	12,9	6,0	–	3,9
Deutschland								
BTW 2021	24,1	25,7	10,3	11,5	4,9	14,8	0,1	8,6
BTW 2017	32,9	20,5	12,6	10,7	9,2	8,9	–	5,0

1 Bei Bundestagswahlen: Zweitstimme; bei Landtagswahlen: Die jeweils für die Zusammensetzung des Parlaments maßgebliche Stimme.

2 CSU nur in Bayern.

3 GRÜNE/B 90.

4 Weniger als 5 %, daher kein Sitz im Landtag des Saarlandes.

5 Gültige Zweitstimmen

Aus Tabelle 21 geht hervor, dass 8 der 10 Wahlkreise mit dem höchsten Zweitstimmenanteil der CDU in Nordrhein-Westfalen sowie 2 in Niedersachsen liegen. Von den 10 Wahlkreisen mit dem höchsten Zweitstimmenanteil für die SPD befinden sich je 3 in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und dem Saarland sowie 1 in Hessen.

Die AfD erreichte 8 ihrer 10 besten Zweistimmenergebnisse in Wahlkreisen in Sachsen sowie 2 weitere in Thüringen. 9 der 10 Wahlkreise mit den höchsten Zweitstimmenanteilen der FDP befinden sich in Baden-Württemberg, 1 weiterer in Hessen.

6 ihrer 10 besten Zweitstimmenergebnisse nach Wahlkreisen erzielte DIE LINKE in Berlin, 2 weitere in Thüringen sowie je 1 in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen. Die erfolgreichsten Wahlkreise der GRÜNEN in Bezug auf die Zweitstimmen sind in 4 Fällen in Nordrhein-Westfalen, in jeweils 2 Fällen in Hamburg und Berlin sowie in je 1 Fall in Niedersachsen und Baden-Württemberg zu finden.

Tabelle 21: Die 10 Wahlkreise 2021 mit den jeweils höchsten Zweitstimmenanteilen für CDU, SPD, AfD, FDP, DIE LINKE, GRÜNE und CSU

Wahlkreis		Land	Zweit- stimmen in %
Nummer	Name		
Höchster Zweitstimmenanteil für die CDU			
032	Cloppenburg – Vechta	NI	38,5
126	Borken II	NW	36,6
127	Coesfeld – Steinfurt II	NW	34,5
031	Mittelems	NI	33,8
124	Steinfurt I – Borken I	NW	33,8
147	Hochsauerlandkreis	NW	33,5
137	Paderborn – Gütersloh III	NW	33,0
149	Olpe – Märkischer Kreis I	NW	32,8
136	Höxter – Lippe II	NW	32,5
112	Kleve	NW	32,3
Höchster Zweitstimmenanteil für die SPD			
024	Aurich – Emden	NI	43,3
141	Herne – Bochum II	NW	38,2
296	Saarbrücken	SL	38,1
026	Friesland – Wilhelmshaven – Wittmund	NI	38,0
052	Goslar – Northeim – Osterode	NI	37,9
169	Werra-Meißner – Hersfeld-Rotenburg	HE	37,7
298	St. Wendel	SL	37,4
299	Homburg	SL	37,2
123	Gelsenkirchen	NW	37,1
116	Duisburg II	NW	36,9
Höchster Zweitstimmenanteil für die AfD			
157	Görlitz	SN	32,5
158	Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	SN	31,9
156	Bautzen I	SN	31,9
164	Erzgebirgskreis I	SN	30,6
161	Mittelsachsen	SN	30,0
155	Meißen	SN	29,8
195	Saalfeld-Rudolstadt – Saale-Holzland-Kreis – Saale-Orla-Kreis	TH	28,2
194	Gera – Greiz – Altenburger Land	TH	28,1
163	Chemnitzer Umland – Erzgebirgskreis II	SN	27,3
151	Nordsachsen	SN	27,2

5 Gültige Zweitstimmen

noch Tabelle 21: Die 10 Wahlkreise 2021 mit den jeweils höchsten Zweitstimmenanteilen für CDU, SPD, AfD, FDP, DIE LINKE, GRÜNE und CSU

Wahlkreis		Land	Zweitstimmen in %
Höchster Zweitstimmenanteil für die FDP			
285	Rottweil – Tuttlingen	BW	18,1
260	Böblingen	BW	18,1
264	Waiblingen	BW	17,7
280	Calw	BW	17,7
262	Nürtingen	BW	17,5
295	Zollernalb – Sigmaringen	BW	17,0
181	Main-Taunus	HE	16,9
258	Stuttgart I	BW	16,6
266	Neckar-Zaber	BW	16,6
289	Reutlingen	BW	16,6
Höchster Zweitstimmenanteil für DIE LINKE			
083	Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg – Prenzlauer Berg Ost	BE	18,6
086	Berlin-Lichtenberg	BE	18,3
084	Berlin-Treptow-Köpenick	BE	16,0
085	Berlin-Marzahn-Hellersdorf	BE	15,9
153	Leipzig II	SN	14,7
076	Berlin-Pankow	BE	14,3
075	Berlin-Mitte	BE	14,1
193	Erfurt – Weimar – Weimarer Land II	TH	14,0
014	Rostock – Landkreis Rostock II	MV	13,2
191	Jena – Sömmerda – Weimarer Land I	TH	12,8
Höchster Zweitstimmenanteil für die GRÜNEN			
083	Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg – Prenzlauer Berg Ost	BE	36,8
094	Köln II	NW	31,9
281	Freiburg	BW	31,6
129	Münster	NW	30,7
075	Berlin-Mitte	BE	30,6
019	Hamburg-Altona	HH	30,4
020	Hamburg-Eimsbüttel	HH	29,9
042	Stadt Hannover II	NI	29,5
087	Aachen I	NW	29,0
095	Köln III	NW	28,8
Höchster Zweitstimmenanteil für die CSU			
248	Bad Kissingen	BY	37,6
240	Kulmbach	BY	36,2
235	Weiden	BY	35,4
231	Straubing	BY	35,3
254	Donau-Ries	BY	35,2
226	Weilheim	BY	35,1
232	Amberg	BY	35,1
250	Schweinfurt	BY	34,8
216	Ingolstadt	BY	34,6
249	Main-Spessart	BY	34,4

5 Gültige Zweitstimmen

5.2 Verteilung der Zweitstimmen auf die Parteien in den Wahlkreisen

Hatte die CDU bei der Bundestagswahl 2017 noch in 65 der 299 Wahlkreise mindestens 35 % der gültigen Zweitstimmen erhalten, waren es bei der Bundestagswahl 2021 nur noch 2 (vgl. Tabelle 22). In 80 Wahlkreisen lag ihr Zweitstimmenergebnis unter 20 %.

Ein Zweitstimmenanteil von mindestens 40 % wurde zur Bundestagswahl 2021 lediglich von der SPD in 1 Wahlkreis erreicht. Außerdem erzielte die SPD einen Wert über 35 % in weiteren 23 Wahlkreisen. In 52 Wahlkreisen betrug der Anteil der auf sie entfallenen Zweitstimmen unter 20 %.

Bei der Bundestagswahl 2021 erreichte die AfD in 107 Wahlkreisen einen Zweitstimmenanteil von mindestens 10 %. Bei der Bundestagswahl 2017 erzielte sie diesen Wert in 187 Wahlkreisen. In 15 Wahlkreisen konnte die AfD zur Bundestagswahl 2021, wie auch zur Bundestagswahl 2017, mit einem Anteil von über 25 % jeweils mehr als ein Viertel der gültigen Zweitstimmen für sich gewinnen.

Die FDP erhielt bei der Bundestagswahl 2021 in 86 Wahlkreisen einen Zweitstimmenanteil zwischen 5 und 10 %. In 23 Wahlkreisen konnte sie mindestens 15 % der Zweitstimmen gewinnen.

Für DIE LINKE lag das Zweitstimmenergebnis zur Bundestagswahl 2021 in 204 Wahlkreisen unter 5 %. Bei der Bundestagswahl 2017 war dies nur in 15 Wahlkreisen der Fall. In 30 Wahlkreisen erreichte sie zur Bundestagswahl 2021 mindestens 10 % der Zweitstimmen. Zur Bundestagswahl 2017 waren dies noch 86 Wahlkreise.

Die GRÜNEN erhielten in 52 Wahlkreisen einen Zweitstimmenanteil von mindestens 20 %. Bei der Bundestagswahl 2017 war dies nur in 2 Wahlkreisen der Fall. Unter 5 % lagen sie in 19 Wahlkreisen gegenüber 51 zur Bundestagswahl 2017.

Konnte die CSU bei der Bundestagswahl 2017 noch in 23 bayrischen Wahlkreisen mindestens 40 % der Zweitstimmen erreichen, gelang ihr dies bei der Bundestagswahl 2021 nicht mehr. Ihre höchsten Werte lagen in 7 der 46 Wahlkreise des Freistaates Bayern zwischen 35 und 40 %. In 8 Wahlkreisen lag ihr Wert unter 30 %.

Der SSW erzielte bei der Bundestagswahl 2021 in 2 Wahlkreisen ein Zweitstimmenergebnis zwischen 5 und 10 %. In 9 Wahlkreisen blieb er unter 5 % der Stimmen.

Tabelle 22: Die 299 Wahlkreise nach dem Anteil der Zweitstimmen für die im 20. Deutschen Bundestag vertretenen Parteien

Anteil der Zweitstimmen von ... bis unter ... %	Zahl der Wahlkreise mit nebenstehendem Stimmenanteil der ...							
	CDU	SPD	AfD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE	CSU	SSW
< 5	–	–	21	1	204	19	–	9
5 – 10	1	–	171	86	65	40	–	2
10 – 15	15	5	61	189	26	115	–	–
15 – 20	64	47	19	23	4	69	–	–
20 – 25	95	83	12	–	–	28	4	–
25 – 30	59	90	10	–	–	18	4	–
30 – 35	17	50	5	–	–	5	31	–
35 – 40	2	23	–	–	–	1	7	–
40 – 45	–	1	–	–	–	–	–	–

6 Sitzzuteilung und Erfolgswert der Stimmen

6.1 Sitzzuteilungsverfahren

Der Bundestag besteht aus 598 Abgeordneten, sofern sich durch das Berechnungsverfahren keine Abweichungen ergeben. Die Umrechnung von Stimmen in Sitze erfolgt nach dem mathematischen Verfahren Sainte-Laguë/Schepers in 2 Stufen in jeweils 2 Schritten. Es werden nur Stimmen für Parteien berücksichtigt, die mindestens 5 % der bundesweit abgegebenen gültigen Zweitstimmen oder mindestens 3 Direktmandate errungen haben oder als Partei nationaler Minderheiten gemäß § 6 Abs. 3 Bundeswahlgesetz an der Wahl teilnehmen (siehe Tabelle 23). Für die Verteilung der Sitze kamen daher CDU, SPD, AfD, FDP, DIE LINKE, GRÜNE, CSU und der SSW in Betracht.

Wie zu allen Bundestagswahlen seit 1953 erfolgt die Sitzverteilung im Wahlsystem der personalisierten Verhältniswahl. Dabei werden 2 Elemente kombiniert: Mit der Erststimme wird eine Person im Wahlkreis gewählt. Es gewinnt die Person, die die meisten Stimmen erhalten hat (Mehrheitswahl). Mit der Zweitstimme wird die Landesliste einer Partei gewählt. Die Zahl der Zweitstimmen entscheidet darüber, wie viele Sitze eine Partei im Bundestag erhält (Verhältnisswahl), und ist daher die Maßgebliche.

Novelliert wurde bereits zur Bundestagswahl 2013 die Umrechnung der Stimmen in Mandate; diese erfolgt nunmehr in 2 Verteilungsstufen mit jeweils 2 Rechenschritten. Zur Bundestagswahl 2021 wurde dieses Verfahren durch das Fünfundzwanzigste Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 14. November 2020 (BGBl. I S. 2395) modifiziert (§ 6 Bundeswahlgesetz).

1. Stufe: Mindestsitzberechnung

In der 1. Stufe wird noch nicht die endgültige Sitzverteilung berechnet, sondern die Zahl derjenigen Sitze, die eine Partei bei der endgültigen Sitzverteilung mindestens erhalten muss. Diese Berechnung erfolgt in insgesamt 2 Schritten:

- Schritt 1: Verteilung der Bundestagssitze auf die Länder

Zunächst werden die 598 Sitze auf die einzelnen Länder verteilt, je nach Anteil der dort lebenden deutschen Bevölkerung (Sitzkontingent).

- Schritt 2: Verteilung der Ländersitze auf die Parteien

In einem 2. Schritt werden die Sitze jedes Landes den Parteien anhand der Zahl der im jeweiligen Land erhaltenen Zweitstimmen zugeteilt. Zur Berechnung der Mindestsitze wird jeder Landesliste der höhere Wert aus entweder der Zahl der im Land errungenen Wahlkreismandate oder dem auf ganze Sitze aufgerundeten Mittelwert zwischen den Wahlkreismandaten und der in der ersten Verteilung nach den Zweitstimmen errechneten Sitzzahl der Landesliste (Sitzkontingent) zugeordnet.

Der höhere Wert aus entweder der Summe dieser Mindestsitze aller Landeslisten einer Partei oder der Summe der Sitzkontingente aller Landeslisten einer Partei bildet ihren Mindestsitzanspruch

2. Stufe: Endgültige Sitzverteilung

- Schritt 1: Verteilung der Bundestagssitze auf die Parteien

Die Gesamtzahl der Sitze wird nach dem Anteil ihrer jeweiligen Zweitstimmen so lange erhöht, bis jede Partei mindestens ihren Mindestsitzanspruch erreicht und insgesamt bis zu 3 Überhänge verbleiben. Dabei kann es zu einer Vergrößerung des Bundestags kommen.

6 Sitzzuteilung und Erfolgswert der Stimmen

Dass der Mindestsitzanspruch einer Partei größer ist als die Zahl der Sitze, die die Partei nach ihrem bundesweiten Zweitstimmenergebnis erhalten würde, kann unter anderem folgende Ursachen haben:

- Überhängende Sitze in Stufe 1 erhöhen die Mindestsitzzahl einer Partei.
- Die Partei hat viele ihrer bundesweit erzielten Zweitstimmen in Ländern erhalten, in denen die Wahlbeteiligung geringer war als im Bundesdurchschnitt oder in denen viele Zweitstimmen für Parteien abgegeben wurden, die die 5 %-Hürde nicht erreicht haben.

Schritt 2: Verteilung der Sitze auf die Landeslisten

In einem zweiten Schritt wird festgestellt, wie viele der für eine Partei errechneten Sitze ihren einzelnen Landeslisten zustehen. Dies richtet sich nach der Zahl der von der Partei in den einzelnen Ländern erzielten Zweitstimmen. Auf jeden Fall erhält eine Partei jedoch die im jeweiligen Land errechneten Mindestsitze der 1. Stufe. Die Verteilung auf Landeslisten wird für jede Partei vorgenommen.

Mandatszuteilung

Abschließend werden die in jedem Land errungenen Sitze einer Partei zunächst mit den in den Wahlkreisen gewählten Direktkandidaten der Partei besetzt. Die dann noch freien Sitze werden mit den Listenkandidaten der Partei besetzt, bis sämtliche Sitze vergeben sind, die auf die Partei entfallen. Zugrunde gelegt wird dabei die Reihenfolge der Kandidaten auf der Liste.

Im Ergebnis entsteht ein Bundestag, in dem jede Partei so viele Sitze erhält, wie es ihrem Zweitstimmenergebnis entspricht, und in dem jeder Wahlkreis vertreten ist. Zugleich berücksichtigt die Sitzverteilung die Bevölkerungsgröße der Länder, so dass auf bevölkerungsreiche Länder grundsätzlich mehr Sitze entfallen als auf bevölkerungsärmere Länder.

Weitere Einzelheiten zum Verfahren der Sitzzuteilung und eine ausführliche Darstellung der Berechnung, insbesondere auch bezüglich der Divisorermittlung, finden sich in der Veröffentlichung des Bundeswahlleiters in Heft 3, Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen, im Abschnitt 6, S. 406 ff.

Tabelle 23: An der Sitzverteilung zum 20. Deutschen Bundestag teilnehmende Parteien

Partei	Abgegebene Zweitstimmen		Wahlkreis-sitze	Grund für die Teilnahme an der Sitzverteilung
	Anzahl	in %		
CDU	8.774.920	19,0	98	5 % der Zweitstimmen
SPD	11.901.558	25,7	121	5 % der Zweitstimmen
AfD	4.809.233	10,4	16	5 % der Zweitstimmen
FDP	5.291.013	11,4	–	5 % der Zweitstimmen
DIE LINKE	2.255.864	4,9	3	3 gewonnene Wahlkreise
GRÜNE	6.814.408	14,7	16	5 % der Zweitstimmen
CSU	2.402.827	5,2	45	5 % der Zweitstimmen
SSW	55.578	0,1	–	Partei nationaler Minderheiten

6 Sitzzuteilung und Erfolgswert der Stimmen

Tabelle 24: Sitzverteilung bei den Bundestagswahlen 2021 und 2017 nach Ländern

Sitze	Deutsch-land	SH	MV	HH	NI	HB	BB	ST	BE	NW	SN	HE	TH	RP	BY	BW	SL
CDU																	
2021	152	6	3	3	18	1	4	4	5	42	7	12	3	9	–	33	2
Wahlkreis	98	2	–	–	8	–	–	3	3	30	4	7	1	7	–	33	–
Landesliste	54	4	3	3	10	1	4	1	2	12	3	5	2	2	–	–	2
2017	200	10	6	4	21	1	9	9	6	42	12	17	8	14	–	38	3
SPD																	
2021	206	8	6	5	26	2	10	5	6	49	8	15	5	12	23	22	4
Wahlkreis	121	8	6	4	22	2	10	4	4	30	1	14	3	8	–	1	4
Landesliste	85	–	–	1	3	–	–	1	2	19	7	1	2	4	23	21	–
2017	153	6	2	5	20	2	4	3	5	41	4	12	3	9	18	16	3
AfD																	
2021	83	2	3	1	6	–	5	4	3	12	10	5	5	4	12	10	1
Wahlkreis	16	–	–	–	–	–	–	2	–	–	10	–	4	–	–	–	–
Landesliste	67	2	3	1	6	–	5	2	3	12	–	5	1	4	12	10	1
2017	94	2	3	1	7	1	5	4	4	15	11	6	5	4	14	11	1
FDP																	
2021	91	4	1	2	8	1	2	2	2	19	5	7	2	5	14	16	1
Wahlkreis	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Landesliste	91	4	1	2	8	1	2	2	2	19	5	7	2	5	14	16	1
2017	80	3	1	2	7	–	2	2	3	20	3	6	2	4	12	12	1
DIE LINKE																	
2021	39	1	2	1	3	–	2	2	3	6	4	2	3	1	4	3	1
Wahlkreis	3	–	–	–	–	–	–	–	2	–	1	–	–	–	–	–	–
Landesliste	36	1	2	1	3	–	2	2	1	6	3	3	3	1	4	3	1
2017	69	2	3	2	5	1	4	4	6	12	6	4	3	3	7	6	1
GRÜNE																	
2021	118	6	1	4	13	1	2	1	6	28	4	9	1	5	19	18	–
Wahlkreis	16	1	–	2	–	–	–	–	3	4	–	1	–	–	1	4	–
Landesliste	102	5	1	2	13	1	2	1	3	23	4	8	1	5	18	14	–
2017	67	3	1	2	6	1	1	1	4	12	2	5	1	3	11	13	1
CSU																	
2021	45	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	45	–	–
Wahlkreis	45	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	45	–	–
Landesliste	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
2017	46	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	46	–	–
SSW																	
2021	1	1	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Wahlkreis	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Landesliste	1	1	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
2017	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Insgesamt																	
2021	735 ¹	28	16	16	74	5	25	18	25	156	38	51	19	36	117	102	9
Wahlkreis	299	11	6	6	30	2	10	9	12	64	16	22	8	15	46	38	4
Landesliste	436	17	10	10	44	3	15	9	13	92	22	29	11	21	71	64	5
2017	709 ²	26	16	16	66	6	25	23	28	142	38	50	22	37	108	96	10

¹ Einschl. um 137 erhöhter Sitzzahl.

² Einschl. um 111 erhöhter Sitzzahl.

6 Sitzzuteilung und Erfolgswert der Stimmen

Tabelle 25: Sitzverteilung bei den Bundestagswahlen seit 1949

Wahljahr ¹	Sitze insgesamt ²	Davon							
		CDU	SPD	AfD	FDP	DIE LINKE ³	GRÜNE ⁴	CSU	Sonstige
2021	735 (138)	152	206	83	91	39	118	45	1 ⁵
2017	709 (111)	200	153	94	80	69	67	46	–
2013	631 (33)	255	193	–	–	64	63	56	–
2009	622 (24)	194	146	–	93	76	68	45	–
2005	614 (16)	180	222	–	61	54	51	46	–
2002	603 (5)	190	251	–	47	2	55	58	–
1998	669 (13)	198	298	–	43	36	47	47	–
1994	672 (16)	244	252	–	47	30	49	50	–
1990	662 (6)	268	239	–	79	17	8	51	–
1987	497 (1)	174	186	–	46	–	42	49	–
1983	498 (2)	191	193	–	34	–	27	53	–
1980	497 (1)	174	218	–	53	–	–	52	–
1976	496	190	214	–	39	–	–	53	–
1972	496	177	230	–	41	–	–	48	–
1969	496	193	224	–	30	–	–	49	–
1965	496	196	202	–	49	–	–	49	–
1961	499 (5)	192	190	–	67	–	–	50	–
1957	497 (3)	215	169	–	41	–	–	55	17
1953	487 (3)	191	151	–	48	–	–	52	45
1949	402 (2)	115	131	–	52	–	–	24	80

1 1949 bis 1987 ohne Abgeordnete aus Berlin-West; 1949 und 1953 ohne das Saarland.

2 Zahlen in Klammern: 1949 bis 2009 Überhangmandate; 2013 bis 2021 Erhöhung der Sitzzahl.

3 Bis 17. Juli 2005: PDS.

4 1990: B90/Gr.

5 Südschleswigscher Wählerverband (SSW).

6.2 Erfolgswert der Stimmen

Bei der Bundestagswahl 2021 wurden nach Ermittlung der erhöhten Sitzzahl 735 Abgeordnete gewählt (vgl. Schaubild 7). Bei insgesamt 61.172.771 Wahlberechtigten kam zunächst im Durchschnitt eine Abgeordnete bzw. ein Abgeordneter auf 83.115 Wahlberechtigte.

Der Wahl ferngeblieben sind 14.465.428 Wahlberechtigte (siehe Tabelle 26). Geht man von der Durchschnittszahl der Wahlberechtigten je Abgeordneter bzw. Abgeordnetem (83.115) aus, hätten sie die Parteizugehörigkeit von 174 Abgeordneten bestimmen können. Von den für den Wahlgang entscheidenden Zweitstimmen waren 408.956 ungültig und blieben damit bei der Berechnung der Sitzverteilung ebenfalls unberücksichtigt. Diese ungültigen Stimmen entsprächen weiteren 5 Abgeordneten.

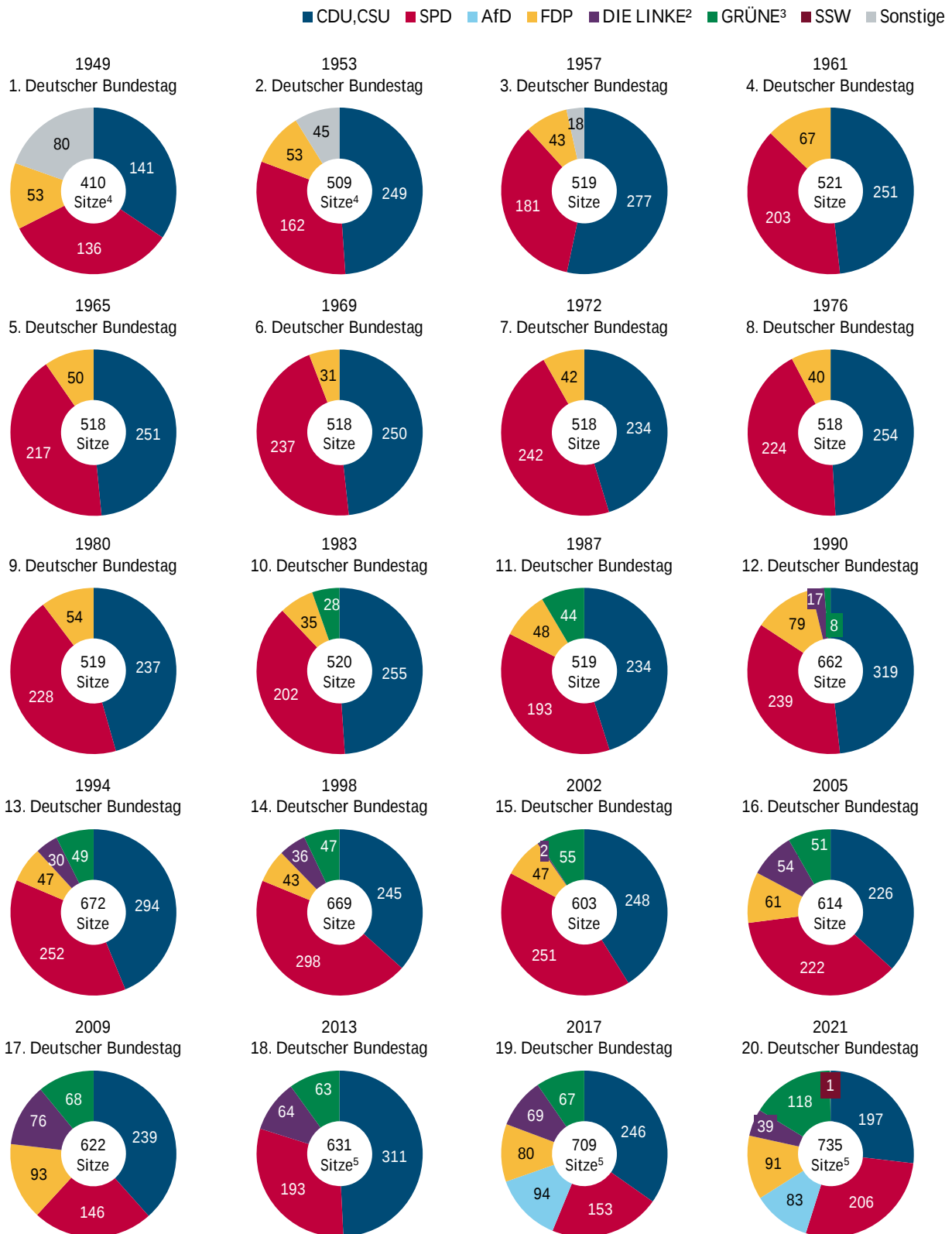
Auch von den gültigen Zweitstimmen blieb ein Teil für die Zusammensetzung des Parlaments ohne Bedeutung, da sie für Parteien abgegeben wurden, die wegen der Sperrklausel nicht in die Sitzverteilung einbezogen werden durften. Es handelt sich dabei um insgesamt 3.992.986 Zweitstimmen, was nochmals 48 Abgeordneten entspräche.

Die Sitzverteilung bestimmten somit ausschließlich die Wählerinnen und Wähler, die ihre Zweitstimme einer der 7 im 20. Deutschen Bundestag vertretenen Parteien (CDU, SPD, AfD, FDP, DIE LINKE, GRÜNE, CSU, SSW) gegeben hatten. Sie machten einen Anteil von 69,2 % der Wahlberechtigten aus.

In den Ländern bewegten sich die Anteile der für die Sitzverteilung maßgeblichen Zweitstimmen zwischen 61,5 % in Sachsen-Anhalt (= 100 – 38,5 %) und 73,2 % (= 100 – 26,8 %) in Schleswig-Holstein.

6 Sitzzuteilung und Erfolgswert der Stimmen

Schaubild 7
Sitze der Parteien im Deutschen Bundestag seit 1949¹
Stand jeweils bei der Wahl



1 1949-1987 einschl. der Abgeordneten von Berlin-West; ab 1990: nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990.

2 Bis zur Namensänderung durch Parteibeschluss vom 17. Juli 2005: PDS; bei der Bundestagswahl 2005 Die Linke.

3 1983 und 1987: einschl. 1 bzw. 2 durch das Abgeordnetenhaus von Berlin gewählten Abgeordneten der AL; 1990: B90/Gr.

4 Ohne Saarland.

5 Erhöhte Sitzzahl.

Der Bundeswahlleiter

6 Sitzzuteilung und Erfolgswert der Stimmen

Tabelle 26: Wahlberechtigte ohne Einfluss auf die Sitzzuteilung 2021

Land	Wahlberechtigte	Nichtwählende und Zweitstimmen, die nicht in die Sitzverteilung einbezogen wurden		Nichtwählende		Wählende mit ungültiger Zweitstimme		Wählende mit Zweitstimme für die nicht in die Sitzverteilung einbezogenen Parteien	
		Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
SH	2.272.717	608.079	26,8	496.572	21,8	13.391	0,6	98.116	4,3
MV	1.314.435	472.376	35,9	379.395	28,9	16.181	1,2	76.800	5,8
HH	1.298.792	361.981	27,9	287.748	22,2	5.500	0,4	68.733	5,3
NI	6.105.381	1.826.960	29,9	1.542.239	25,3	39.921	0,7	244.800	4,0
HB	459.749	153.191	33,3	129.318	28,1	2.391	0,5	21.482	4,7
BB	2.048.844	677.308	33,1	499.380	24,4	19.821	1,0	158.107	7,7
ST	1.789.775	688.857	38,5	575.014	32,1	12.821	0,7	101.022	5,6
BE	2.460.618	936.297	42,5	750.880	31,5	26.793	1,6	158.624	9,4
NW	13.040.267	3.791.644	29,1	3.079.283	23,6	72.954	0,6	639.407	4,9
SN	3.253.667	1.035.442	31,8	764.713	23,5	26.057	0,8	244.672	7,5
HE	4.383.047	1.342.905	30,6	1.042.408	23,8	39.829	0,9	260.668	5,9
TH	1.707.726	552.437	32,3	428.006	25,1	14.809	0,9	109.622	6,4
RP	3.053.335	934.354	30,6	696.314	22,8	22.869	0,7	215.171	7,0
BY	9.517.664	2.996.421	31,5	1.908.684	20,1	37.667	0,4	1.050.070	11,0
BW	7.711.531	2.247.510	29,1	1.714.214	22,2	47.657	0,6	485.639	6,3
SL	755.223	241.608	32,0	171.260	22,7	10.295	1,4	60.053	8,0
Deutschland	61.172.771	18.867.370	30,8	14.465.428	23,6	408.956	0,7	3.992.986	6,5

Berechnet man die durchschnittliche Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen Zweitstimmen pro Abgeordneter bzw. Abgeordneter für alle 735 Sitze, ergibt dies zunächst einen Wert von 62.905 Stimmen (siehe Tabelle 27).

Die entsprechenden Durchschnittszahlen der in die Sitzverteilung einbezogenen Parteien CDU, SPD, AfD, FDP, DIE LINKE, GRÜNE, CSU und SSW weichen nach Einführung des seit 2013 geltenden Sitzverteilungsverfahrens und der Modifikation zur Bundestagswahl 2021 (siehe Abschnitt 6.1) kaum voneinander ab. Sie liegen im Bundesdurchschnitt für eine Abgeordnete bzw. einen Abgeordneten der jeweiligen Parteien zwischen 55.578 bei dem SSW und 57.943 bei DIE LINKE.

Wesentlich größer sind die Unterschiede in den Ländern. Für Mecklenburg-Vorpommern beispielsweise beträgt die Zahl der gültigen Zweitstimmen für die in die Sitzverteilung einbezogenen Parteien je Abgeordneter bzw. Abgeordneter nur 52.629, für Bremen dagegen 61.312.

Betrachtet man die Durchschnittszahlen der einzelnen Parteien in den Ländern, so ist festzustellen, dass diese insbesondere für die FDP immens große Länderunterschiede aufweisen: Die Werte der FDP bewegen sich zwischen 30.481 in Bremen und 75.555 in Mecklenburg-Vorpommern. Somit sind die höchsten Länderwerte mehr als doppelt so groß wie die niedrigsten. Auch DIE LINKE hat mit 41.130 im Saarland und 76.123 in Rheinland-Pfalz große Unterschiede zwischen dem niedrigsten und höchsten Durchschnittswert zu verzeichnen.

Für die GRÜNEN liegen die Durchschnittswerte zwischen 52.962 Zweitstimmen in Berlin und dem absoluten Höchstwert von 83.220 Stimmen in Thüringen. Bei all diesen Werten ist jedoch zu beachten, dass die Parteien in den jeweiligen Ländern nur 1 Sitz errungen haben; die Sitzzahl war zum Teil stark auf- oder abzurunden.

6 Sitzzuteilung und Erfolgswert der Stimmen

Die CDU benötigte für einen Sitz im Durchschnitt zwischen 44.776 Zweitstimmen in Baden-Württemberg und 71.138 Stimmen in Thüringen. Die Werte der SPD liegen zwischen 44.561 in Mecklenburg-Vorpommern und 61.757 in Schleswig-Holstein.

Die Länderwerte der AfD liegen mit einer Spanne zwischen 50.537 in Hamburg (für nur 1 Sitz) und 60.704 in Sachsen am nächsten zusammen.

Tabelle 27: Durchschnittszahlen der Wahlberechtigten und der Zweitstimmen je Abgeordneter bzw. Abgeordneter 2021

Land	Wahlberechtigte	Gültige Zweitstimmen								
		insgesamt	CDU, SPD, AfD, FDP, DIE LINKE, GRÜNE, CSU, SSW zusammen	CDU/CSU (CSU in Bayern)	SPD	AfD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE	SSW
SH	81.168	62.956	59.451	64.733	61.757	59.783	55.010	64.238 *	53.794	55.578 *
MV	82.152	57.429	52.629	53.368	44.561	55.114	75.555 *	50.868	71.956 *	–
HH	81.175	62.847	58.551	51.740	59.668	50.537 *	57.301	67.578 *	62.633	–
NI	83.635	61.962	58.609	60.754	59.940	56.072	59.330	49.552	55.893	–
HB	91.950	65.608	61.312	56.499 *	51.612	–	30.481 *	–	68.427 *	–
BB	81.954	61.186	54.861	58.473	45.057	55.482	71.213	64.881	68.736	–
ST	99.432	66.774	61.162	63.072	61.017	58.873	57.012	57.665	78.701 *	–
BE	84.849	58.033	52.563	57.828	53.488	53.008	45.666	48.503	58.962	–
NW	84.131	63.794	59.669	61.112	58.780	59.793	59.482	61.158	58.780	–
SN	85.623	64.813	58.374	60.411	59.351	60.704	54.233	57.503	53.080	–
HE	87.661	66.016	60.803	62.793	60.669	58.196	60.232	71.293	57.935	–
TH	89.880	66.574	60.805	71.138	59.289	60.647	57.142	48.231	83.220 *	–
RP	84.815	64.838	58.861	64.059	57.128	53.801	54.490	76.123 *	58.627	–
BY	81.348	64.712	55.737	53.396	59.184	56.660	57.042	52.710	56.202	–
BW	75.603	58.330	53.569	44.776	58.542	57.134	56.752	65.625	56.790	–
SL	83.914	63.741	57.068	67.567	53.444	57.629 *	65.945 *	41.130 *	–	–
Deutschland	83.115	62.905	57.480	56.740	57.775	57.943	57.511	57.843	57.749	55.578 *

* Auf die Partei entfällt im jeweiligen Land insgesamt nur ein Sitz.

7 Die Gewählten

Das Durchschnittsalter der 735 vom Bundeswahlausschuss als gewählt festgestellten Bewerberinnen und Bewerber des 20. Deutschen Bundestages beträgt 47,4 Jahre. Die Abgeordneten der SPD sind durchschnittlich 46,2, die der CDU 49,5 Jahre alt. Durchschnittlich am ältesten sind mit 51,0 Jahren die Abgeordneten der AfD. Der SSW hat mit 41,0 zwar das niedrigste Durchschnittsalter, da es sich jedoch um nur einen Abgeordneten handelt, ist dieser Wert wenig aussagekräftig. Als Partei in Fraktionsstärke haben DIE GRÜNEN mit einem Durchschnittsalter von 42,6 Jahren die jüngsten Abgeordneten, gefolgt von der FDP mit 47,5. Die CSU liegt mit einem Durchschnittsalter von 48,7 Jahren ebenfalls über dem Schnitt des gesamten Bundestages, DIE LINKE mit 50,3 Jahren darüber.

Die jüngste Abgeordnete (Geburtsjahr 1998) im 20. Deutschen Bundestag gehört den GRÜNEN, der älteste Abgeordnete (Geburtsjahr 1941) der AfD an. Die Altersstruktur der neu gewählten Abgeordneten ergibt sich aus Tabelle 28.

Unter den durch die Bundestagswahl 2021 gewählten 735 Abgeordneten sind 257 Frauen. 2017 befanden sich unter den 709 Abgeordneten 218 Frauen. Ihr Anteil an allen Abgeordneten ist damit von 30,7 % auf 35,0 % gestiegen.

36 Frauen gehören der CDU an. Dies entspricht einem Anteil an allen Abgeordneten der CDU von 23,7 %. Etwas höher liegt der Wert der FDP mit 22 Frauen unter den 91 Abgeordneten und einem Anteil von 23,7 %. Die SPD entsendet 86 Frauen, was einem Anteil von 41,7 % entspricht. Mit 56,4 % bilden die 22 Frauen der DIE LINKE sogar die Mehrheit aller Abgeordneten dieser Partei, bei den GRÜNEN beträgt die Quote mit 70 weiblichen von insgesamt 118 Abgeordneten sogar 59,3 %. Dagegen entsprechen die 10 weiblichen Abgeordneten der CSU nur einem Anteil von 22,2 %. Den geringsten Frauenanteil weist die AfD mit lediglich 11 Frauen und einem Anteil von 13,3 % auf.

78 Frauen haben bundesweit Direktmandate gewonnen; in Brandenburg erreichten sie dabei 6 von 10 Wahlkreisen, was einem Anteil von 60 % entspricht. In Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg wurden jeweils 3 von 6 Wahlkreisen, in Bremen 1 von 2 von Frauen gewonnen. Der Anteil liegt somit in diesen 3 Ländern bei 50 %; die Werte in den anderen Ländern liegen jeweils darunter.

Tabelle 28: Abgeordnete im 20. Deutschen Bundestag nach Altersgruppen, Geschlecht und Partei

	Insge- samt	Alter am Tag der Wahl von ... bis ... Jahre									
		< 30	30 – 34	35 – 39	40 – 44	45 – 49	50 – 54	55 – 59	60 – 64	65 – 69	≥ 70

CDU

Absolut	152	3	10	12	20	30	22	32	18	4	1
In %	100	2,0	6,6	7,9	13,2	19,7	14,5	21,1	11,8	2,6	0,7
Männlich	116	2	8	7	14	25	19	22	14	4	1
Weiblich	36	1	2	5	6	5	3	10	4	–	–

SPD

Absolut	206	19	25	24	19	25	33	35	20	5	1
In %	100	9,2	12,1	11,7	9,2	12,1	16,0	17,0	9,7	2,4	0,5
Männlich	120	13	12	14	13	18	15	19	13	2	1
Weiblich	86	6	13	10	6	7	18	16	7	3	–

7 Die Gewählten

noch Tabelle 28: Abgeordnete im 20. Deutschen Bundestag nach Altersgruppen, Geschlecht und Partei

	Insge- samt	Alter am Tag der Wahl von ... bis ... Jahre									
		< 30	30 – 34	35 – 39	40 – 44	45 – 49	50 – 54	55 – 59	60 – 64	65 – 69	≥ 70

AfD

Absolut	83	1	10	4	6	13	18	13	8	6	4
In %	100	1,2	12,0	4,8	7,2	15,7	21,7	15,7	9,6	7,2	4,8
Männlich	72	1	9	2	5	11	15	13	8	4	4
Weiblich	11	–	1	2	1	2	3	–	–	2	–

FDP

Absolut	91	5	6	14	13	11	19	10	7	3	3
In %	100	5,4	6,6	15,4	14,3	12,1	20,9	11,0	7,7	3,3	3,3
Männlich	69	4	4	9	11	7	14	9	5	3	3
Weiblich	22	1	2	5	2	4	5	1	2	–	–

DIE LINKE

Absolut	39	–	1	4	9	4	8	6	4	2	1
In %	100	–	2,6	10,5	23,1	10,3	20,5	15,4	10,3	5,1	2,6
Männlich	17	–	–	3	3	–	3	4	1	2	1
Weiblich	22	–	1	1	6	4	5	2	3	–	–

GRÜNE

Absolut	118	22	10	18	20	10	16	12	6	4	–
In %	100	18,6	8,5	15,3	16,9	8,5	13,6	10,2	5,1	3,4	–
Männlich	48	9	4	5	8	5	7	7	1	2	–
Weiblich	70	13	6	13	12	5	9	5	5	2	–

CSU

Absolut	45	–	2	3	7	16	8	4	2	3	–
In %	100	–	4,4	6,7	15,6	35,6	17,8	8,9	4,4	6,7	–
Männlich	35	–	1	2	4	13	6	4	2	3	–
Weiblich	10	–	1	1	3	3	2	–	–	–	–

SSW

Absolut	1	–	–	–	1	–	–	–	–	–	–
In %	100	–	–	–	100,0	–	–	–	–	–	–
Männlich	1	–	–	–	1	–	–	–	–	–	–
Weiblich	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–

Insgesamt

Absolut	735	50	64	79	95	109	124	112	65	27	10
In %	100	6,8	8,7	10,7	12,9	14,8	16,9	15,2	8,8	3,7	1,4
Männlich	478	29	38	42	59	79	79	78	44	20	10
Weiblich	257	21	26	37	36	30	45	34	21	7	–



Die
Bundeswahlleiterin

Die Bundeswahlleiterin

Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden

Telefon: +49 611 75 4863
www.bundeswahlleiterin.de/kontakt
www.bundeswahlleiterin.de

Postanschrift:
Die Bundeswahlleiterin
65180 Wiesbaden